

# DER KAMPF

## SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

Jahrgang 1

1. Dezember 1907

3. Heft

### Fritz Austerlitz: Die Methode Beck

Ohne jede politische Erprobung, als ein Ressortbeamter, der sich nur mit beschränkten fachlichen Angelegenheiten beschäftigt hatte, ist Freiherr v. Beck Ministerpräsident geworden. Und binnen Jahr und Tag sieht man in ihm einen der erfolgreichsten Politiker, die Oesterreich seit Jahrzehnten beschieden waren! Er hat das Werk der Wahlreform, das er in argen Nöten vorgefunden hatte, siegreich zum Abschluss gebracht; er ist mit dem ungarischen Ausgleich fertig geworden und hat die Majorität für ihn zur Stelle; und er steuert sein Schiff sicher durch die Klippen, an denen viele vor ihm schon gescheitert sind. Die Stellung, die sich Herr v. Beck im Parlament und in der Oeffentlichkeit errungen hat, ist einfach unvergleichlich. Die Regel ist, dass sich die Gegnerschaft, die eine Regierung erweckt, auf den Kabinettschef konzentriert, dass jeder Hass gegen ihn zielt. Sonst muss der Ministerpräsident auch für die Sünden der Ressortminister büssen; alle Angriffe gehen gegen ihn, und wider seinen Kopf schwirren die Pfeile. Wer aber denkt in der bürgerlichen Welt an Becks Sturz, wer befiehlt den Ministerpräsidenten? Niemand; obwohl sich alle politische Macht der Regierung in seiner Person sammelt und die sonstigen Mitglieder dieses Ministeriums, ungeachtet sie mehr oder minder alle auch Parteihauptlinge sind, nicht mehr Macht besitzen und beanspruchen als wie Sektionschefs, die ihrer Abteilung vorstehen. Die Abneigung, die der Ressortminister findet, macht vor dem Ministerpräsidenten halt, dem die Klerikalen nicht nachtragen, dass Derschatta und Marchet seine Kollegen sind, dem die Liberalen verzeihen, dass er Gessmann und Ebenhoch zu Ministern gemacht hat; was immer er tut, es ist wohlgetan, denn jeder weiss, dass er nicht anders handeln konnte. Dabei steht der Regierung Beck, die eine Koalitionsregierung sein will, durchaus keine Koalition zur Seite; die Parteien hassen einander weiter, aber über ihrem Froschmäusekrieg waltet der Herr, den niemand angreift und dem alle vertrauen, auf dass er sie schirme und schütze. Diese vergleichslose Schätzung hat sich Herr v. Beck, im politischen Getriebe ein Neuling, in so kurzer Zeit erworben; muss man ihn nicht anstaunen und preisen? Was ist in der Politik am schwersten zu finden? Unbefangene Prüfung, objektive Würdigung! Denn bisher war die Politik K a m p f, und für den Kampf galt als Regel just nicht, dass alles verstehen alles verzeihen heisst. Was ist aber Becks grösster Erfolg? Dass ihm gegenüber in der gesamten bürgerlichen Oeffentlichkeit die grundsätzliche Fehde ausgeschaltet ist, dass man, so viel Zweideutigkeiten er auch schon verübt, seine Motive immer für rein und seine Worte stets für echt hält. Und diese moralischen Eroberungen sind merkwürdiger und bedeutsamer als alle politischen Erfolge. Worauf beruhen sie?

Ueber Mangel an Glück kann Beck sicherlich nicht klagen. Das erste war, dass er zu gegebenen Leistungen berufen ward; das zweite, dass es grosse Aufgaben waren. Wie wäre es ihm und wie wäre es der Wahlreform ergangen, wenn ihr Bahnbrecher Beck hätte sein müssen? Wahrscheinlich beiden übler! Aber so musste sein Blick nicht in die Tiefe reichen, um vorausschauend zu erkennen, was not tut; die Aufgabe war nicht zu vergreifen, sie war nur zu erfüllen. Und dazu waren gerade die Gaben nötig, die Herr v. Beck in besonderem Masse besitzt: Unermüdlichkeit und Beharrlichkeit, Kenntnis in der Behandlung von Menschen und Scharfsinn in der Entwirrung von Dingen, Findigkeit, die immer noch einen Ausweg sieht und

Geschäftsgeist, der vor den Forderungen abzuziehen weiss, was darin vorgeschlagen ist, und über allem Schmiegsamkeit, die des Hochmuts bar ist und die Prinzipien nie stören können. Die Leistung, mit solchen grossen Aufgaben fertig zu werden, erscheint grösser und bedeutender als die des nüchternen Alltagsregierens; für talentierte Menschen ist sie aber vielleicht leichter als die prosaische Werkeltagsarbeit. Denn in der Hochspannung solcher geschichtlicher Epochen und überragender Aufgaben ist die Kleinkunst der politischen Taktik eben das Mittel zu grossen und sittlichen Zielen, und die Begeisterung für das Ziel verklärt jene notwendigen Mittel, die ohne dieses recht fragwürdig und wenig bewunderungswert erscheinen. In einem gewissen Abstand gilt das auch für den ungarischen Ausgleich, der für die Wahl der Mittel, um ihn durchzubringen, deshalb einen grösseren Spielraum zulässt, weil ein Stück staatlicher und wirtschaftlicher Notwendigkeit in seiner Vollendung steckt. Zu den gegebenen Leistungen und grossen Aufgaben gehört übrigens auch die Erweisung der Arbeitsfähigkeit und Schöpferkraft des jungen Hauses. Hier streitet für die Regierung Beck das Bedürfnis der neuen Abgeordneten, in der Arbeitsleistung des Volksparlaments ihre Ueberlegenheit gegenüber den Privilegienabgeordneten zu erweisen; das Interesse des Parlaments und aller seiner Parteien wird zur Bürgerschaft seines Regierens. Herr v. Beck kommt überall zu reifen Aufgaben und überall sieht er grosse Aufgaben vor sich. Das ist Glück, und begabte Klugheit muss in so fruchtbaren Zeiten in die Weite wirken.

Die Methode, nach der Herr v. Beck seine moralischen Eroberungen macht — ohne welche politische Erfolge unmöglich wären, weil das geringste Misstrauen in die Rechtschaffenheit seiner Absichten unweigerlich die Obstruktion entfesseln würde —, diese Methode scheint alle überlieferten parlamentarischen Dogmen auf den Kopf zu stellen. Ueberraschenderweise stehen sie dann erst recht auf den Füßen. Ein Parlament, so lautet die Doktrin, gruppiert sich nach Mehrheit und Minderheit; die Mehrheit ist die Regierungspartei, die Minderheit ist die Opposition. In unserem Parlament, einem Parlament vor allem der Nationen, gibt es eine Mehrheit freilich überhaupt nicht, aber Herr v. Beck hat auch darauf verzichtet, was vor ihm unerlässlich dünkte: eine Mehrheit zu sammeln, eine Regierungspartei zu bilden. Und so gibt es im österreichischen Abgeordnetenhaus Parteien, die für Regierungsvorlagen stimmen, und Parteien, die für sie nicht stimmen; aber dass durch Abstimmungen ein Verhältnis zur Regierung ausgedrückt wird, dieses Grundgesetz konstitutionellen Regierens hat eigentlich aufgehört. Dass die Regierung über eine Regierungspartei verfügen muss, galt geradezu als Axiom; es hat sich aber herausgestellt, dass eine österreichische Regierung nichts Dümmeres tun könnte, als sich mit einer Partei oder mit einer Koalition von Parteien so einzulassen, mit ihr so zu verwachsen, dass die Partei ihre Stütze und sie ihre Regierung wird; denn dadurch würde jede Opposition zur Obstruktion. Steht Beck, wie weiland Taaffe, über den Parteien? Oder ist seine Regierung, die eine parlamentarische sein will, eine der Parteien? Weder will das parlamentarische Ministerium eine Regierung der in ihr vertretenen Parteien, noch bloss für diese auf der Welt sein; ebensowenig ist es eine von den banausenhaften Staatsnotwendigkeitsregierungen, die uns mit ihrem aufgeblasenen Autoritätsdünkel so lange gequält haben. Die Methode Becks besteht vielmehr ganz eigentlich darin, eine Regierung vorzustellen, in der alle Parteien, die sogenannten oppositionellen nicht minder wie die sogenannten Regierungsparteien, ein Stück ihres Selbst erblicken, ohne sich in ihr ganz wiederzufinden; auf die alle Parteien Einfluss besitzen, aber die in niemandens Besitz geraten darf; die niemandem fremd gegenübersteht und der niemand fremd gegenüberstehen soll. Sie will eine Regierung für alle sein, weil sie ganz für keinen ist; sie ist die Synthese aller Bestrebungen und wird keiner untertänig; alle Kräfte zieht sie an und keiner unterwirft sie sich. Kurz: das Ideal der ausgleichenden Gerechtigkeit oder, wie der Erfinder der Methode es nennt: die gerechte mittlere Linie.

Ueber die Zweckmässigkeit und Möglichkeit dieser ewigen Suche nach der »Linie«, die die gerechte sein soll, weil sie die »mittlere« ist, mag man welcher Meinung immer sein: dass dieses Regieren just nicht das bequemste ist, wird nicht bestritten werden können. Wie einfach ist sonst das Regieren eines parlamentarischen Ministeriums! Man hat seine sichere, festgefügte Mehrheit zur Seite, in

deren Sinn man vorgeht und deren Bedürfnisse man exekutiert; man hat bloss darauf zu achten, diese Mehrheit dekorativ auszustatten, durch populäre Vorlagen; die ganze Regierungskunst besteht darin, keine oder keine übertriebenen Dummheiten zu machen: für einen leidlich geschickten Menschen ein Kinderspiel! Für den »grossen Ausgleicher«, als den sich der österreichische Ministerpräsident darstellt und als welchen er sich vorstellt, bringt aber jeder Tag sein neues und vollgerüttelt Mass von Sorgen; er muss sich jeden Tag neu erobern und kein Augenblick ist ihm sicher. Immer muss er auf der Wacht sein, Konfliktskeime zu beseitigen und Konflikte zu beschwichtigen, Zerwürfnisse zu schlichten und Irrungen zu verhindern; niemanden darf er ignorieren und keiner Episode seine Aufmerksamkeit versagen. Hat sich Taaffe in den vierzehn Jahren seiner Regierung auch nur einmal darum gekümmert, was Plener sagte und wollte? Und er hatte eine Opposition gegen sich, die die Regierungsmehrheit auch zahlenmässig fast erreichte! Einem Ministerpräsidenten unserer Tage ist auch die kleinste Partei keine *quantité négligeable*; er muss selbst mit den Fraktionen in den Parteien rechnen, und ein Eigenbrödler hat heute auf die Regierung mehr Einfluss als einst der anerkannte Führer einer grossen Oppositionspartei. Zwar darf der Ministerpräsident zu keiner Forderung ja sagen — schon weil jede Forderung ihr Gegengewicht in den Forderungen der oder des anderen hat — aber noch gewisser ist aus seinem parlamentarischen Verkehr das Nein ausgeschlossen; er vermag wohl niemanden zu befriedigen, aber noch weniger darf er jemanden enttäuschen. Er hat es nicht bloss mit einem Dutzend hysterischer Parteien zu tun, deren Tagesbeschäftigung es ist, aufgeregt zu sein, und die darin, dass man sie beruhigen muss, die Anerkennung ihrer Bedeutung sehen; er muss auch den auf Zersplitterung gerichteten Willen der vielen Parteien immer erst sammeln und auf die Mühle der Regierungsvorlagen kunstgerecht überleiten; was er will, müssen die Parteien zu wollen scheinen, und seine Wünsche muss er ihnen als ihre Bedürfnisse suggerieren. Das ist eine Arbeit, die an Kopf und Nerven, an Fleiss und Geduld, an Einsicht und Regsamkeit die stärksten Anforderungen stellt. Wie von Grund aus haben sich die Dinge in diesem Parlament geändert! Man denke an die hochnäsigen feudalen Kabinettschefs, die wie Oelgötzen über dem parlamentarischen Getriebe thronen, hie und da eine ihnen aufgesetzte »Erklärung« hervorstammeln und den Zoll ehrfürchtiger Bewunderung dennoch heischen, weil sie zu Ministerpräsidenten geboren worden waren! Die völlige Unberechenbarkeit des zerklüfteten, gärenden, undisziplinierten Hauses macht heute das Regieren schon in Hinsicht der Bewältigung des parlamentarischen Apparates zu einer quälenden Sorge, die keine Rast gestattet und auf den Augenblick harren lässt, von dem man wünscht, dass er verweile. Eine Regierungsmethode der Grundsatzlosigkeit an sich, die also nur aus Kompromissen besteht, ist sicherlich von allen politischen Methoden am wenigsten geeignet, Bewunderung zu wecken; in der Halbheit (und das Kompromiss besteht immer nur aus Hälften) liegt nichts Verführerisches. Auch knüpft sich an die Träger solcher Auskunftsmittel nie die Vorstellung von Grösse und Eigenart, von Persönlichkeit, die vielleicht auch der Politiker höchstes Gut ist. Wir nennen sie gewandt, geschickt, findig; aber das sind die schmückendsten Beiwörter just nicht. Dennoch weckt der unermüdliche Mann, der in täglicher und harter Fron, die, schon rein physisch betrachtet, eine respektable Arbeitsleistung ist, die Schwierigkeiten dieses Hauses der nie gebannten Obstruktion bezwingt, ehrliche Sympathie. Beileibe nicht, weil er Erfolg hat, weil ihm seine Pläne glücken — wohl aber, weil ihm das Leben wirklich sauer wird. Herr v. Beck hat auf die Anerkennung Anspruch, die jeder verdient, der sich plagen muss.

Herr v. Beck will eine Regierung vorstellen, die eine »Gleichung höchster Ordnung« ist. Wer nun seine eigentliche Aufgabe darin sieht, Gegensätze auszugleichen, der wird, so scheint es, auf eigene Meinungen wohl verzichten müssen. Dass dies Beck nicht gerade schwer fällt und dass er auch dort, wo man meint, dass ein Regierungschef irgend etwas zu bekräftigen hätte, was einer Ueberzeugung gleichkommt, nur den Wunsch aufbringt, die »mittlere« Linie fremder Ansichten zu finden, das ist wirklich wahr. Dennoch wäre es ein übermässig plattes Urteil, wenn man Herrn v. Beck damit erledigen wollte, dass er eben ein Mann sei, dessen Gesinnung in Anpassungsfähigkeit besteht; ihn schelten möchte, dass er, weil überzeugungslos, jede Ueberzeugung auf- und annehmen kann; ihm nachrechnen würde, wie vieler

Abweichungen von dem Normaltypus der Ueberzeugungstreue er sich schon schuldig gemacht hat. Nein, Herr v. Beck hat eine Ueberzeugung: die, dass es in der Politik Ueberzeugungen nicht gibt. Wie sieht er die Politik? In der Politik, zumal in der österreichischen, gibt es Parteien, die sich behaupten wollen, also dazu Erfolge brauchen, für die sich die politische Wirksamkeit darauf konzentriert, Erfolge zu erringen. »Ausgleichung der Gegensätze« nennt es Beck und es klingt ganz nett. Aber auf die Parteien übertragen und als parlamentarische Strategie bedeutet es, dass Becks Methode keiner Partei den vollen Erfolg gibt, einer Partei nicht alle Erfolge gönnt, sondern die Geschäfte so führen will, dass jede Partei Erfolge hat, wenn auch alle diese Erfolge nur Teilerfolge sind: »und jeder geht zufrieden aus dem Haus« — was dann eben die »Gleichung höchster Ordnung« ist. Früher bestand Oesterreich aus Königreichen und Ländern, später meinte man, dass es aus Nationen bestehe; Becks Regierungsmethode hat es endlich herausgefunden, dass sich der Staat aus Parteien zusammensetzt oder in Parteien zerfällt. Die Parteien sind nun nicht mehr Stützpunkte der Regierung oder Kräfte gegen die Regierung — Regierungspartei und Opposition —: sie sind ein Mehr und Höheres: nämlich Gliedteile des Staates. Als solche sie aufzufassen und zu behandeln, ist das letzte Geheimnis dieser Methode, die das Notwendige zur virtuosen Kunstübung entwickelt. Und da politische Parteien in der letzten Wurzel ökonomische Bildungen verkörpern, in den ideologischen Hüllen Klasseninteressen stecken, so bedeutet die Berücksichtigung der politischen Parteien im Schlusseffekt und eigentlich die Förderung von Klasseninteressen. Die politische Taktik, welche die Not der Obstruktion aufzwingt, wird so zum wirtschaftlichen und staatlichen Programm.

Nur eben, dass der geometrische Sinn des Herrn v. Beck irrt: seine Linie ist, weil sie sich zwischen anderen bewegt, noch lange nicht die »mittlere«, und seine Mitte kann niemals die gerechte sein. Dass in diesem Parlament alle Parteien mächtig sind und keine allmächtig werden kann, hebt die Tatsache nicht auf, dass es Parteien gibt, die Herrn v. Beck unterstützen, und Parteien gibt, die ihn angreifen. Dass es sich der Ministerpräsident mit keiner Partei verderben darf, macht es nicht überflüssig, dass er Parteien gewinnen muss. Dass Herr v. Beck ein politischer Proteus ist, der die ganze Skala der bürgerlichen Anschauungen mühelos durchmisst und auf der Palette seiner Reden alle Schattierungen politischer Meinungen besitzt, nimmt seinem Wesen doch nicht den Grundton, der den politischen und den sozialen Radikalismus als eine Ausschreitung erachtet, die am wenigsten Ministerpräsidenten zieme und taue. Und vor allem und über alles: Herr v. Beck ist ein bürgerlicher Politiker, als der erste Ministerpräsident des demokratisierten Hauses vielleicht der erste Ministerpräsident, der bewusst bürgerliche Politik machen will und macht. Das bedeutet nun zweierlei. Erstens, dass die Klasseninteressen der Arbeiter dieser ausgleichenden Gerechtigkeit immer Stiefkind bleiben müssen, dass dem Proletarier, als Partei in der Sozialdemokratie organisiert, in dieser ministeriellen Gerechtigkeit immer die Rolle des Enterbten zufallen wird. Wohl muss in dieser Strategie immer auch die Erwägung Raum finden, dass es im Parlament eine sozialdemokratische Fraktion von siebenundachtzig Abgeordneten gibt; und wohl darf diese Gerechtigkeit für alle der Klasse der Enterbten nicht vergessen, Sozialpolitik als die Politik des Klasseninteresses des Proletariats gehört logisch hinein und naturnotwendig dazu. Aber die Gerechtigkeit wird hier um keines Haars Breite weiter gehen, als die zwingendste Notwendigkeit es gebietet. Zweitens aber wird die Politik dieser Regierung des Bürgertums immer auch von dem Gedanken bewegt sein, die Partei des Proletariats zurückzudrängen; ihre Sozialpolitik wird von einer bewusst antisozialdemokratischen Tendenz begleitet wie der Körper vom Schatten. Nicht als ob Herr v. Beck so kurzsichtig sein könnte, die grotesken Neigungen der Dutzendagitatoren, die nun Staatsmänner posieren, ernst zu nehmen und das Experiment von dem »bürgerlichen Block« gegen die Sozialdemokratie nach Oesterreich importieren wollte. Um auf den Leim zu gehen, ist er wohl zu klug. Auch zu diesem tollsten aller Streiche, den eine Bourgeoisie überhaupt begehen kann, sind besondere Voraussetzungen nötig; auch Dummheit und Bosheit haben ihre Lebensbedingungen. Nun streitet für den »antisozialdemokratischen Block« in Oesterreich vorläufig, auch vom rein bürgerlichen Standpunkt betrachtet, nichts als das gemeinpersönliche Interesse

einiger Menschen, die von den Sozialdemokraten ihre Mandate bedroht sehen; und sein hehrer Zweck wird damit erschöpft, diesen Helden die Mandate zu sichern. Gegen ihn streiten aber alle ökonomischen Tatsachen, streitet die ganze Dürftigkeit unserer politischen und kulturellen Entwicklung, welche das Bürgertum geradezu auf die Hilfe der Arbeiterschaft weist; streitet vor allem die nationale Zersetzung dieses Staates, die am wenigsten den Krieg gegen die Klasse gestattet, die dieser Zersetzung in ihrer Organisation planmässig entgegenarbeitet. Auch weiss es der einstige Wahlreformminister vielleicht am besten, dass eine Fraktion, wie es die unserige ist, namentlich mit der Waffe dieser Geschäftsordnung bewaffnet, das Zwinguri dieses Blocks gegen sie ohne sonderliche Kraftanstrengung in die Luft sprengen würde. Ueberhaupt könnte sich selbst die verwegenste Phantasie diesen schmiege- und biegsamen Beck nicht als düstern Alba vorstellen, der Gelüste trägt, was immer zu »zerschmettern«. Aber dennoch ist seinem Regieren der fatale Beigeschmack eines Wunsches, einer Hoffnung, eines Bedürfnisses, der Sozialdemokratie Abbruch zu tun, deutlich anzumerken; wengleich er Gewalt nicht liebt, mag er List nicht verabscheuen. Die Neigung mag die Unterschwelle des Bewusstseins noch nicht verlassen haben; aber sicher kann Herr v. Beck »auch anders«. So stark ist dieser Instinkt, dass Herr v. Beck vielleicht gar meinen wird, wir müssten auch das verstehen und hinnehmen. Wir müssen aber vor allem verstehen, dass jene »Gleichung höchster Ordnung« eine Gleichung mit Unbekannten ist.

Jedenfalls: die Methode Beck bewährt sich. Wenigstens vorläufig. Wodurch ist sie nun möglich geworden, worauf beruht sie? Die Methode, von allen Unterschieden abzusehen, die in der politischen Ueberlieferung unüberbrückbar erscheinen, die Methode, alle Kräfte in der Regierung münden und alle von der Regierung ausgehen zu lassen, diese Methode, die in der Rekonstruktion des Kabinetts ihren schwindelndsten Ausdruck erhielt, ist nur möglich in einer Zeit, deren Kennzeichen es ist, dass sie alte Energien zermürbt und neue noch nicht geboren hat. Was man nicht glauben wollte und was die chauvinistischen Routiniers immer noch leugnen möchten, ist dennoch wahr: durch die Wahlreform, die damit freilich nur einen Umänderungsprozess zum Abschluss brachte, sind die nationalen Kräfte und sind die nationalen Differenzen abgeschwächt worden. National sind in Oesterreich alle Parteien — wie könnte es auch anders sein? — aber die himmelstürmende Energie, die aus der ideologischen Verpuppung des nationalen Gefühles erfloss, besitzt keine mehr. Entwickeln, und nicht erobern, ist nun das nationale Ziel. Entwickeln geht aber auf das Innere; die gewalttätige Eroberung, die parlamentarisch Obstruktion hiess, ist aus dem Arsenal der Kampfmittel ausgeschaltet. Was unter dem Drucke der Wahlreform eine Improvisation schien, die ebenso missglücken konnte wie gelingen, das Koalitionsministerium von Deutschen und Tschechen, das ist heute die Logik der Selbstverständlichkeit. Die alten Kräfte welken und verwelken, neue wirken noch nicht: also schleifen sich alle Gegensätze ab, werden stumpf und für die Praxis des täglichen Lebens bedeutungslos. Was einmal als ein wahres Verbrechen wider den heiligen Geist der Ueberzeugung erschien und wogegen sich der Sinn aller Aufrechten aufbäumte: die Verbindung von Freisinnigen und Klerikalen, das ist heute nicht mehr als der Schluss aus Tatsachen. Die Parteien sind eben nur äusserlich jung; im Innern sind sie alle, allzumal die Führer und Macher, alt und brüchig geworden, zahm und gesellig, und sie zu knüpfen und zu binden, ist heute keine Hexerei mehr. Wohl leben sie nicht in einem Bunde miteinander; aber die Methode Beck erheischt nicht mehr, als dass sie nebeneinander wirken; zur Liebe zwingt sie Beck nicht, es reicht aus, dass er von ihnen Zwiertocht fernhält. Diese kunstvolle Methode ist ihres Erfolges in einer Zeit sicher, in der die politischen Kräfte vorzugsweise wirtschaftlichen Zwecken dienen, in der die Politik zumeist Erfüllung ökonomischer Bedürfnisse ist. Auf Becks Reformprogramm war die Einigung aller bürgerlichen Parteien nicht schwer, denn auf ihr gemeinsames Wesen baut es sich auf und ihr Besonderes benötigt es nicht. Sie lässt alle Gegensätze aufrecht und weiter bestehen; aber sie verschlampt sie alle, bis sie — manche sind es schon heute — zu leeren Worten geworden sein werden, die kein lebendiger Gehalt mehr erfüllt. Sie scheint die Kräfte entfesseln zu wollen, aber sie bindet alle, indem sie das, was ihnen Nahrung und Leben und Feuer einflösst, den Kampf, aus der Politik ausgeschieden hat.

Objekte dieser Methode können alle bürgerlichen Parteien sein, aber die Sozialdemokraten können von ihr nie erfasst werden. Erstens, weil sie in letzter Absicht eine Methode der Bekämpfung der Sozialdemokraten bleibt, und zweitens, weil die Sozialdemokratie keine Partei von gestern und heute ist, sondern an einen nächsten Tag denkt, der ein neuer Tag sein soll. Aber das Mysterium dieses Regierens, das so viel Gesichter zeigt, zu durchschauen, wird auch uns nützlich sein.

---

## Karl Renner: Die Rechtsgrundlagen der Amtssprachenfrage

Jedes Prinzip muss sich in der Praxis des Einzelfalles bewähren, wenn es auch niemals alle Einzelfälle erschöpft. Ein solches Prinzip auf dem Gebiete der Politik ist die nationale Autonomie. Ihr politischer Wert kann nur in der Anwendung auf die Praxis erprobt werden, und zwar in zweifacher Weise: Erstens gedanklich und kritisch, als Massstab der Beurteilung dessen, was ist, was geltenden Rechtes, und was Programm der Parteien ist; zweitens praktisch und organisatorisch, als Grundriss dessen, was an Stelle des Bestehenden gesetzt werden soll.

Wir haben jüngst die allgemeinen Grundsätze der nationalen Autonomie entwickelt, wir gehen nun daran, sie als kritischen Wegweiser durch das Gestrüpp unserer Sprachenpolitik und unseres Sprachenrechts zu verwerten. Der Stoff ist gewaltig, wir können ihn nicht auf einmal meistern. Insbesondere müssen wir die Untersuchung vorläufig zurückstellen, wie das Klasseninteresse des Proletariats sich zu den einzelnen Fragen des Amtsrechts stellt, solange wir die Rechtsgrundlagen unserer Sprachenordnung nicht entwickelt haben. Sie sind im Artikel XIX des Staatsgrundgesetzes über die Rechte der Staatsbürger gegeben und sind zweifacher Natur: sie ruhen einerseits auf der allgemeinen Gleichberechtigung der Sprache und andererseits auf der Beschränkung dieser Gleichberechtigung auf bestimmte Gebiete. Beide Punkte sind nunmehr kritisch zu behandeln.

### Die Gleichberechtigung.

»Die Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben wird vom Staate anerkannt« — so verordnet der Artikel XIX unseres Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger. Seit der Wenzelsbader Tschechenversammlung vom 11. März 1848 bis heute, also durch bald sechzig Jahre, fordern alle nichtdeutschen Nationen diese »Gleichberechtigung der Sprachen«, selbst der grösste Teil der Deutschen gesteht sie im Prinzip zu — wer wäre so unmodern, gegen irgend eine Gleichberechtigung aufzutreten! Aber obwohl sie nun durch vierzig Jahre grundgesetzlich verbürgt ist, hat der Sprachenkrieg noch kein Ende.

Woher das kommen mag?

Das Staatsgrundgesetz erkennt den Sprachen Rechte zu — es übertrifft noch jene mittelalterlichen Volksgerichte, welche den Tieren Prozesse machten. Eine Sprache kann juristisch ebensowenig ein Recht haben als ein Pferd etwa kraft der Strafbestimmungen über Tierquälerei. Wenn das »Recht« der Sprache verletzt wird, kann sie etwa Prozess führen? Oder gibt es eine Popularklage, kraft deren jeder Beliebige als ihr Anwalt das Verwaltungsverfahren einleiten kann? Die Ausdrucksweise des Gesetzes ist unjuristisch und unkonkret, unkonkret sind auch alle Parteiprogramme, die von Gleichberechtigung der Sprache, von nationaler Gleichberechtigung reden.

Parteiprogramme sollen sich parlamentarisch durchsetzen, und sie tun dies als beschlossene Gesetze. Ein Gesetz ist im allgemeinen technisch dann vollkommen, wenn es den Berechtigten und Verpflichteten unzweifelhaft feststellt und den Umfang des Rechts und der Pflicht scharf begrenzt. Nichts von alledem leisten das Staatsgrund-

gesetz und unsere Parteiprogramme. Also müssen wir, um zu beantworten, was denn diese Gleichberechtigung wirklich beinhalten kann, erst eine verwickelte gedankliche Untersuchung anstellen, um aus der gestaltlosen Gleichberechtigung die berechtigten und verpflichteten Personen, das Recht und die Pflicht herauszuschälen. Gelingt uns dies, so wird uns die Zwei-, ja Vieldeutigkeit der »Gleichberechtigung« erst offenbar werden.

Wer sind zunächst die denkbaren Berechtigten und Verpflichteten?

Das Gesetz kann Rechte und Pflichten der Staatsbürger als Einzelpersonen im Auge haben. Dann sagt es: Jeder Staatsbürger hat neben dem Rechte, als Privatmann jedes beliebige Idiom zu gebrauchen, das aus der persönlichen Freiheit des Individuums fließt, noch das besondere Recht, eine oder mehrere der landesüblichen Sprachen in Schule, Amt und öffentlichem Leben zu gebrauchen, zugleich hat jeder Staatsbürger die Pflicht, dieses Recht des anderen zu achten.

Das Gesetz meint offenbar mehr: es spricht von der Gleichberechtigung der »Sprachen«. Eine Sprache ist ein Gemeinsames einer ganzen Nation, das formale Verbindungsmittel aller Nationsgenossen, das Schatzkästchen ihrer Kultur, um ein Wort Jaurès' auf sie zu übertragen. Es ist also nicht ausgeschlossen, dass dem Gesetz ein Recht des Nationsganzen vorschwebt. Dann würde es hier im besonderen wiederholen, was es im ersten Absatz des Artikels 19 angeordnet hat, nämlich, dass »jeder Volksstamm ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Sprache besitzt« mit dem Zusatz »auf Wahrung und Pflege seiner Sprache in Schule, Amt und öffentlichem Leben«. Wo könnte er denn sonst seine Sprache pflegen? Es bliebe doch nur der Privatunterricht und die Privatforschung in der nationalen Sprache übrig.

Als Verpflichtete liessen sich gleichfalls die anderen Nationen denken, die dieses Recht anerkennen und achten, die diese Sprache in Wort und Schrift, in Reden und Aufschriften über sich ergehen lassen müssen (Strassen-, Firmmentafeln, Plakate etc.)

Wie man sieht, kann die Gleichberechtigung individuell oder kollektiv gefasst werden, kann sie die einzelnen Nationsgenossen als Staatsbürger oder das Nationsganze betreffen, sie kann vielleicht beides zugleich.

Indessen denkt das Gesetz, das von Amt und Schule spricht, offenbar noch an sonstige Verpflichtete als die anderen Staatsbürger und anderen Nationen, es begründet auch Rechte gegenüber dem Staat und seinen Organen. Es will wohl sagen: Der Staat und seine Organe sind verpflichtet, jeden Staatsbürger in seiner Sprache auf mündliches oder schriftliches Anbringen hin anzuhören. Diese Verpflichtung des Staates scheint nach unseren Einrichtungen nur den Individuen gegenüber denkbar, nur individuell zu verstehen. Wir können uns vorläufig noch nicht vorstellen, dass der Staat eine ähnliche Pflicht dem Nationsganzen gegenüber haben könnte.

Andere mögliche Rechts- und Pflichtsubjekte als Individuum, Nation und Staat lassen sich nicht erdenken.

Inhaltlich aber ist das sogenannte Recht einer Sprache keineswegs mit dem »Sprechendürfen« erschöpft. Für Monologe ist die Sprache nicht erfunden, auf jede Rede gebührt eine Antwort, die wir verstehen müssen, wenn wir nicht umsonst gesprochen haben wollen. Das Sprachenrecht hat auch seine zweite Seite, das »Verstehenkönnen«. Inwieweit ist auch diese passive Seite in die Gleichberechtigung einbezogen? \* Hat der Staatsbürger, der aktiv gleichberechtigt ist und also in Schule und Amt seine Nationalsprache sprechen darf, auch ein Recht darauf, dass Kundmachungen, Embleme, Münzen, Staatsnoten etc. in seiner Sprache abgefasst sind? Wie weit geht dieses Recht? Ist es auch auf die landesüblichen Sprachen eingeschränkt?

\* Gerichtsverhandlungen sind öffentlich, diese Öffentlichkeit hat nur einen Sinn, wenn die Zuhörer verstehen können, was vorgeht. Setzen wir den rein akademischen Fall, in Innsbruck würde eine Strafsache ruthenisch verhandelt. Welche praktische Bedeutung käme einer solchen Öffentlichkeit noch zu? Für den einsprachigen Nationalstaat genügt zur Begründung der Öffentlichkeit die Freizugänglichkeit, weil das Verstehenkönnen von selbst gegeben ist. In gemischt-sprachigen Staaten wird das dort stillschweigend Gegebene zweifelhaft, juristisch relevant und der rechtlichen Regelung bedürftig.

Man sieht: die allgemeine Norm der Gleichberechtigung der Sprachen lässt sowohl den Inhalt des Rechts, als auch die berechtigten und verpflichteten Subjekte im Unbestimmten, sie gibt kein Rechtsmittel an die Hand, sie ist ganz leer, das unfruchtbarste Prinzip, das wir finden konnten. Wenn das subjektive Recht nach dem Ausspruch der Rechtslehrer eine konkrete »Willensmacht der Person« begründet, diese Norm schafft weder dem einzelnen Staatsbürger noch der Nation eine solche Macht.

Für irgend etwas muss sie aber doch da sein! Und in der Tat — ganz wertlos ist sie nicht. Sie kann lückenlos\* nur als Verhaltensmassregel der Behörden verstanden werden, als Anweisung für die Bureaukratie, als politische Pflicht des Ministeriums, deren Einhaltung im Parlament durch die Parlamentsmehrheit erzwungen — oder verhindert wird. Wir beginnen zu verstehen. Bourgeoise Klassen, die mit der bureaukratischen Herrschaft in innerster Seele verwachsen und also einverstanden sind, können auf gar keine andere Regelung verfallen. Nationalparteien noch dazu, die vom nationalen Streite leben, haben auch nicht das geringste Interesse, subjektive klagbare Rechte der Nationseinzelnen und der Nationsgesamtheit zu begründen und deren Durchsetzung einfach dem Gerichte zu überweisen — der Richter würde sie ja überflüssig machen. Es ist ihr Daseinsgrund, die Rechtsansprüche der Nation den parlamentarischen Parteien zur Durchsetzung zu überlassen, sie also nur als politische Verhaltensmassregel den Ministern anzuvertrauen, die sich ihnen zu verantworten haben. Diese Form der Regelung ist also das spezifische Klasseninteresse der administrativen wie der repräsentativen Bureaukratie, der Beamten sowohl wie der bürgerlichen Vertreter.

Ebenso offenbar ist es nun auch, dass die Nationen selbst und das Proletariat das entschiedene Klasseninteresse besitzen, die ganze Materie so zu regeln, dass dem einzelnen wie den Nationen als juristischen Personen klagbare, richterlich erzwingbare subjektive Rechte zustehen. Dann erst ist das Sprachenrecht der Politik entzogen und dem Recht und Gericht wirklich unterworfen.

### Das Sprachgebiet.

Jedes Amt ruht auf zwei objektiven Voraussetzungen: erstens auf seiner festgesetzten Kompetenz, das ist den rechtlichen Aufträgen und Vollmachten, die ihm zukommen — sie sind für uns nicht von Interesse. Zweitens auf der örtlichen Kompetenz. Jedes Amt hat seinen Sprengel. Dieses abgegrenzte Gebiet beschränkt teils die räumliche Sphäre der Amtshandlungen — ausser ihm amtiert ein anderes Amt gleicher Art — teils grenzt es den Kreis der Personen ab, die diesem Amte unterstehen.

Zwei Elemente enthält also der Begriff des Sprengels: 1. eine Raumsphäre, 2. einen Menschen(Untertanen)verband.

Kann diese Raumsphäre beliebig abgegrenzt werden? Unterliegt die Zusammenfassung oder Trennung der Amtsuntertanen durch die Sprengeinteilung der Willkür? Sind diese »Untertanen« eine willenlose Masse, die man zusammentut oder auseinanderlegt nach Passion, oder gibt es bestimmende Gründe für die Einteilung? Oder bilden sie nicht bloss Maiskörner im Sack, die man umleeren kann, sondern tatsächlich wollende Gemeinschaften?

Wieviel von der Beantwortung dieser Frage abhängt, fällt uns auf, wenn wir an die nationalen Grenz- und Mischgebiete denken. Wir erinnern uns, dass nach 1848 in Böhmen zuerst eine Sprengeinteilung nach nationalen Siedlungsgebieten erfolgte, die später, unter Bach, umgestossen und zugunsten einer Mischeinteilung verlassen wurde, die bis heute fortbesteht. Die Gemeindegrenzen und die Kronlandsgrenzen sind verfassungsrechtlich fixiert, die Mittelgebiete nicht. Auf die Sprengelfrage hat unser Sprachenrecht kein Gewicht gelegt. Der Artikel XIX verordnet die Gleichberechtigung der »landesüblichen« Sprachen und dieses Wort landesüblich ist die einzige Norm für den örtlichen Sprachgebrauch. Landesübliche Sprache ist nicht gleichbedeutend mit im ganzen Lande übliche, auch nicht gleichbedeutend mit Landessprache, ja nicht einmal mit »einer im Bezirke üblichen Landessprache«.

\* In einzelnen Punkten nur fliesst aus dem Artikel XIX ein subjektives Recht. Das ändert die Sachlage in der Hauptsache nicht.



(Niederösterreich kennt nur die deutsche Landessprache, trotzdem ist für einzelne Gemeinden das Tschechische als landesüblich erklärt worden.) Es gibt eigentlich keine strikte Definition für den Begriff, dessen Inhalt von Land zu Land, von Judikatur zu Judikatur abweicht, so dass heute die faktische Uebung zu entscheiden scheint.

Nun hat sich der bürgerliche Nationalismus schon längst der Sprengelfrage bemächtigt, er hat in der räumlichen Abgrenzung der Amtssprengel das eigentliche Wesen der nationalen Autonomie gesehen und glaubt nun das Geheimmittel zu besitzen, wodurch alle nationalen Schwierigkeiten überwunden werden. Die Koerber'schen Vorschläge vom Jahre 1902 sehen vor: »Im Interesse der Erzielung möglichst einsprachiger Behörden wären die Verwaltungs- und Gerichtsbezirke derart umzugestalten, dass die Gerichtsbezirke in der Regel nur einsprachige Gemeinden, die politischen Bezirke in der Regel nur einsprachige Gerichtsbezirke umfassen«. Darnach »wären grundsätzlich bei den landesfürstlichen Behörden drei Sprachgebiete zu unterscheiden: 1. ein einsprachig böhmisches (lies tschechisches), 2. ein einsprachig deutsches, 3. ein zweisprachiges Sprachgebiet«. Uebrigens hat das Ministerium Koerber schon 1900 mit der Kreisvorlage ein genaues Abgrenzungselaborat vorgelegt.

Die tschechische Bourgeoisie widersetzt sich dieser Abgrenzung unter dem Vorwande, dass sie eine Landeszerreissung bedeute. In der Tat verlangt sie von den Tschechen die Preisgabe einer alten, heilig gewordenen Ideologie und da fragt es sich: wem zuliebe? Den Bedürfnissen irgend einer Bureaukratie zuliebe dies zu tun, verlohnt sich des Opfers wahrlich nicht.

Ist denn die Sprengelfrage nichts als die Raumfrage für den Betätigungseifer von Bureaukraten? Wohnen in diesem Raume nicht lebende Menschen? Hat man diese nicht selbst zu fragen?

Die Amtsuntertanschaft ist ein ganz passiver, willenloser Verband. Anders kann sich die bürgerliche Herrenpolitik ihn nicht vorstellen. Wir Sozialdemokraten können diese Vorstellung nie und nimmer teilen. Das Amtsvolk ist uns auch der Amtsherr. Der rein passive Verband, die blosse Untertanensumme, wird uns zum aktiven Verband, zur Gebietskörperschaft, die sich selbst regiert. Bringen die Tschechen in Deutschböhmen das Opfer des Verzichtes auf ihre alte Herrenideologie, so bringen sie es nicht mehr einer Bureaukratenkaste, sondern einem Volk, und indem sie es dem deutschen Volke bringen, erobern sie sich zugleich für ihr eigenes Volk die gesamte Lokalgewalt. Sie erobern erst in Wahrheit das Amt, erobern sich ihre eigene lokale Bureaukratie, die nicht etwa vertrieben, sondern von den lokalen Gebietskörperschaften übernommen und gleichsam mediatisiert wird. Diese Umgestaltung ist, wie auf der Hand liegt, ein gemeinsames Interesse aller Völker, ein eminent nationales und internationales Postulat.

Stellt man die Frage so — ein Sozialdemokrat kann sie anders nicht stellen — so wird sie aus einer äusserlichen, mechanischen Gebietsabgrenzung zu Herrschaftszwecken zu der Konstituierung des Volkes selbst in stufenweise einander übergeordneten und beigeordneten Körperschaften des öffentlichen Rechts. Der bürgerliche Nationalismus verhält sich zur sozialdemokratischen Nationalpolitik wie die Schale zum Kern, wie der Ornat zum Herrscher.

Nun ist nicht mehr die Grenzlinie, sondern der natürliche Volksverband die Hauptsache und dieser ist überwiegend ein nationaler. Nun begreifen wir sofort, dass uns in einem gemischtsprachigen Bezirk nicht die Zweisprachigkeit eines Amtes genügt: Wir haben zwei Völker in einer Gemeinde, also müssen wir die Deutschen und Tschechen getrennt in je einer Nationalgemeinde organisieren, die jede die Amtshoheit über den Personenkreis ihrer Nation innehat und in allen trennbaren nationalen Angelegenheiten allein verwaltet. Die gemeinsamen Angelegenheiten des Gebietes kann selbstverständlich nur eine verhältnismässig zusammengesetzte gemeinsame Vertretung erledigen. Um ein konkretes Beispiel zu geben: Es gibt eine deutsche und eine tschechische Nationalgemeinde Budweis und daneben eine proportional gebildete politische Gemeinde Budweis. Wie sehr auf den ersten Blick diese Form überraschen möge — ist es denn nicht faktisch so? Ist das nicht der ganz adäquate juristische Ausdruck des faktischen sozialen und nationalen Lebens in Budweis?

Was aber die örtliche Abgrenzung der Gebietskörperschaften betrifft, tut uns

eine strenge Kritik not.\* Es wurde oben darauf hingewiesen, dass die bestehende Einteilung auf die Bachschen Regierungsmaximen zurückgeht. Wohl hat sie sich stark eingelebt, und sie zu ändern wird grosse Schwierigkeiten haben: Sie hat auch einen schweren Fehler: Nicht Bach, sondern die deutschliberale Partei hat die Kreiseinteilung preisgegeben, die eigentlich historische Gebieteinteilung innerhalb der Kronländer. Wir brauchen aber die Kreise. Nicht als kleine Statthaltereien, als Substrate von Kreisregierungen, als Mittelstellen — nein als Lokalstellen, als Selbstregierungskörperschaften, welche die gesamte Lokalverwaltung führen. Darüber ist noch vieles zu sagen, hier genüge der Hinweis, dass wir in Oesterreich keine Lokalverwaltung, ja nicht einmal den Begriff davon haben. Das elende Substrat der Gemeindeautonomie schafft nur ein diskreditierendes Zerrbild der Selbstregierung. Dies nachzuweisen, soll Gegenstand einer besonderen Studie sein.

Fassen wir zusammen. Das geltende Recht kennt die Nationen überhaupt nicht, es merkt bloss, dass in manchen Landesteilen vor den Amtsschalter Leute mit einer besonderen »Sprache« kommen, konstatiert, dass diese Sprache fatalerweise dort herum »landesüblich« und also zu berücksichtigen sei. Der bürgerliche Nationalismus hat das Bedürfnis, diese vage Landesüblichkeit streng abzugrenzen. Auch er sieht weder das Volk noch die Nation als aktiv wollende Potenzen, sondern bloss die Sprachgrenze und das Sprachgebiet. Die Sozialdemokratie allein sieht das Volk, die Nation und sucht beide personal und territorial in Körperschaften zu organisieren.

Und ich frage: Hat die Sozialdemokratie nicht das Recht, über die laute, ruhmredige Kümmerlichkeit des bürgerlichen Nationalismus mit Geringschätzung hinwegzugehen? Dieser hat sogar das Schlagwort »Nationale Autonomie« sich angeeignet. Versteht er aber darunter irgend eine Form der Selbstregierung? Keine Spur! Die Ortsabgrenzung für die Machtsphäre der Bürokraten, die Entdeckung eines geschlossenen und gemischten Sprachgebietes — das ist alles! Und das geschlossene Gebiet wollen sie der nationalen Bürokratie reservieren — das Volk selbst gewinnt dabei nicht den Deut an Rechten! Aber nicht einmal eine nationale Bürokratie zu sichern sind sie imstande.

Die Koerberschen Vorschläge normieren: »Die landesfürstlichen Behörden haben je nach dem Gebiete, auf welches sich ihr Wirkungskreis erstreckt, als einsprachig oder als zweisprachig zu gelten.« Nun wäre es natürlich von diesem Standpunkte aus, der nicht der unsere ist, zu fordern: im deutschen Sprachgebiete dürfen nur Bewerber deutscher Nationalität, im tschechischen nur solche tschechischer Nationalität, im gemischtsprachigen müssen Deutsche und Tschechen verhältnismässig angestellt werden. Das ist doch die gerade Konsequenz aus den Voraussetzungen. Aber selbst das können sie nicht. Die Nationszugehörigkeit ist keine öffentlichrechtliche Qualität der Person nach geltendem Rechte! Merkwürdig genug. Die Arbeitsbücher schmiert man voll mit relevanten Eigenschaften des Staatsbürgers wie »Nase spitz«, »Konfession römisch-katholisch«. Jeder Taufschein erzählt uns die sonderbarsten Dinge über den Staatsbürger — alles interessiert den Staat, nur die für uns allerwichtigste Tatsache, die Nationszugehörigkeit, ist kein juristisch relevantes, konstitutives Merkmal des Individuums. Welcher Staatsbeamter ist deutsch, welcher tschechisch? Das Attest darüber erteilt die — bourgeoise politische Partei. Sehr viele aber sind, wie man das witzig genannt hat, Amphibien. Zudem kann man generell nach dem Staatsgrundgesetze keine bestimmte Kategorie von bestimmten Aemtern ausschliessen. Was die Selbstregierung ohne Härte von selbst vollbringt, kann man strikt auf bürokratischem Wege gar nicht fixieren.\*\*

Wohl gibt es ein administratives Auskunftsmittel. Die Beamten eines Kronlandes bilden in der Regel je einen Konkretualstatus. Obschon die bürokratische Jakobsleiter von der XI. bis zur I. Rangsklasse emporführt, so hat doch jedes Kronland sein eigenes Leiterchen, das in der Spitze nur mit den anderen zusammenführt.

\* Ich habe die gesamte staatliche Sprengelteilung im »Kampf der Nationen« einer eingehenden Kritik unterzogen (III. Kap., 2 Abschn.), auf die ich hier verweise.

\*\* Ohne Härte würde die Selbstregierung Abhilfe schaffen. Gesetzt den Fall, es fehlte an deutschen Richteramtscandidaten in Böhmen, die deutschen Körperschaften würden nicht viel Bedenken tragen, deutschsprechende Tschechen anzustellen. Sind doch sie es, die die Beamten vollständig in der Hand haben, die Ausnahme würde nicht schaden.

Es lässt sich denken, dass jede Nation für sich einen Konkretualstatus ihrer nationalen Beamten vom Kanzlisten bis zum sogenannten Landsmannminister hätte. Lassen sich doch die Nationen auch bürokratisch konstituiert denken. Unser Programm kann dies gleichfalls nicht sein. Die Selbstregierung verträgt, wie an anderer Stelle aufgezeigt, keine geschlossene, hierarchisch geordnete Bürokratie, sondern die Ämter jeder Stufe haben ihre eigene speziell vorgebildete, von den anderen unabhängige Beamtschaft. Räumen wir aber, ohne Zugeständnis, die Sprachgebietsbasis ein, so läge die Aufgabe so: Innerhalb des Konkretualstatus des Kronlandes sind drei Status aufzustellen: der Status der deutschen, der tschechischen und der gemischtsprachigen Beamten.

Wer soll sich für dieses System begeistern, besser, wie soll die Mehrheitsnation für die Preisgabe des Kronlandsstatus gewonnen werden? Heisst es doch das allgemeine bürokratische Privileg nur spezialisieren! Was aber ist faktisch für die Nationen gewonnen? Das Ernennungsrecht, die Amtshoheit bleibt dem Statthalter und Minister, die Schranken ihrer Macht sind rein formale und ein slawisches Ministerium kann solche »Auchdeutsche« anstellen und befördern, kann so viele »Amphibien« poussieren, dass trotz des getrennten Status die Nation unter nationaler Fremdherrschaft steht. Und was heute den Deutschen passiert, stösst nach dem gewohnten Kreislauf österreichischer Politik morgen den Tschechen zu.

Man sieht sonnenklar: Auf bürokratischem Wege ist die Ämterbesetzungsfrage überhaupt nicht vollkommen zu lösen. Sie haftet am Formalen. Ein vollkommen tschechisch sprechender Deutscher genügt den sprachlichen Anforderungen des Tschechentums, ein deutschsprechender Tscheche denen des Deutschtums bürokratisch, er kann ernannt werden. Die Nation hat dagegen keine Waffe als die politische Opposition und Obstruktion im Parlament. Man sieht — bei dem bürokratischen System der zwei Brennpunkte (Seite 57 f.) genügt ein Sandkorn, um die ganze Staatsmaschine stillzusetzen. Ist das eine für den Nationalitätenstaat geeignete Verfassungsform und Ämterordnung? Das wird selbst der verzopfteste Bürokrat nicht behaupten wollen.

## Dr. Julius Stark: Die Richterfrage in Böhmen

Der Kampf der Nationalitäten, der vor keiner Seite des wirtschaftlichen und staatlichen Lebens der österreichischen Völker halt gemacht hat, ist am heftigsten auf dem Gebiete der Schule und der Justizverwaltung entbrannt. Die kulturelle Bedeutung, die die Schulfrage hat, macht die Intensität dieses Kampfes begreiflich; aber fast ebenso wichtig und bedeutungsvoll sind die Kämpfe um das Richteramt und die ganze Amtssprache, die das Um und Auf der nationalen Wirren der letzten Jahrzehnte auszumachen schien. Sie ist nur eine Form dieses Kampfes, die nun sich zu dem zu gestalten beginnt, was sie wirklich ist: die Frage der Amtsbesetzung. In dem Artikel Renners im »Kampf« »Löst die nationale Autonomie die Amtssprachenfrage«, ist die Stellung, die das Proletariat zu der Amtssprachenfrage, die auch für uns die Frage nach dem Rechte auf das Amt ist, einnehmen muss, so klar präzisiert und so unwiderleglich beantwortet, dass es genügt, auf Renners Ausführungen zu verweisen. Hier möchte ich nur einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten Phasen geben, die die Frage der Besetzung der Richterstellen in Böhmen gezeitigt hat, zumal gerade im gegenwärtigen Momente durch den Kampf um die Richterernennungen diese Frage akut geworden ist.

Der Kampf um das Richteramt in Böhmen ist sehr alt. Zu Beginn der konstitutionellen Ära haben die Tschechen wiederholt Anspruch erhoben nicht bloss auf die Gleichberechtigung der tschechischen Sprache bei allen Gerichten in Böhmen, sondern auch auf die Besetzung der Richterstellen mit ihren Volksangehörigen, und die Deutschen haben sich dagegen gewehrt, haben ihren Einfluss aufgeboten, um diese Ueberflutung deutscher Orte mit tschechischen richterlichen Beamten zu hindern und haben in Parlament und Presse sich beschwert, dass die tschechischen Beamten immer mehr und mehr überhand nehmen. Friedrich Hebbel hat schon im Juni

1863 darüber geklagt, »dass in den Aemtern das tschechische Idiom weit mehr vertreten ist, als das Verhältnis der Kopfbzahl gestattet«. Die Deutschen haben immer wieder übersehen, dass sie bei ihrer industriellen und kommerziellen Expansion fast den gesamten Nachwuchs für Industrie und Handel aufbrauchten, dass sie für die Justizverwaltung kein Anbot an Beamtenmaterial machen konnten, dass sich daher die Nachfrage der staatlichen Verwaltung dorthin richten musste, wo dieses Anbot in übergrosser Zahl vorhanden war, zu den Tschechen, die eine »bureaukratische Reservearmee«, wie sie Renner trefflich bezeichnet, herangezüchtet hatten. In den Achtzigerjahren waren tatsächlich in der Justizverwaltung Böhmens die Tschechen im Richterstande in einer solchen Mehrheit vertreten, die dem Verhältnisse der Volkszahl nicht mehr entsprach, und von da ab ist der Kampf um die äussere und innere Amtssprachenfrage immer brennender geworden. Die Tschechen haben damals klugerweise die Frage der Aemterbesetzung niemals hervortreten lassen; sie war durch die Verhältnisse zu ihrem Gunsten entschieden; sie haben nur mit Hilfe staatsrechtlicher Theorien die Amtssprachenfrage ständig auf der Tagesordnung erhalten und die Deutschen haben immer nur das »Staatsrecht« bekämpft, sind immer nur als Zentralisten gegen die Föderalisten aufgetreten; die Frage der Amtsbesetzung hat sie nicht sonderlich gerührt; ob der Bezirksrichter in Buchau der deutschen Nation angehörte, war ihnen gleichgültig, wenn er nur die deutsche Amtssprache hoch hielt. Allerdings gab es damals noch eine national ziemlich geschlechtslose Beamenschaft und der tschechische Bezirksrichter in Buchau, der ganz k. k. Beamter war, hat sich gewiss im Amte nie eine Amtssprachensünde zuschulden kommen lassen.

Nach und nach ist unter den deutschen bürgerlichen Politikern erst die Erkenntnis gereift, dass die Frage nicht laute, ob der Richter in Chrudim und der Richter in Eger deutsch und tschechisch amtieren sollen oder nicht, sondern ob in Eger tschechische und in Chrudim deutsche Richter angestellt werden können.

Ohne sich über das Problem weiter den Kopf zu zerbrechen, wurde es nun zu einem deutschen Postulate, für das deutsche Sprachgebiet — nicht für die Deutschen — deutsche Richter zu verlangen und seit dieser Zeit kommen in allen Erklärungen deutschbürgerlicher Politiker die Klagen darüber vor, dass die tschechische Beamenschaft, der tschechische Richter in das deutsche Gebiet eindringe. Jetzt reifte die Erkenntnis, dass es sich nicht bloss um die Fragen der Amtssprache handle. »Denn nicht bloss, wie vorgeschützt wird, um Aenderungen in der Amtssprache handelt es sich, sondern um Aenderungen in der Beamenschaft. Die ganze Bewegung läuft schliesslich hinaus auf eine Verdrängung der Menschen der einen Volksart durch Menschen der anderen Volksart,« jammert Dumreicher in den 1892 erschienenen »Südostdeutschen Betrachtungen«. Allerdings wurde der publizistische Kampf von den Deutschen mit der diesen deutschböhmisches bürgerlichen Politikern eigenen Phrasenhaftigkeit und Oberflächlichkeit geführt. Einer schrieb unkritisch dem anderen nach. Menger hat zum Beispiel in seiner Schrift über den böhmischen Ausgleich 1891 angeführt, dass unter 257 Auskultanten nur 31 Deutsche und unter 46 staatsanwaltschaftlichen Beamten nur 2 Deutsche seien. Abgesehen davon, dass damals schon die Ziffern nicht richtig waren, übersah er, dass an diesem der Volkszahl nicht entsprechenden Verhältnisse nicht die Tschechisierungssucht die Regierung die Schuld hatte, sondern der geringe Zufluss des deutschen juristischen Nachwuchses in den Justizdienst. Dumreicher wiederholt in seiner oben erwähnten Schrift mit Entrüstung diese Zahlen und während des Kampfes gegen die Sprachenverordnungen, zu einer Zeit, wo die Herren doch die Pflicht hatten, sich ernstlicher und gewissenhafter mit dieser Frage zu befassen, berichtet der Abgeordnete Doktor Werunsky, eine »Kapazität« der deutschliberalen Partei, mit dem ganzen Pathos sittlicher Entrüstung am 2. Mai 1897 in Teplitz, von 257 Auskultanten seien nur 31 Deutsche, von 46 staatsanwaltschaftliche Beamten nur 2 Deutsche!

Seit der Aufhebung der Badenischen und dann der Gautsch'schen Sprachenverordnungen, die den vorläufigen Sieg der Deutschen in der Amtssprachenfrage bedeutete, begann erst der Kampf um die Richterstellen intensiver zu werden. Ein Teil des deutschen juristischen Nachwuchses begann sich wieder der richterlichen Laufbahn zuzuwenden. Allerdings erfolgte die Aufnahme durch das böhmische Oberlandes-

gerichtet nur in beschränkter Zahl, da die meisten deutschen Aufnahmswerber die tschechische Sprache nicht beherrschten. Denn das war das Haupterfordernis, das die oberste Justizbehörde Böhmens von jedem Richteramtskandidaten beanspruchte, aus gewissen praktischen Gründen gewiss mit Recht, vom Standpunkt der deutschen bürgerlichen Parteien mit Unrecht, denn für diese war es eine ausgemachte Sache, dass der Richter in Eger, in Asch nicht notwendig hatte, tschechisch zu können, da selbst nach den Stremayrschen Sprachenverordnungen die tschechische Sprache dort nicht landesüblich war. Der Begriff »landesüblich« wurde zu diesem Zwecke im Sinne von »bezirksüblich« interpretiert. Seit dieser Zeit ist nun insoweit eine Aenderung eingetreten, als die Deutschen spät aber doch auf die Idee kamen, dass es ganz vernünftig wäre, wenn ihr Nachwuchs tschechisch lernen würde. Die harte Notwendigkeit überzeugte sie von der Nichtigkeit des Uebergermanentums, das die Sprache des nationalen Gegners als Produkt der Rassenminderwertigkeit verachtete, nichts von ihr wissen wollte, ihre Nichtkenntnis als Vorzug anpries und der »Deutsche Volksrat« gab das Stichwort aus: »Lernet tchechisch!« Tatsächlich ist nun der deutsche juristische Nachwuchs sprachlich qualifizierter, ja es scheint, dass unter den deutschen Richtern die Kenntnis des Tschechischen im Zunehmen begriffen ist, während man von der guten Hälfte des tschechischen richterlichen Nachwuchses behaupten kann, dass er nicht deutsch kann.

Bei der Besetzung der Richterstellen in Böhmen ist der Konkretalstatus des böhmischen Oberlandesgerichtssprengels von ausschlaggebender Bedeutung. Der einheitliche Status, in welchem tschechische und deutsche Justizbeamte nach den Daten ihres Eintrittes in den Justizdienst eingetragen erscheinen, wird nicht mit Unrecht von den Deutschen als eine der Ursachen angesehen, weshalb die deutschen Gerichtsbezirke Böhmens mit tschechischen Richtern geradezu übersät erscheinen. Im Status überwogen selbstverständlich die tschechischen Nationsangehörigen. Aber in einer Masse, wie es dem Verhältnisse der Nationen nicht entsprach.

Da nun für das Vorrücken das Dienstalder massgebend war, geschah es, dass bei Neuernennungen, bei welchen nach diesem vorgegangen werden musste, für die deutschen Gerichtsstellen tschechische Bewerber ernannt werden mussten. Selbstverständlich war das den Deutschen nicht genehm; der Ruf nach deutschen Richtern wurde immer dringender und es begann nun ein System der Richterernennungen, das in späteren Zeiten als einer der hässlichsten Auswüchse des nationalen Kampfes gebrandmarkt werden wird. Die Besetzung der Richterstellen wurde zu einem Kuhhandel zwischen der Regierung und den politischen Parteien; die Führer der politischen Parteien erstatteten die Vorschläge für die Richterernennungen; die Deutschen präsentierten die jüngsten Auskultanten, die kaum ihre Richteramtsprüfungen bestanden hatten, als Kandidaten für Richterposten. Die Tschechen verlangten, damit ihren Nationsangehörigen kein Unrecht geschehe, dass man alle Auskultanten tschechischer Nation, die im Status dem jüngsten deutschen Ernannten im Status vorangehen, ebenfalls zu Adjunkten ernenne, und da für diese Ueberflüssigen keine Stellen vorhanden waren, mussten sie extra statum ernannt werden. So kamen auch die Richterernennungen vom 31. Oktober 1907 zustande. 91 systemisierte Gerichtsadjunktenstellen waren zu besetzen; 43 in Bezirken mit tschechischer, 37 mit deutscher Bevölkerung, 11 ohne bestimmten Dienstort. Die 37 Stellen in deutschen Gerichtsbezirken erhielten 31 deutsche Auskultanten und 6 tschechische. Und der amtliche Bericht sagt nun: »Um die in dieser Weise übergangenen Auskultanten tschechischer Nationalität zu entschädigen, die die volle Qualifikation für das Richteramt besitzen (das ist wohl die Prüfung abgelegt haben, gewiss aber nicht die Praxis und die Erfahrung haben, die das selbständige Richteramt erfordert), wurden 72 Auskultanten tschechischer Nationalität zu Gerichtsadjunkten für den Oberlandesgerichtssprengel extra statum ernannt.«

Es ist nun begreiflich, dass in dieser Weise nicht fortgefahren werden kann. Schliesslich wird aber durch die extra statum-Ernennungen der ganze Status ad absurdum geführt und die Regierung wird daran denken müssen, den Wunsch der Deutschen nach einer Teilung des Status zu befriedigen. Damit wäre ein kleiner Schritt weiter zur nationalen Autonomie getan und deshalb haben wir als Sozialdemokraten, die in ihr Programm die Autonomie der Nationen aufgenommen haben,

ein gewisses theoretisches Interesse an dem Streite um die Richterstellen. Allein, wir haben auch ein eminent praktisches Interesse daran, die Forderung nach deutschen Richtern ist gewiss eine den Interessen des deutschen Proletariats entsprechende, wie der Wunsch des tschechischen Arbeiters, als Richter nicht einem Volksfremden sich gegenüber zu wissen. Wenn wir auch auf dem Standpunkte stehen, dass der Staat nur eine Organisation einer herrschenden Minorität zum Schutze gegen eine rechtlose Majorität ist, dass alles Recht Klassenrecht ist, jede Aenderung des Rechtes nur eine Folge des Klassenkampfes, dass die Richter die Wächter des Klassenrechtes, bewusste oder unbewusste Diener des Klassenstaates sind — wir müssen mit dem geltenden Zustand rechnen, dass das Proletariat tagtäglich und überall mit diesem Recht zu rechnen hat, mit dem Richter zu tun bekommt. 95 Prozent der Personen, die vor dem Strafrichter als Beschuldigte, als Zeugen erscheinen, gehören dem Proletariat an, und unzähligemal muss der Arbeiter den Zivilrichter in Anspruch nehmen, bei Lohnklagen, Schadenersatzklagen, Vormundenschaftssachen und vielen anderen. Da handelt es sich aber nicht bloss darum, dass der Richter die Sprache des Arbeiters verstehe; das Undefinierbare, das in der Nationsgemeinschaft liegt, verlangt da sein Recht, und der tschechische Arbeiter muss in dem deutschen Richter das fremde Element so fühlen, wie der deutsche Arbeiter in dem noch so korrekt vorgehenden tschechischen Richter. Solange es nicht überall nur den »guten Europäer« gibt, solange es nicht eine einheitliche Sprache gibt, und das wird wohl in undenklichen Zeiten nicht der Fall sein, so lange wird die nationale Qualifikation, ob wir nun wollen oder nicht, ihre Rolle spielen; auch wenn es Ausnahmefälle gibt, wo ich dem Nationsfremden mehr Gerechtigkeitsgefühl oder Billigkeit zuerkenne als dem Nationsgenossen, so ist die Regel doch, dass ich als Klassenrichter lieber den Nationsangehörigen mir gegenüber sehe, als den Fremden. Das war es ja, was den Ideen des Sozialismus im tschechischen Volke solche Schwierigkeiten in den Weg gelegt hat, dass der tschechische Proletarier lange in dem Klassengegner, in seinem Ausbeuter einzig und allein den nationalen Feind gesehen hat, es musste erst eine tschechische Industrie entstehen, um diesen Irrtum, der noch heute, auch bei manchen tschechischen Genossen, zu spuken scheint, ein wenig zu mindern. Es ist richtig, wie Genosse Doktor Meissner im Oktoberhefte der »Akademie« bemerkt, dass der tschechische Arbeiter Anspruch darauf hat, einem Richter gegenüberzustehen, der nicht bloss die tschechische Sprache beherrscht, sondern auch den Willen hat, seine Sprachkenntnis den Bedürfnissen des tschechischen Arbeiters voll zur Disposition zu stellen und dass das im Grunde genommen nur der Richter tschechischer Nationalität sein kann. Aber dasselbe gilt von dem deutschen Arbeiter und mit demselben Rechte kann der deutsche Arbeiter jenes Sprachgebietes, in welchem es eine unbedeutende tschechische Minorität gibt — und dieses Gebiet ist sehr gross — beanspruchen, dass er es nur mit Richtern deutscher Nationalität zu tun bekommt. Das Richterbedürfnis der Minoritäten müsste allerdings befriedigt werden und ich würde, im Gegensatz zu Renner, die Zweisprachigkeit der Gerichte, die Doppelbesetzung der Richterstellen in den gemischten Gebieten, der Zweisprachigkeit der Richter vorziehen, schon weil dieser Zustand der Idee der vollen nationalen Selbstregierung mehr entsprechen würde. Dieser Idee entspricht aber keinesfalls die Forderung, die Meissner in seinem oben erwähnten Artikel aufstellt, dass überall in Böhmen die Richter in beiden Sprachen amtieren sollen, was mir als eine sehr bedenkliche Annäherung an die territorialistisch-staatsrechtlichen Anschauungen der tschechischen bürgerlichen Parteien erscheint. Meissner will unter diesen Voraussetzungen in die Trennung des richterlichen Status nach Nationen einwilligen. Ich glaube, dass unter dieser Voraussetzung eine Trennung des Status nicht notwendig wäre. Stehen wir aber als Autonomisten auf dem Standpunkte, dass die alte Frage »unter welchem Rechte lebst du?« in Zukunft lauten wird: »unter welchem Richter lebst du?«, dass derjenige, der sich zu einer Nation bekennt, auch den Anspruch hat, von dem Richter seiner Nation gerichtet zu werden, dann werden auch wir in einer Scheidung des Status in einen deutschen und einen tschechischen einen Fortschritt sehen. Die Härten, die vielleicht für den richterlichen Nachwuchs der Tschechen entstehen würden, könnten dadurch ausgeglichen werden, dass man

einen einheitlichen tschechischen und deutschen Status für Böhmen, Mähren und Schlesien schafft. Hierdurch würde ein gewisser Ausgleich eintreten, da die grössere Zahl der deutschen Richteramtskandidaten in Mähren die mindere Zahl derselben in Böhmen ergänzen würde, andererseits die ausserhalb des Status stehenden tschechischen Richter Böhmens in Mähren Beschäftigung fänden.

Es würde verlocken, in alle diese Fragen näher einzugehen und das Problem der nationalen Autonomie in der Justizverwaltung aufzurollen. Vorläufig sollen aber diese Zeilen ein Hinweis darauf sein, dass alle im ersten Moment noch so sehr den Lebensinteressen des Proletariats fernab zu liegen scheinenden »nationalen« Fragen nicht bloss Objekte diplomatischer Tätigkeit unserer bürgerlichen Politiker sein sollen, sondern auch einen Untergrund haben, der die Erwägung und die Kritik der Sozialdemokratie verdient.\*

## Hugo Schulz: Das Deutschtum in der Armee

Hat die Vorherrschaft der deutschen Sprache in der Armee für die Deutschen irgend eine nationale Bedeutung im Sinne einer besonderen Machtposition des deutschen Volkes oder gar einer ausgesprochenen Hegemonie? Die Vertreter des deutschen Bürgertums, an oberflächliche Betrachtung der Dinge, an unsachliche Parolepolitik und an tändelndes Spiel mit politischen Scheinwerten seit Jahrzehnten gewöhnt, glauben diese Frage blindlings bejahen zu müssen und oberflächlich, wie sie sind, haben sie sich noch nie die Mühe genommen, das militärische Deutschtum einmal unter die Lupe zu nehmen. Täten sie es, so würden sie zu ihrem Schrecken sehr bald finden, dass die Deutschen in der Armee nicht nur keine privilegierte Stellung innehaben, sondern dass sie für das Vergnügen, ihre Sprache eine volapükartige Rolle spielen zu sehen, schwere Opfer bringen müssen. Da es nun einmal in Oesterreich unsere historische Mission ist, auch für die anderen zu denken und da wir, um unsere Bahn freizubekommen, unser tolpatschiges Bürgertum erst auf das richtige Geleise setzen müssen, so wollen wir ihm auch den Liebesdienst erweisen, einmal aufzuzeigen, wie hirnrissig es ist, einen Notbehelf des Staatsmilitarismus als eine nationale Machtquelle anzusehen und seine Erhaltung, statt die Sorge darum ganz dem Staate zu überlassen, zum Gegenstand nationaler Politik zu machen.

Fragen wir zunächst einmal, welche Vorteile das deutsche Bürgertum überhaupt im günstigsten Falle davon erwarten könnte, dass die deutsche Sprache in der Armee dominiert. Mit dem besten Willen liesse sich da nichts anderes finden als eine gewisse Bevorzugung bei der Besetzung von Offiziersstellen. — Es könnte den Deutschen, wenn schon nicht ein Privilegium auf alle Offiziersstellen, so doch ein gewisses Erstgeburtsrecht im Offizierskorps eingeräumt sein. Ist das nicht auch tatsächlich der Fall? Es kann nun allerdings nicht bestritten werden, dass der Prozentsatz der Offiziere deutscher Herkunft beträchtlich über das Mass dessen hinausragt, was den Deutschen bei einer Kontingentierung des Offizierskorps nach Nationen zukommen würde. Es ist aber für den, der die militärische Praxis kennt, ebensowenig zweifelhaft, dass dies keine nationalpolitischen, sondern lediglich soziale Ursachen hat und sich einfach daraus erklärt, dass bei den Deutschen die bürgerliche Oberschicht noch immer weit umfangreicher ist als bei den anderen Nationen. Die Deutschen haben da eben die besseren ökonomischen Voraussetzungen für die

\* Um den nicht Rechtskundigen das Verständnis der sehr beachtenswerten Ausführungen des Genossen Dr. Stark zu erleichtern, fügen wir folgendes hinzu: Im fränkischen Reiche galt auf dem Gebiete der Rechtspflege das Personalitätsprinzip. Der Schwabe konnte überall, wohin immer er kam, nur nach schwäbischem, der Franke im ganzen Reiche nur nach fränkischem Rechte gerichtet werden. Darum musste der Richter den Beklagten fragen: Quo jure vivis? Nach welchem Stammesrechte lebst du? Aehnlich will Genosse Stark in den Gebieten mit starker sprachlicher Mischung den Beschuldigten oder Angeklagten fragen: Quo judice vivis? Welcher Nation gehörst du an, dem Richter welcher Nation unterstehst du? — Wir stellen die Anregungen des Genossen Dr. Stark zur Diskussion, ohne uns mit allen Einzelheiten einverstanden erklären zu wollen.

Erzeugung von Offizieren, wozu sich noch der Umstand gesellt, dass auf ihre bürgerliche Jugend von altersher die militärische Ideologie eine grössere Suggestion ausübt als auf die im Hass wider alle zentralistischen Institutionen erzogenen tschechischen oder magyarischen Jünglinge. Die Dinge liegen da einfach so, dass die Deutschen bei der Besetzung der Offiziersstellen auch dann einen Vorsprung hätten, wenn man etwa das Lateinische zur Armeesprache machte. Wie wenig aber das mit irgendwelchen deutschnationalen Erwägungen oder auch bloss Denkgewohnheiten der Armeeleitung zusammenhängt und wie sehr sich diese im Gegenteil bemüht, ihrem Ideal eines national möglichst bunt gemischten Offizierskorps näherzukommen, wissen die Eingeweihten sehr genau. Auch dem bloss oberflächlich Hinsehenden kann nicht entgehen, welcher besonderen und traditionellen Protektion sich in der Armee zum Beispiel das kroatische Element erfreut. Was wäre aber im Sinne der nationalen Politik der Deutschen, die längst nicht mehr identisch ist mit zentralistischer Gesamtstaatspolitik, aber sich noch immer nicht von ihren Denkgewohnheiten lösen kann, damit gewonnen, wenn die Deutschen dem Offizierskorps noch um ein paar hundert Jünglinge mehr beisteuern würden, als es faktisch geschieht? Ausser ein paar hundert ärarischer Brotstellen, auf die die Deutschen wahrhaftig nicht so versessen sein müssen wie die rückständigeren Nationen und deren Erbeutung sie kaum als einen nationalen Gewinn buchen können, nicht das mindeste. Für die rückständigen Nationen ergibt sich, wenn sie einen Teil ihrer überproduzierten Intelligenz als ver sacrum ausstossen und an den feindlichen nationsfremden Moloch abgeben, wenigstens ein ökonomischer Gewinn, der den etwaigen nationalen Verlust verschmerzen liesse. Für die Deutschen aber fällt der ökonomische Gewinn kaum in die Wagschale, während sie das Menschen- und Intelligenzmaterial, welches sie an die »Kaiserlichen« abgeben, durchaus auf ihr nationalpolitisches Verlustkonto setzen müssen. Nicht nur in einer weit höheren Masse, als dies die anderen Nationen tun müssen, sondern im Grunde genommen ganz allein; denn nur die deutschen Offiziere treten gewissermassen aus ihrer Nation aus, wenn sie in die Armee eintreten. Die jungen Leute slawischer und magyarischer Herkunft, welche den Offiziersberuf erwählen, geben sich damit wohl zweifellos ihres Rechtes verlustig, in völliger Freiheit an den Kämpfen ihrer Nation teilzunehmen, und sie binden sich an die Mächte des Gesamtstaates. Aber selbst in ihrer Gebundenheit fühlen sie sich als Exponenten der nationalen Politik ihres Volkes und sozusagen als dessen rechter Flügel. Sie stehen mit ihrem Volke nicht bloss in einem sprachlichen und kulturellen, sondern in einem bewusst politischen Zusammenhange und betrachten den Gesamtstaat aus der Perspektive der Nation, im Gegensatz zu ihren deutschen Kameraden, die die Nation aus der Perspektive des Gesamtstaates betrachten. Dem tschechischen, polnischen, magyarischen Offizier ist es in jedem Moment gegenwärtig, dass sich in ihm ein Stück der staatlichen Gleichberechtigung seiner Nation verkörpert und er ist immer darauf bedacht, dieses Moment zur Geltung zu bringen. Er betont seine Herkunft und ist immer national empfindlich. Er ist nicht schlechthin ein vom Staatsgefühl durchdrungener Oesterreicher, sondern ein staatlich gesinnter Tscheche, Pole oder Slowene, der in seiner Nation wurzelnd dem Kaiser gibt, was des Kaisers ist, als ein Faktor nationaler Transigenz, die das nationale Interesse dem staatlichen zu assimilieren strebt, aber es nicht in ihm aufgehen lässt.

Ganz anders der deutsche Offizier. Wenn er nicht gerade aus einem nationalen Grenzbezirk stammt, ist ihm an der Wiege und in der Kinderstube vom Deutschtum nichts gesungen worden. Man hat ihm die Lehre, dass er ein Deutscher ist, gegeben, ohne sie polemisch zuzuspitzen, während bei den Bourgeoisien der anderen Nationalitäten, die sich aus ökonomisch unterdrückter Stellung neben den Deutschen und gegen sie emporzuarbeiten haben, schon in der Kinderstube nationale Kampf Stimmung erzeugt wird. So tritt dann der deutsche Knabe, wenn er nicht gar als Beamtensohn schon von Haus aus auf »echtes Oesterreichertum« dressiert ist, mit einer viel geringeren seelischen Disposition, sein harmlos in sich gekehrtes Nationalbewusstsein zu behaupten, in die Kadettenschule als sein tschechischer Schicksalsgenosse, den nie das Gefühl verlässt, dass er auch im Bannkreise des schwarz-gelben Symbols noch eine besondere nationale Mission zu erfüllen habe.



Dagegen wird der deutsche Offizierszögling binnen kürzester Frist von dem, was man die österreichische Staatsidee nennt, völlig erfasst und er gibt sich alsbald ohne jede innere Hemmung dem »wahren Oesterreichertum« hin. Zu der kleinen Gruppe von Menschen, die ein spezifisch österreichisches Staatsgefühl haben und die, ob sie es nun aussprechen oder nicht, die Nationalitäten negierend, am liebsten eine österreichische Staatsnation konstituieren möchten, stellen die deutschen Offiziere das stärkste Kontingent. Sie fühlen sich nicht als Deutsche, sondern bloss als Oesterreicher, sie gehören zur wurzellosen Nation der ausschliesslich Schwarzgelben. Wenn man dazu noch nimmt, dass sich alle Politik, die dem gesamtösterreichischen Staatswillen entspringt, seit Taaffe notwendigerweise gegen das deutsche Bürgertum richtete, so mag man daraus ermessen, was es zur Stärkung der Position des Deutschtums im Staate beiträgt, wenn das deutsche Bürgertum sich so heiss dazu drängt, dem Moloch reichlich Opfer zu bringen.

Mit der Feststellung, dass die von Deutschen besetzten Offiziersstellen eher als nationale Verluste denn als Gewinne zu buchen sind, wäre der Zweck dieser Darlegung erfüllt, denn das Interesse des deutschnationalen Politikers an den Schicksalen des Deutschtums in der Armee geht doch eben nur so weit, als das Interesse der Bourgeoisie geht. Wie der gemeine Soldat deutscher Herkunft unter der Herrschaft der deutschen Armeesprache gestellt ist, darum kümmert sich der »deutsche Mann« ebensowenig, wie er sich damals, als er aus ökonomischen Gründen der »slawischen Hochflut« die Dämme öffnete, um den deutschen Arbeiter kümmerte. Es ist noch nie einem deutschen Politiker eingefallen, die Rückwirkung der deutschen Armeesprache auf die Stellung des deutschen Soldaten zu untersuchen, jeder hat es vielmehr unbesehen geglaubt, dass es in den gemischtsprachigen Regimentern den Deutschen besonders gut gehen müsse, weil ja nur sie Unteroffiziere werden können. Und damit war dann natürlich wieder gegeben, dass die Erhaltung der deutschen Armeesprache ein nationaler Gewinn ist. Wer nun aber die Dinge nicht aus einer vorschnell gefassten Meinung heraus beurteilt, sondern auf sie eingeht, muss sich alsbald überzeugen, wie sehr, zumal in den Verhältnissen des militärischen Mannschaftsstandes, das Gegenteil zutrifft. So paradox es klingen möge, so ist es doch richtig, dass der scheinbare Vorteil, den die Deutschen in der Armeesprache haben, in der Praxis zu ihrem Nachteil umschlägt. Schon eine blosser Umfrage bei Leuten, die in gemischtsprachigen Regimentern gedient haben, würde diese Tatsache bestätigen und ein bisschen Nachdenken würde die parlamentarischen Eiferer für das Armeedeutsch darauf bringen, dass die relative Zurücksetzung der Deutschen im Mannschaftsstand in den Dingen logisch begründet ist. Ein besonders drastisches und den Schwärmern für den deutschen Charakter der Armee an das Gemüt greifendes Beispiel mag dies näher dartun.

Es wird schon manchem aufgefallen sein, dass die Vertreter der Tiroler Bauern sich jedesmal, wenn Militärfragen erörtert werden, mit energischem Ruck aus dem Schlepptau des Konservatismus lösen und plötzlich so heftige Ankläger werden wie irgend ein Sozialdemokrat. Ihre christlichsozialen Parteifreunde waren kürzlich, als der Tiroler Abgeordnete Kienzl derartige Töne anschlug, ausser sich vor Entsetzen und konnten es absolut nicht begreifen, wie es komme, dass sich im heiligen Land Tirol ein derartiger antimilitaristischer Radikalismus eingenistet habe. Denn wenn es auf Erden irgend eine Gegend gäbe, wo man Volk und Armee gleichsetzen könne, so müsse es doch das Land Andre Hofers sein mit seiner in jeder Hütte lebendigen Tradition heldenhafter Vaterlandsverteidigung. Und wenn es andererseits eine Truppe gäbe, die im wahrsten Sinne ein in der Heimat, ihrer Charaktergemeinschaft und ihrer Geschichte wurzelndes Hausregiment ist, dann sind es doch wohl die braven Kaiserjäger! Wo kann das spezifisch alpenländische Deutschtum und der ihm entspringende volkstümliche Wehrgeist besser in Kost und Pflege stehen als bei ihnen, die nicht nur die Lieblinge des Thrones, sondern auch der Stolz aller jener sind, welche den frommen Glauben an den deutschen Charakter der Armee hegen? Von solchen Fiktionen wissen aber die Tiroler Bauern nichts, sie sehen vielmehr die Dinge klar, wie sie sind. Und die Dinge sind so, dass der Tiroler Bauer weder als Bauer noch als Träger alttirolischer Ideologien eine Freude daran haben kann. Von seiner bäuerlichen Abneigung gegen schwere Militärlasten wollen

wir hier absehen; was hier in Betracht kommt, ist, dass er auch als Tiroler so wenig für ein militärisches Korps empfindet, das alle anderen Leute für die Auslese und kriegerische Verkörperung des reinen Tirolertums halten. Alle anderen Leute nämlich, die, statt den Dingen auf den Grund zu gehen, bei Phrasen und Scheinwerten selig werden, also so ziemlich alle deutschbürgerlichen Politiker, mit denen unser Parlament gesegnet ist. Der Tiroler Bauer dagegen weiss genau, dass seine gepriesenen Kaiserjäger k. u. k. Truppenkörper sind wie irgendwelche andere Instrumente der gesamtstaatlichen Nivellierpolitik, aus denen alles, was im spezifisch tirolerischen Sinne national ist, systematisch ausgelautet wird. Keine Spur von Anknüpfung an die Geschichte des Landes und den Geist seiner deutschen Bewohner, die doch allein die historischen Tiroler sind, ist da zu finden, denn der ganze Betrieb steht im Dienste des rein staatsmilitärischen Zweckes, die mutmassliche militärische Unverlässlichkeit der Italiener zu paralysieren, indem man sie mit den Deutschen vermengt. Also Germanisation — werden unsere Deutschnationalen ausrufen und ganz entzückt sein, ohne darnach zu fragen, womit diese problematische Germanisation, die nichts weiter ist, als dass die Italiener zu ihrem ökonomischen Vorteil auf Staatskosten ein bisschen deutsch radebrechen lernen, von den Deutschen des Landes bezahlt werden muss. Die deutschen Tiroler Bauern aber wissen hierüber Bescheid, sie wissen genau, wie sehr die Zusammensetzung der Tiroler Truppen ihre beim Militär dienenden Söhne in Nachteil bringt und zur Aschenbrödelrolle herabdrückt. Es ist nämlich eine Tatsache, dass die deutschen Nordtiroler, die Nachkommen der Landesverteidigungshelden und die eigentlichen Erben der Tiroler Landeslegende, nur selten Unteroffiziere werden und sich von jenen befehligen und schurigeln lassen müssen, die dem geschichtlichen Tirolertum nicht angehören, aber dafür von Haus aus italienisch sprechen. Die Italiener, die sich ja zu ihrem Vorteil gerne das Deutsche aneignen, werden weit lieber befördert als irgend ein nordtirolischer Nachkomme der Kämpfer von Anno Neun aus dem Inntal, dem Zillertal und Passeiertal. Die prädestinierten Unteroffiziere aber sind Ladinier aus Fassa und Gröden, die von Jugend auf beide Landessprachen und dazu noch ihr eigenes romanisches Idiom beherrschen, ihnen zunächst kommen die zweisprachigen Etschtaler und Nonsberger daran, die zum Teil Italiener und zum anderen Teil zwar Deutsche sind, aber einen südländischen Weinbauerntypus darstellen, der blutwenig gemein hat mit dem des nordtirolischen Hochländers.

Ist nun die Stellung der Deutschen im Mannschaftsstand der Armee schon so problematisch bei Truppenkörpern, von denen man wähnt, dass ihr deutscher Charakter unter dem Schutz einer besonderen historischen Tradition stehe, wie ist das dann erst bei anderen gemischtsprachigen Regimentern? Ueberall zerrinnt das herrschende Vorurteil, wonach die Unteroffiziersstellen eine Domäne der Deutschen sind, beim ersten Hinsehen, überall zeigt es sich sofort, dass nicht die Deutschen, die aus den bekannten Gründen selten die etwaige andere Landessprache erlernen, sondern die aus ökonomischer Nötigung das Deutsche erlernenden Andersnationalen die Bevorzugten sind. Vereinzelt in nichtdeutschen Regimentern zu dienen, ist für Deutsche geradezu ein Unglück, denn während der Slawe von Haus aus mit dem Bedürfnis, deutsch zu lernen, sich in ähnlicher Lage sehr rasch assimiliert, bleibt der deutsche Soldat aus der Gemeinschaft seiner anderssprachigen Kameraden ausgestossen und unteilhaftig ihrer Solidarität. Es braucht da gar kein besonderer nationaler Hass mitzuspielen, es liegt das einfach in der Natur der Sache.

Wie unbekannt alle diese Dinge den bürgerlichen Vertretern des Deutschtums sind und wie kritiklos sie darüber ihre Phrasen giessen, hat sich einmal überaus drastisch gezeigt. Es war damals, als Herr v. Pitreich jene Rede hielt, worin er ankündigte, dass man in Zukunft bei der Beförderung zu Unteroffizieren die Bauernsöhne vor den Stadtkindern und den Soldaten aus den Industriebezirken bevorzugen werde, weil doch die Landleute das militärisch tüchtigere und kraftvollere Element seien. Dass sich die militärische Praxis seither an diese »goldenen Worte« nicht besonders gekehrt hat, weil die Praxis nicht mit Verallgemeinerungen, sondern mit wirklichen Erfahrungen wirtschaften muss, gehört auf ein anderes Kapitel. Hier interessiert uns bloss die ulkige Tatsache, dass eine Ankündigung, bei deren konsequenter Durchführung in einem mährischen Regiment kein Deutscher mehr Unter-

offizier werden dürfte, von niemandem lauter bejubelt wurde als von den deutschen Agrariern — nicht nur von den Christlichsozialen und Klerikalen, sondern am allereingestümtesten von den Mannen Schönerers. Die Herrschaften glauben nämlich, dass die Bevorzugung der Bauern beim Militär bloss eine Spitze gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft habe!

Noch deutlicher als in anderen Verhältnissen wird es auf dem Gebiete der Militärjustiz, wie schwer sich deutschnationale Schwärmer für das Armeedeutsch ins eigene Fleisch schneiden, indem sie sich für die Erhaltung der einheitlichen Armeesprache politisch einsetzen. Deshalb, weil die deutschbürgerlichen Politiker sich einbilden, dass die militärische Dienstsprache ein nationales Gut ist, bleiben die deutschen Soldaten und mit ihnen ihre nichtdeutschen Kameraden einer schandbar rückständigen, grauhaftigen Strafjustiz noch für unabsehbare Zeit überantwortet. Kein militärisches Vorurteil ficht mehr für die Konservierung dieser Justizbarbarei, denn in allen massgebenden Staaten besteht das öffentliche und mündliche Verfahren längst, ohne dass hierdurch das Wohlergehen des Militarismus im geringsten beeinträchtigt wäre. Auch bei uns würde man keinen Anstand nehmen, die Militärjustiz sofort zu reformieren, wenn in der Justizfrage nicht ein unbequemes Sprachenproblem eingeschlossen wäre, dessen Lösung man gerne auf die lange Bank schiebt, weil sie ein bisschen anstrengende Gehirnarbeit fordert. Man »studiert« da schon fast zwei Jahrzehnte und wird mit Vergnügen noch etliche Semester studieren, weil die Deutschbürgerlichen das Bummeln protegieren und das Drängen auf die Prüfung allein den Sozialdemokraten überlassen. Es könnte ja sonst — verhüt es Gott — geschehen, dass mit der militärischen Justizschande ein Stück militärischer Spracheneinheit verloren ginge, und es ist daher politisch weise, wenn man auf die Reform nicht allzu ungeduldig brennt. Mögen die Söhne des deutschen Volkes auch das Opfer noch auf sich nehmen, noch ein paar Jahrzehnte die Greuel einer geheimen Feme geduldig zu ertragen! Denn wenn man die Stellung der deutschen Sprache in der Armee nicht untergräbt, so wird sich das doch noch irgendwie für die Nation lohnen, denn schliesslich wirkt ja die Armee doch als ein Germanisationsfaktor. Das ist kein Scherz; das glauben viele deutschbürgerliche Politiker, wie mit zahllosen Aeusserungen belegt werden kann, wirklich noch. Sie bilden sich allen Ernstes ein, dass die militärische Dienstsprache eine germanisierende Mission übt, weil sich beim Militär ein paar tausend Leute ein paar deutsche Brocken aneignen. Es gibt nun allerdings viele, die beim Militär die Gelegenheit, deutsch zu lernen, welche ihnen früher nur kärglich geboten war, gerne um ihres Vorteiles willen wahrnehmen. Tausende andere wieder, die nicht so lerneifrig sind, prägen sich doch wenigstens etliche Dutzend ärarisch-deutscher Worte ein, die ihnen für ihr bürgerliches Fortkommen sehr von Nutzen sein können. Es sind Worte wie »Schwarmlinie«, »Protzstockschuh«, »Perkussionsringzünder«, »Kriegshafenkommandant«, »Verschlusskolben«, »Katzenatzungspauschale«. Daraufhin kann sich ein slowakischer Bauer in seinem Heimatdorfe schon als Germanist habilitieren. Wenn nun aber wirklich alle Soldaten deutsch radebrechen lernten, hätte das denn auch nur die geringste germanisierende Wirkung? Wer hat je gehört, dass jemand anglisiert worden ist, weil er in der Schule englischen Sprachunterricht hatte? Nun ist aber das, was man in der Schule erlernt, dem Lernenden doch noch um ein erhebliches sympathischer als das, was man sich in der härtesten Dienstfron, die es gibt, aneignen muss.

Man muss rein auf den Kopf gefallen sein, um glauben zu können, dass der Militärdienst Liebe zu der Sprache entzünde, deren er sich bedient, um das Individuum zur willenlos gehorchenden Maschine zu machen, und um nicht zu begreifen, dass das Armeedeutsch geradezu ein Vehikel des Hasses der Nationalitäten gegen die Deutschen ist. Die deutsche Fremdherrschaft ist für die slawischen Völker längst keine Tatsache mehr, aber der Militärdienst hält in ihnen immer noch die Vorstellung lebendig, dass diese Fremdherrschaft noch bestünde. Die Armeesprache entfacht immer aufs neue wieder die Erbitterung gegen einen Zustand nationaler Untertänigkeit, der im wesentlichen gar nicht mehr vorhanden ist. Ein vernünftiger Mensch wird es nur dann riskieren, sich bei anderen Leuten verhasst zu machen, wenn er sich dabei seines Vorteiles sicher weiss. Die bürgerlichen Vertreter des Deutschtums aber halten es für erspriessliche nationale Politik, die die Machtstellung ihres

Volkes verstärkt, wenn sie nicht nur schwere Opfer an wirklichen deutschen Interessen bringen, sondern obendrein den Hass der mitstrebenden Völker immer aufs neue entfachen, um einen leeren Scheinwert, eine Assignate in der Tasche behalten zu können. Die Mächte des Staatsmilitarismus würden ja vielleicht ihre Einheitssprache auch ohne Hilfe der Deutschen zu behaupten wissen. Sie stünde aber immer in Frage und müsste immer aufs neue mit Zugeständnissen an die Demokratie erkaufte werden, wenn die deutschbürgerlichen Parteien nicht in so selbstloser Dummheit den Mächten des Gesamtstaates Schergendienste täten, zu keinem anderen Zwecke als zu dem, allen Hass der Nationen vom Militarismus auf sich zu lenken.

## Otto Bauer: **Krise und Teuerung**

Der Kreislauf des Wirtschaftslebens von Hochkonjunktur zur Krise, von Krise zur Hochkonjunktur naht heute wiederum seinem Wendepunkt. Seit achtzig Jahren erlebt die kapitalistische Welt dasselbe grausame Spiel: Auf die Krise von 1825 folgte zu Beginn der Dreissigerjahre eine Periode der Prosperität, die in der schweren und schleppenden Krise von 1836 endete — jener Krise, aus der die Chartistenbewegung, die erste grosse und selbständige politische Bewegung des englischen Proletariats, so reiche Nahrung gesogen hat. Unter dem belebenden Einfluss grosser Eisenbahnbauten erholt sich die Volkswirtschaft wieder in den Vierzigerjahren; aber im Jahre 1847 bricht sie wieder zusammen und die grossen Ereignisse des folgenden Jahres erzählen von der revolutionierenden Wirkung der Krise. Die Goldfunde in Kalifornien und Eisenbahnbauten in grossem Umfang führen zu neuer Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit; aber auch diese Periode der Prosperität endet in einer Krise; sie geht im Jahre 1857 von Amerika aus, greift auf England und von dort auf den Kontinent über. Bis dahin dauert jeder Abschnitt des Kreislaufs zehn oder elf Jahre; die Jahre 1825, 1836, 1847, 1857 sind die Wendepunkte der Konjunktur. Die grossen Kriege von 1864, 1866 und 1870 stören die Regelmässigkeit des Ablaufs. Aber gerade diese grossen politischen Umwälzungen leiten jene Gründerperiode ein, die in dem grossen Krach von 1873 zusammenbricht. Erst um die Wende des Jahrzehnts erholt sich die europäische Wirtschaft wieder von dieser schweren Erschütterung; aber im Jahre 1882 bezeichnet der Krach des Pariser Bankhauses Bontoux neuerlich eine Wendung der Konjunktur. Zu Ende der Achtzigerjahre folgt ein neuer Aufschwung; im Jahre 1890 verkündet der Sturz des Bankhauses Baring Bros & Co. eine neue Abflauung. 1895 bis 1900 sieht Europa, insbesondere das Deutsche Reich, einen gewaltigen Aufschwung der Industrie; schon glaubten kurzatmige Theoretiker und erfolgreiche Praktiker, die schlimmen Zeiten der Krise würden nicht wiederkehren. Aber der Zusammenbruch im Jahre 1901 zerstört ihre Hoffnungen. Ueberraschend schnell erholt sich die kapitalistische Wirtschaft von den Wirkungen der Krise und die Jahre 1904 bis 1907 tragen wieder das Gepräge der aufsteigenden Konjunktur; aber schon zweifelt niemand mehr daran, dass sich abermals eine schwere Krise mit ihrem Gefolge von Bankerotten, von Produktionseinschränkungen, von Arbeitslosigkeit und Lohnkürzungen vorbereitet.

An dem Aufschwung der letzten Jahre hatte auch die österreichische Volkswirtschaft nicht geringen Teil. Zwei gute Ernten haben die Kaufkraft des inneren Marktes in den kapitalistisch höher entwickelten Staaten gestärkt, was uns die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erleichtert und zu einer beträchtlichen Steigerung unseres Exports geführt hat. Die durch die neuen Handelsverträge erhöhten industriellen Schutzzölle haben die Einfuhr fremder Industrieprodukte nach Oesterreich erschwert und dadurch die Gründung zahlreicher neuer Betriebe in Oesterreich gefördert. Der Bau der Alpenbahnen hat die Nachfrage nach Eisenbahnmaterial, nach Waggons, Lokomotiven, Schienen, Baumaterial, Werkzeugen und Maschinen verschiedenster Art erhöht. Die günstige Situation hat die Unternehmer ermutigt, den veralteten Produktionsapparat zu erneuern, die bestehenden Betriebe zu erweitern und neue Betriebe zu gründen; diese Erneuerung und Erweiterung unserer Produktionsapparats, an der auch die landwirtschaftliche Produktion nicht geringen

Anteil hatte, hat wiederum den Produzenten von Baumaterial und Arbeitsmitteln neue Absatzmöglichkeiten erschlossen. So waren auch in Oesterreich die letzten drei Jahre eine Periode der Ausdehnung unserer Industrie, eine Epoche der Hochkonjunktur, der hohen Preise, Profite und Löhne.

Der Finanzminister hat in seiner Rede über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1908 mitgeteilt, dass in den beiden letzten Jahren in der Baumwollindustrie die Zahl der Spindeln um 650.000 bis 700.000, die Zahl der Webstühle um 15.000 bis 20.000 gestiegen ist. In den schweren Industrien stieg die Produktion in den Jahren 1905 bis 1906 in folgender Weise:

	1905 in Tausenden	1906 Meterzentnern
Steinkohle . . . . .	125.835	134.733
Braunkohle . . . . .	226.921	241.677
Eisenerz . . . . .	19.138	22.537
Roheisen . . . . .	11.196	12.222

Der Eisenkonsum betrug im Jahre 1905 35·2, im Jahre 1906 36·4 Kilogramm, der Kohlenverbrauch stieg von 1169 auf 1249 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Auch die Steigerung der Einfuhr von Produktionsmitteln und Rohstoffen bezeugt die Ausdehnung der heimischen Produktion. Die Einfuhr in das österreichisch-ungarische Zollgebiet betrug

	1905 in Tausenden	1906 Meterzentnern
Steinkohle . . . . .	64.180	74.754
Kupfer . . . . .	226	245
Maschinen und Apparate . . . . .	589	700
Chemische Produkte und Hilfsstoffe . . . . .	2.159	2.845
Rindshäute . . . . .	114	198
Baumwolle . . . . .	1.631	1.647

Ebenso geht die Steigerung der abgesetzten Warenmengen aus der Transportstatistik der Eisenbahnen und Schiffahrtsgesellschaften hervor. So wurden beispielsweise auf den Strecken der Staatseisenbahngesellschaft und der Südbahn befördert:

	Staatseisenbahn		Südbahn	
	1905	1906 in Tausenden	1905 Meterzentnern	1906
Eisen, Stahl und Waren daraus . . . . .	3.255	3.829	8.378	9.538
Kohle . . . . .	40.554	45.627	18.310	20.329
Zucker und Melasse . . . . .	5.867	7.241	2.704	3.703
Petroleum . . . . .	2.260	3.079	1.311	1.340
Getreide und Malz . . . . .	7.362	7.736	8.003	8.029
Mahlprodukte . . . . .	3.034	2.958	4.066	4.370

Die Ausdehnung der Warenproduktion bedeutet eine gewaltige Steigerung der Nachfrage nach Arbeitsmitteln und Rohstoffen. Dies führt eine Steigerung der Profite und der Arbeitslöhne herbei, wodurch wieder die Nachfrage nach Konsumtionsgütern vermehrt wird. Die Preise steigen, die Verkäufer zwingen die Abnehmer zu langfristigen Schlüssen. Schliesslich gehen die Verkäufer daran, ihre Machtstellung auf dem Markte zum Abschluss von Kartellen zu benützen. Sie können dies um so eher, als die neuerlich erhöhten Industriezölle ihnen die ausländische Konkurrenz vom Leibe halten. Nach unseren Aufzeichnungen wurden seit Beginn des Jahres 1905 zehn Kartelle erneuert, verlängert oder ausgestaltet und 37 neue Kartelle gegründet. Wo Preiskartelle noch nicht möglich schienen, wurden doch Vereinbarungen über die Zahlungs- und Verkaufsbedingungen geschlossen; hierher gehören das Konditionskartell der Banken, acht Konditionskartelle in der Textilindustrie und einzelne ähnliche Verbände in der Maschinenindustrie, dem Speditionsgewerbe u. s. w.

Hohe Preise — hohe Profite. Vergleichen wir den Reingewinn, den die grössten Aktiengesellschaften der wichtigsten Branchen in den Jahren 1905 und 1906 ausgewiesen haben — der ausgewiesene Gewinn bleibt gerade in den Jahren der Hochkonjunktur gegenüber dem wirklich erzielten stets weit zurück! — so sehen wir, wie gewaltig der Unternehmergewinn während der aufsteigenden Kurve des industriellen Zyklus gewachsen ist.

Branche	Zahl der berücksichtigten Aktiengesellschaften	Ausgewiesener Reingewinn im Jahre	
		1905	1906
K r o n e n			
Kohlen- und Eisenwerke . . . . .	7	27,717.260	32,912.461
Maschinenindustrie . . . . .	9	7,645.077	11,325.490
Elektrizitätsindustrie . . . . .	6	5,782.990	8,009.960
Holzindustrie . . . . .	1	580.205	673.146
Chemische Industrie . . . . .	6	6,657.066	7,178.600
Brauereien . . . . .	5	1,778.505	1,895.965
Glasindustrie . . . . .	2	1,064.598	1,197.294
Papierindustrie . . . . .	6	3,380.060	4,593.187
Textilindustrie . . . . .	4	2,592.040	2,833.008
Eisenbahnen . . . . .	8	34,865.574	37,613.337
Eisenbahnverkehrsanstalten . . .	2	1,421.029	1,888.711
Schiffahrtsgesellschaften . . . .	3	3,978.055	5,390.287
Banken . . . . .	6	38,190.842	51,843.671
Zusammen . . . . .	65	135,653.301	167,355.117

Im Jahre 1906 haben diese 65 grossen Aktiengesellschaften einen um 32 Millionen Kronen, das ist um 23,5 Prozent grösseren Reingewinn ausgewiesen als im Jahre 1905, obwohl doch auch dieses Jahr schon ein Jahr der Hochkonjunktur war und ihnen weit höhere Gewinne gebracht hat als die früheren Jahre und obwohl sie zweifellos dieses Jahr der Prosperität dazu benützt haben, grosse unsichtbare Reserven für schlechtere Zeiten aufzuspeichern.

Mit den Kapitalisten teilen die Grundeigentümer den Riesengewinn, der aus der Verteuerung aller Waren und der Ausdehnung der Produktion fliesst. Das Wachstum der Bevölkerung, die Vereinigung schnell wachsender Volksmassen in den Städten und Industriezentren, die wachsende Nachfrage nach Baustellen, Wohnungen, Geschäftslokalen und Werkstätten haben die Grundrente und die Bodenpreise in die Höhe getrieben. Nach den Angaben von Dr. Paul Schwarz betrug in Wien der Preis der Baustellen per Quadratmeter

	1904—1905	1907
	K r o n e n	
Mariahilferstrasse, unterer Teil . . . . .	560	600—700
Währingerstrasse, unterer Teil . . . . .	220—280	250—300
Favoritenstrasse, unterer Teil . . . . .	130—150	150—180
Simmeringer Hauptstrasse, unterer Teil . .	35—45	40—45
Kaiser-Ebersdorf . . . . .	3—6	6—10
Hietzinger Hauptstrasse, unterer Teil . . . .	60—85	70—100
Grinzing . . . . .	10—18	15—25
Wallensteinstrasse . . . . .	110	120

Auch der Staat hat aus dieser günstigen Konjunktur überaus reichen Gewinn gezogen. Die Steuererträge sind gewaltig gestiegen, die staatlichen Betriebe haben höhere Gewinne abgeworfen. Der Ueberschuss von 146 Millionen Kronen, von dem der Finanzminister dem Abgeordnetenhaus berichten konnte, stellt den Anteil des Staates an der steigenden Flut der Profite und Renten dar.

Auch der Arbeiterklasse ist es gelungen, von diesem Strom von Gold einen bescheidenen Arm in ihr Bett zu leiten. Die Ausdehnung der Produktion bewirkt eine Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Ausweise der Arbeitsvermittlungsanstalten zeigen eine stetige Abnahme der Arbeitslosigkeit. In den an der Arbeitsnachweisstatistik beteiligten Nachweisstellen kamen im Jahre 1906 nur 125 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen, während sich im Jahre 1905 noch 153, im Jahre 1904 160 Arbeitsuchende um je 100 offene Stellen bewarben.

Die industrielle Arbeiterschaft hat diese günstige Situation auszunützen verstanden. Unsere Gewerkschaften sind in diesen Jahren gewaltig gewachsen. Die Zahl ihrer Mitglieder betrug im Jahre 1904: 189.121, 1905: 323.099, 1906: 448.270. In zahlreichen Lohnkämpfen haben die Arbeiter den Unternehmern günstige Arbeitsbedingungen abgerungen. An Ausständen waren im Jahre 1905 99.591, im Jahre 1906 135.260 Arbeiter beteiligt. Im Jahre 1905 haben 85.273, im folgenden Jahre 94.936 Arbeiter einen vollen oder teilweisen Erfolg im Lohnkampf errungen.

Auch den landwirtschaftlichen Arbeitern brachte der Aufschwung der Industrie einigen Gewinn. Die Industrie zog zahlreiche Arbeiter vom Lande an sich; die Klagen der Landwirte über die Leutenot wurden um so lauter, als die

fortschreitende Entwicklung der Landwirtschaft zu intensiverer Bodenbebauung gerade jetzt den Arbeitsbedarf auf dem Lande erhöht. Die Abwanderung der Arbeiter in die Industrieorte zwang auch die Landwirte, den Arbeitern etwas höhere Löhne zu bewilligen.

Andererseits hat die Arbeiterklasse einen beträchtlichen Teil des Gewinnes, den sie aus der Hochkonjunktur gezogen, wieder eingebüsst, da gerade sie durch die Verteuerung der Wohnungen und aller Industrieprodukte schwer betroffen wurde. Auch die auf feste Bezüge angewiesenen Angestellten und Beamten empfanden lebhafter als je das Bedürfnis, für die Verteuerung ihrer Lebens- und Genussmittel durch die Erhöhung ihrer Bezüge entschädigt zu werden. Das Beispiel der Arbeiter lehrte sie die Macht der Organisation. So war auch die lebhafteste Beamtenbewegung der letzten Jahre eine Begleiterscheinung der Hochkonjunktur.

Der steigende Umfang der Warenzirkulation zwang zur Ausdehnung der der Zahlungsausgleichung dienenden Methoden des Kreditsystems. Die Umsätze im Scheckverkehr des Postsparkassenamtes stiegen in den Jahren 1905 bis 1906 von 16.227 auf 18.373 Millionen Kronen, im Giroverkehr der Oesterreichisch-ungarischen Bank von 48.590 auf 56.206 Millionen Kronen. Die Anforderungen an die Banken stiegen gewaltig. Bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank stieg von 1905 bis 1906 der durchschnittliche Stand des Eskomptes von 380.7 auf 533.6 Millionen Kronen, der durchschnittliche Stand der Lombarddarlehen von 45.9 auf 48.9 Millionen Kronen; der niedrigste Notenumlauf betrug im Jahre 1905 1506.96 Millionen, 1906 1604.64 Millionen, der höchste Notenumlauf 1905 1846.99 Millionen, 1906 1989.36 Millionen Kronen. Der durchschnittliche Stand des Metallschatzes sank von 1489 auf 1471 Millionen, die durchschnittliche Grösse der steuerfreien Banknotenreserve von 259.6 auf 112.8 Millionen Kronen. Der Zinsfuss im Eskomptegeschäft betrug im Jahresdurchschnitt 1904 3.5 Prozent, 1905 3.7 Prozent, 1906 4.332 Prozent. Zu Beginn des Jahres 1907 betrug der Zinsfuss 4.5 Prozent, er wurde am 28. Juni auf 5 Prozent erhöht und musste schliesslich unter dem Eindruck der amerikanischen Krise und infolge der Erhöhung der Diskontrate in London auf 7 Prozent, in Berlin auf  $7\frac{1}{2}$  Prozent, im November auf 6 Prozent erhöht werden.

So waren die letzten Jahre auch in Oesterreich eine Periode verhältnismässig schnellen Aufschwungs. Aber in der kapitalistischen Gesellschaft setzt jede Aufwärtsentwicklung der Volkswirtschaft sich selbst ihre Grenzen. Schon mehren sich die Zeichen des nahenden Sturmes.

Seit Anfang des Jahres treten krisenhafte Erscheinungen zuerst in Japan, dann in Aegypten und Italien auf. In jüngster Zeit ist in Amerika die Konjunktur zusammengebrochen. In England und Deutschland sinkt allmählich der Eisenpreis. Schon haben auch österreichische Kapitalisten an dem Kurssturz der ausländischen Werte nicht ganz unbedeutende Summen verloren. Schlimmer ist, dass der Umschwung der Konjunktur unseren Export gefährdet. Im nahen Orient, in der Türkei, in Rumänien, in Aegypten und der Levante, sinkt die Nachfrage nach unseren Waren. Unseren Export nach Serbien erschwert unsere Wirtschaftspolitik, die im Dienste der grossen Viehmäster und Viehhändler uns am Abschluss eines für beide Teile vorteilhaften Handelsvertrages hindert. Die Konkurrenz der anderen Staaten im Orient setzt wieder stärker ein, sobald die Unternehmer dieser Länder ihre Waren auf dem heimischen Markte schwerer absetzen. Es wird nicht leicht sein, in den nächsten Jahren unseren Export zu behaupten; auf das Steigen unserer Warenausfuhr dürfen wir wohl keinesfalls rechnen. So kommt denn alles auf die Gestaltung der Verhältnisse auf dem inneren Markt an.

Hier muss nun zunächst wohl beachtet werden, dass die weitere Ausdehnung unseres Produktionsapparats auf schwere Hindernisse stösst. Die Geldknappheit macht die Beschaffung von Geldkapital für die Gründung neuer, die Erweiterung der bestehenden Betriebe ausserordentlich schwer und kostspielig. Die hohen Preise aller Rohstoffe, Baumaterialien, Arbeitsmittel erschweren jede weitere Ausdehnung unserer Industrie. Die in den letzten Jahren in Angriff genommenen Neu- und Zubauten werden allmählich fertig; weitere Gründungen hemmt die Höhe des Zinsfusses und der Preise. Dies bedeutet aber, dass jene Industrien, die Baumaterialien und Arbeits-

mittel produzieren, mit einem Rückgang der Nachfrage nach ihren Erzeugnissen rechnen müssen.

Am frühesten ist diese Erscheinung im städtischen Baugewerbe eingetreten, das gegen die Erhöhung des Zinsfusses immer sehr empfindlich ist. Schon im Jahre 1906 konnten wir in Wien einen Rückgang der Bautätigkeit beobachten:

	1905	1906
Neubauten . . . . .	621	501
Umbauten . . . . .	235	180
Zubauten . . . . .	279	263
Aufbauten . . . . .	58	44

Im Jahre 1907 ist die Bautätigkeit noch weiter gesunken. Der Rückgang der Bautätigkeit bedeutet nun natürlich für eine ganze Reihe von Industrien eine Verringerung ihrer Absatzmöglichkeiten. Bisher wurden sie dafür freilich durch die grosse Zahl der industriellen Neubauten entschädigt. Sobald aber auch die industrielle Erweiterungstätigkeit stockt, werden die Eisenindustrie, die Bauholzlieferanten, die Ziegel- und Zementproduktion, die Werkzeug- und Maschinenfabrikation, die Fensterglasindustrie, die Baugewerbe aller Art sich zur Einschränkung ihrer Produktion gezwungen sehen. Preise und Profite werden sinken, Arbeiter werden entlassen werden.

Das Sinken der Profite und Löhne in den Produktionsmittelindustrien wird bewirken, dass auch die Nachfrage nach allen jenen Waren sinkt, die für den unmittelbaren menschlichen Konsum bestimmt sind, nach Lebens- und Genussmitteln, Geweben, Kleidern und Wäsche, nach Möbeln u. s. w.

Die Konsumtionsgüterindustrien werden darunter desto schwerer leiden, als ihre Absatzmöglichkeiten gleichzeitig durch eine andere Reihe von Ursachen noch weit gefährlicher bedroht werden.

Das letzte Jahr brachte uns sowohl in Oesterreich als auch in Ungarn eine weniger gute Ernte.

Der Ertrag unserer heimischen Landwirtschaft und Viehzucht kann unseren Bedarf nicht befriedigen. Die Zufuhr aus dem Auslande aber wird durch unsere agrarische Gesetzgebung und Verwaltungspraxis erschwert. Die hohen Agrarzölle des neuen Zolltarifs, die unter veterinärpolizeilichen Vorwänden erlassenen Einfuhrverbote für Vieh und Fleisch werden jetzt erst wirksam. Infolgedessen steigen die Preise der unentbehrlichsten Lebensmittel.

An der Wiener Börse betrogen die Preise des Getreides und der Mahlprodukte in Kronen per 50 Kilogramm:

	15. Oktober bis 11. November 1906	14. Oktober bis 10. November 1907
— Weizen:		
Theiss . . . . .	7·75— 8·45	12·40—13·45
Slowak. und Schüttler . .	7·40— 8	11·55—12·80
Marchfeld . . . . .	7·35— 7·90	11·45—12·40
Roggen:		
Slowakischer . . . . .	6·70— 6·90	10·95—12·20
Pester Boden . . . . .	6·70— 7·05	10·95—12·25
Diverser ungarischer . .	6·65— 6·90	10·80—12·15
Oesterreichischer . . . .	6·60— 6·96	10·80—12·15
Hafer, ungarischer, mittel	7·25— 7·65	8·25— 8·70
Mais, ungarischer . . . .	7·10— 7·60	6·85— 8·05
Weizenmehl Nr. 0 . . . .	13·30—14	18·40—19·50
Roggenmehl Nr. 0 . . . .	11·40—11·80	17—19·50
Weizenkleie, feine . . . .	4·60— 4·80	6·40— 6·75
Roggenkleie . . . . .	5— 5·20	6·85— 7·25

Im Wiener Kleinhandel betrogen die Marktpreise per Kilogramm im Monate September:

	1906	Heller	1907
Auszugmehl . . . . .	28—40		32—40
Mundmehl . . . . .	24—36		26—36
Pohlmehl . . . . .	16—28		20—28
Weissgemischtes Brot . . . .	20·3—36·6		21·3—39·9
Schwarzgemischtes Brot . . . .	18·7—34·2		18·2—34·5
Schwarzes Brot . . . . .	20·1—29·8		20·6—29·5
Erbsen, ganz . . . . .	24—56		28—50



	1906	Heller	1907
Erbsen, gespalten . . . . .	28—80		36—72
Linsen . . . . .	42—100		72—102
Bohnen . . . . .	24—72		28—60
Hirse . . . . .	20—50		32—48
Reis . . . . .	24—88		38—76
Kaffee, roh . . . . .	200—520		232—500
Erdäpfel . . . . .	6—12		7—20
Milch (per Liter) . . . . .	14—36		24—32
Butter . . . . .	180—420		200—320
Margarinbutter . . . . .	120—260		168—200
Steinkohle . . . . .	152—190		180—212
Koks . . . . .	140—180		148—250
Niederösterreichisches Bergheu . . . . .	300—840		480—1020
Niederösterreichisches Wiesenheu . . . . .	360—680		560—1020
Vorderes Rindfleisch . . . . .	116—160		120—170

Seither sind die Preise der wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmittelpreise noch weiter gestiegen. Die Kleinhandelspreise passen sich nur allmählich, aber sicher den Veränderungen der Preise im Grosshandel an; wir müssen also damit rechnen, dass die Preise im Kleinhandel noch weiter steigen werden. Die Grosshandelspreise des Getreides und der Mahlprodukte sind heute um 40 bis 60 Prozent höher als im vorigen Jahre; das werden die Konsumenten schliesslich tragen müssen. Eine Arbeiterfamilie, die im vorigen Jahre 50 Prozent ihres Einkommens für die Lebensmittel aufwenden musste, wird heuer wenigstens 70 Prozent ihrer Einkünfte demselben Zwecke widmen müssen.

Was diese furchtbare Teuerung für unsere Konsumtionsgüterindustrien — für die Textilindustrie und die Bekleidungsindustrie vor allem — bedeutet, kann keinem Zweifel unterliegen. Die breiten Massen der städtischen Bevölkerung müssen einen schnell wachsenden Teil ihres Einkommens für die Nahrungsmittel aufwenden. Vom Reste verzehren der steigende Mietzins, die verteuerten Heizmaterialien, den grösseren Teil. Was kann unter solchen Umständen der Arbeiter, der Handwerker und Kleinhändler, der Beamte und Angestellte für die Befriedigung seiner Bedürfnisse nach Kleidung, Wäsche, Schuhwerk, Möbeln u. s. w. erübrigen? Die Verteuerung der Lebensmittel, der Kohle und des Holzes, der Wohnungen schränkt allen Industrien ihre Absatzmärkte ein. Auch hier werden Preise, Profite, Löhne sinken, auch hier werden Arbeiterentlassungen die Folge sein. Und wenn einerseits die Produktionseinschränkungen in den Arbeitsmittelindustrien auch den Konsumtionsgütergewerben den Absatz verkümmern, so wird andererseits die Depression in den Konsumtionsgütergewerben die Ausdehnung unserer Industrie zeitweilig völlig zum Stillstande bringen, wodurch die Produktionsmittelindustrien die Möglichkeit gewinnbringenden Absatzes in noch höherem Masse verlieren. So fügt sich eines zum anderen; eine schwere Depression befällt unsere ganze Volkswirtschaft. Die Krise im Auslande erschwert uns den Export; die hohen Preise, der hohe Zinsfuß schränken den Absatzmarkt unserer Produktionsmittelindustrien ein; die Teuerung verringert unsere Aufnahmefähigkeit für die Waren der Konsumtionsgütergewerbe. Wer kann unter solchen Umständen daran zweifeln, dass, wenn nicht eine akute Krise, so doch eine schleichende Depression unserer gesamten Volkswirtschaft bevorsteht?

Schlimme Zeiten harren der Arbeiterklasse. Die Arbeitslosigkeit wird wachsen. Durch ausgedehnte Produktionseinschränkungen wird auch das Einkommen derjenigen Arbeiter verkürzt werden, die ihre Arbeitsstelle nicht verlieren. Die ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkte wird den gewerkschaftlichen Kampf erschweren. Die in den Jahren der Hochkonjunktur festgefühten Unternehmerorganisationen werden die günstige Gelegenheit auszunützen versuchen, um die Löhne zu kürzen und die Kraft der Gewerkschaften zu brechen. Und zu all dem kommt noch die Teuerung! Denn wenn auch die Depression die Preise der Industrieprodukte senken wird, so werden doch die Preise von Kohle und Holz nur sehr allmählich, die Wohnungspreise nur in wenigen Städten, die Lebensmittelpreise, durch Missernte und Zollschutz in die Höhe getrieben, in absehbarer Zeit wahrscheinlich überhaupt nicht sinken. Das Zusammentreffen der Krise mit der Teuerung wird das Elend der Arbeiterklasse furcht-

bar steigern. Auch den Handwerkern und Kleinhändlern, die auf die Arbeiterkundschaft angewiesen sind, drohen böse Tage. Die Bediensteten und Beamten des Staates und der autonomen Körperschaften werden unter der Teuerung schwer leiden, ohne eine Erhöhung ihrer Bezüge leicht durchsetzen zu können; denn die Depression wird auch die Einkünfte des Staates und der Gemeinden schmälern. In Stadt und Land wird bittere Not ihren Einzug halten.

Der kämpfenden Arbeiterklasse wird die nahende Zeit der Not grosse und schwere Aufgaben stellen.

Vor allem werden wir unsere ganze Kraft daran wenden müssen, unsere Gewerkschaften, die feste Grundlage unserer Macht, gegen die Ungunst der Zeit zu verteidigen. Zeiten der Depression sind immer eine Kraftprobe für die gewerkschaftlichen Organisationen, Noch während der vorletzten Depressionsperiode ist die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Deutschen Reiche in zwei Jahren von 320.213 auf 236.516 zurückgegangen. Je fester aber das Gefüge der gewerkschaftlichen Organisation wird, desto leichter und vollkommener kann sie die Gefahren der Krise bannen. So haben die reichsdeutschen Gewerkschaften während der letzten Krise im Jahre 1901 nur 2917 Mitglieder verloren und im Jahre 1902 stieg ihre Mitgliederzahl schon wieder von 677.510 auf 733.206. Es wird die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre sein, das Abbröckeln der stolzen Schutzwehr, die Oesterreichs Arbeiter sich in den Jahren der Hochkonjunktur aufgerichtet haben, mit Einsatz unserer ganzen Kraft zu verhindern.

Aber auch unserer politischen Organisation stehen schwere Zeiten bevor. Die Depression wird den Widerstand der besitzenden Klassen gegen jede soziale Reform, insbesondere gegen die »sozialpolitischen Lasten« der Alters- und Invaliditätsversicherung gewaltig steigern. Es wird nicht die leichteste Aufgabe unserer parlamentarischen Vertretung sein, diesen Widerstand zu brechen.

Wie wird aber das Hereinbrechen der Krise das Bewusstsein der Arbeiterklasse selbst bestimmen?

Dem Wahlrechtskampf und dem Wahlkampf galt unsere Arbeit während der Jahre der Hochkonjunktur. Die Kerntruppe unseres Heeres, die im Geiste des Sozialismus erzogene organisierte Arbeiterschaft, hat die Bedeutung dieser Kämpfe weder unterschätzt noch überschätzt. Sie weiss, dass das gleiche Stimmrecht die politische Macht der Arbeiterklasse gewaltig erhöht und dass diese Macht dereinst uns zum Werkzeug werden wird, das ganze Gesellschaftsgebäude umzugestalten; aber sie weiss auch, dass die Demokratie innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die grausamen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise nicht aufheben, dass auch eine starke Vertretung der Arbeiterklasse im Parlament die grosse Krankheit der kapitalistischen Gesellschaft nicht heilen kann. Aber unser grosses Heer umfasst neben diesen geschulten Truppen auch jene breiten Massen, die erst die grossen Ereignisse der letzten Jahre aus träger Teilnahmslosigkeit aufgerüttelt haben. Ist es wunderbar, dass diese Massen die Grenzen der Demokratie innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht erkannt haben, dass sie von den grossen Siegen, die sie miterkämpft, unmittelbaren anschaulichen Erfolg für sich erwarten? Werden sie nicht wieder enttäuscht in politische Indifferenz verfallen, da nach der Erringung des gleichen Stimmrechts, nach einem grossen proletarischen Wahlsieg die doppelte Not der Krise und der Teuerung sie befällt? Wird nicht so mancher von ihnen, an dem langsamen und planmässigen Fortschreiten der Arbeiterbewegung verzweifelnd, an anarchistischer oder anarchisierender Spielerei Gefallen finden?

Die Erfahrungen anderer Länder beweisen, dass solche Gefahren in der Tat bestehen. Aber wir zweifeln nicht daran, dass es gelingen wird, sie zu bannen.

Zu diesem Zwecke müssen wir vor allem auf der Tribüne des Parlaments, in den Versammlungssälen und in der Presse feststellen, wer für die bittere Not der Massen die Verantwortung trägt. Die Erkenntnis, dass die agrarische Wirtschaftspolitik durch die Verteuerung der Lebensmittel heute den Zusammenbruch der Hochkonjunktur beschleunigt und morgen die Wirkungen der Krise verschärfen wird, muss das Bewusstsein der Massen durchdringen. So wird gerade die Depression uns die grosse Aufgabe erleichtern, die Massen zum Kampfe gegen die Agrarier zu sammeln.

Aber damit dürfen wir uns nicht begnügen. Wenn in den Magazinen der Kapitalisten sich Riesenvorräte unabsetzbarer Waren häufen, während die Masse der Hungernden und Arbeitslosen in den Strassen unserer Städte furchtbar wächst, dann erkennt der Arbeiter den ganzen Widersinn, den tiefen inneren Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise; dann empfindet er, dass sein Streben nach Befreiung und Kultur ihn nicht nur in einseitigen Gegensatz gegen eine bestimmte Regierung, eine bestimmte Partei, ein einzelnes Gesetz, sondern in allseitigen Gegensatz gegen die ganzen Voraussetzungen des bürgerlichen Klassenstaates, der kapitalistischen Gesellschaft setzt. Was die noch ungeschulten proletarischen Massen dumpf empfinden, in Wort und Schrift klar und rückhaltslos auszudrücken, wird unsere Aufgabe sein. Sind wir der getreue Dolmetsch der durch die Krise revolutionierten Stimmung der Arbeiterklasse, dann werden wir die Vergeudung der proletarischen Kräfte verhindern, dann werden wir die Einheit der Sozialdemokratie und der Arbeiterklasse befestigen.

Mit zahllosen Opfern, mit unsäglichem Leid bezahlt das Proletariat sein grosses Werk der Selbsterziehung. In diesem weltgeschichtlichen Prozess haben die Perioden der Arbeitslosigkeit ebenso ihre besondere Funktion wie die Epochen der Ueberarbeit. So reifen wir allmählich zur Fähigkeit heran, die Arbeitsmittel, die unregelmäßig und ungeleitet, von der Hochkonjunktur zur Krise, von der Krise zur Hochkonjunktur schwankend, nur selbststüchtiges Profitstreben beherrscht, in die Hände der organisierten Gesellschaft zu überführen, die nicht die Mühen der Ueberarbeit, nicht die Leiden der Arbeitslosigkeit kennen wird, sondern nur die planmässige und wohlgegliederte Arbeit zum Vorteil aller.

---

---

## F. S.: Die amerikanische Krise

Es gibt in unseren Tagen keine Krise mehr! Dieser Lieblingsspruch der Eisenzöllner aller Lande, wenn es gilt, in Konjunkturzeiten die Abnehmer zu langfristigen Verträgen zu zwingen, dieses Zauberwort der Industrie, die fremde Gelder zu Investitionen benötigt, dieser Lockruf der Börsenbureaus zur Heranziehung der Effektenkundschaft hat durch die Vorgänge in der Union ein grauenhaftes Dementi erfahren. In und um Wallstreet herrscht jetzt eine Verwüstung, die man noch vor kurzer Zeit kaum für möglich gehalten hätte. Man muss bis in die Tage des 18. Jahrhunderts zurückgehen, um Analogien für die Situation zu finden, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten vorhanden ist. Wir hätten es uns in unserer Schulweisheit nicht träumen lassen, dass einmal wieder die Zeiten kommen würden, in denen man das Geld aus den Banken und Sparkassen herausholt, der Zirkulation entzieht und in Kästen und Strümpfen verbirgt, und gewiss hätte auch niemand geahnt, dass solche Geschehnisse aus der ersten Aera des entstehenden Kapitalismus in einem Reiche möglich sein würden, das allgemein als das kapitalistisch höchst entwickelte angesehen wird, einem Reiche, das erst mit und in der kapitalistischen Wirtschaft entstand und in dem ein anderer als der kapitalistische Geist niemals zu spüren war. Wer hätte es noch vor kurzem für möglich gehalten, dass man drüben ein altes fast hundertjähriges Gesetz würde ausgraben müssen, das den Sparinstituten das Recht gibt, mit der Rückzahlung der Einlagen in ausserordentlichen Fällen 30 Tage innezuhalten, um nur notdürftig die ganze Kreditwirtschaft vor dem Ruin zu retten! Die gegenwärtige Krise in den Vereinigten Staaten ist in erster Linie eine Krise des Geldmarktes, in zweiter eine des Kapitalmarktes — die Industrie hat aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eigentlich eine Krise, sondern nur eine starke Depression durchzumachen. Die Vereinigten Staaten haben ihr Eisenbahnnetz in den letzten Jahren rascher erweitert, als es die heimischen Kapitalsüberschüsse und die von Europa ihnen zur Verfügung gestellten zulassen. Auf dem Kontinent haben zum Beispiel die deutschen Banken die Bonds der amerikanischen Bahnen bis in die kleinsten Dörfer hineingetragen und auf mehr als 2000 Millionen Mark belaufen, sich die Prioritäten der

amerikanischen Bahnen, welche im Reiche placiert sind. Noch viel grössere Beträge hat diese Post in London erreicht, wo der gesamte Betrag der notierten amerikanischen Eisenbahnwerte 626 Millionen Pfund Sterling beträgt.

Die Emissionstätigkeit der letzten drei Jahre auf diesem Gebiete war eine ausserordentlich starke: es wurden nicht bloss neue Linien gebaut, sondern auch die alten zum Teil neu umgestaltet. Die Vereinigten Staaten besitzen ein grösseres Bahnnetz als ganz Europa, bei einer Bevölkerung, die nur den fünften Teil der europäischen beträgt; von Anfang an sind fast alle Linien aus spekulativen Rücksichten gebaut worden, oft in Gegenden, in denen Ansiedlungen nur in geringer Zahl vorhanden sind; ein grosser Teil rentiert sich überhaupt nicht, bei einem anderen hat die seither erfolgte Entwicklung des Städtewesens an die Unternehmung ganz andere Anforderungen gestellt, als sie zur Zeit des Baues bestanden. Wenn sich bei uns das zu erwartende Verkehrsbedürfnis bei Projektierung der Bahn immer ungefähr schätzen lässt, so ist in den Vereinigten Staaten ein derartiges Kalkül nur in wenigen Fällen möglich gewesen, und daraus ergeben sich stets Schwierigkeiten, die einen immer weiteren Aus- und Umbau der Linien unbedingt notwendig machen. Namentlich nach den zwei Rekordernten von 1905 und 1906 und der dadurch hervorgerufenen Verkehrs- und Einnahmensteigerung hielt eine grosse Zahl von Unternehmungen die Zeit für gekommen, sich mit ihren Obligationen an den Markt zu wenden. Der Höhepunkt schien erreicht, als im Herbst des Vorjahres auch der Pariser Markt den amerikanischen Bahnwerten, die er bis dahin stets abgelehnt hatte, sich auftat und die grosse Anleihe der Pennsylvaniabahn zur Kotierung zuließ; aber in diesem Zeitpunkt war auch die Wendung nicht mehr fern; war schon die Pennsylvania-Emission ein halber Misserfolg, so war die einige Monate später in Paris durchgeführte Emission der Bonds der New-York-New-Havenbahn ein Misserfolg, wie man ihn selten erlebt hatte, da buchstäblich nicht eine Million placiert werden konnte. Den beiden Riesenernten war nur eine schwache Mittelernte gefolgt. War seit 1902 den Amerikanern reichlich Geld zur Verfügung gestellt worden, weil der Kapitalbedarf in Europa hinter dem Vorrat zurückblieb, so reichten jetzt, wo auch die europäische Industrie in immer stärkerem Masse die Banken in Anspruch nahm, die Kapitalien nicht mehr aus, namentlich seitdem die grossen russischen Guthaben von den Märkten abgezogen wurden. Dadurch standen die Eisenbahnunternehmungen in den Vereinigten Staaten vor der Unmöglichkeit, sich die Mittel für die unbedingt notwendigen Neuinvestitionen zu beschaffen, und mussten daher auf den Jahresgewinn greifen, um einen Teil der Ausgaben bestreiten zu können; hierdurch wurden mehr noch als durch den heurigen Ernteausfall die Kurse der amerikanischen Eisenbahnen in starker Weise beeinflusst. Hierzu kam, dass die Aktion Roosevelts gegen die Trusts und damit auch gegen die Eisenbahnen gerade in einem Zeitpunkte einsetzte, in dem der industrielle Wendepunkt überschritten war.

Wie gross der Kursfall der Eisenbahnwerte war, zeigt die folgende Uebersicht:

Letzte Dividende	Höchster Kurs	Niedrigster Kurs
6 Atthison Common. . . . .	111 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>	75 <sup>1</sup> / <sub>4</sub>
0 Erie Common. . . . .	45	17 <sup>1</sup> / <sub>8</sub>
8 <sup>1</sup> / <sub>2</sub> Gt. Northern . . . . .	185 <sup>3</sup> / <sub>4</sub>	112
7 Pennsylvanien . . . . .	72 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>	55 <sup>7</sup> / <sub>8</sub>
6 Southern Pacific Com. . . . .	99 <sup>3</sup> / <sub>16</sub>	66 <sup>3</sup> / <sub>8</sub>
10 Union Pacific . . . . .	188 <sup>1</sup> / <sub>16</sub>	108 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>

Die Gesamtwertung des Kapitals der Eisenbahnen, das heisst der Unterschied des gegenwärtigen Kurswertes gegenüber dem vom März d. J. beträgt über 4000 Millionen Dollars.

Der scharfe Kurssturz der Eisenbahnwerte und der sich daran anschliessende Fall der Industrieaktien brachte an der New-Yorker Börse eine um so grössere Deroute hervor, als gerade in der Zeit unmittelbar vorher das Publikum mit allen Mitteln zur Effektenspekulation à la Hausse herangelockt worden war. Die Lage wird dadurch komplizierter und gefährlicher, dass gerade in der letzten Periode die Grundsätze der Arbeitsteilung im Bankwesen, die in New-York sowie in London herrschen, verlassen worden waren. Nach englischer Sitte pflegte man auch in

New-York bis vor einigen Jahren das eigentliche reguläre Bankgeschäft von dem Finanz- und Gründungsgeschäfte streng zu sondern; das erstere lag in den Händen der Depositenbanken, die sich nur mit den schematischen regulären Transaktionen befassen, das letztere bei den grossen Privatbanken. Die jüngste Aera hat aber eine ganze Reihe der Depositenbanken dazu verlockt, mit den ihnen anvertrauten fremden Geldern an der Börse zu spekulieren oder industrielle Investitionen zu unternehmen. Schon vor Jahresfrist war mehrfach auf die grosse Gefahr hingewiesen worden, die der amerikanischen Wirtschaft aus dem systematischen Erwerb der Aktien der Depositenbanken durch die Trustherrscher drohe. Die Depositenbanken und die unseren Sparkassen ähnlichen Trustcompanies, Sparanstalten, in die hauptsächlich Mündelgelder hinterlegt werden, arbeiten mit geringem eigenen Kapital und es war daher für die grossen Milliardäre ein leichtes, sich in den Besitz der Aktienmehrheit zu setzen und die reichen Einlagen ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Das gesamte Kapital der 52 New-Yorker Depositenbanken, die dem Clearinghouse angehören, beläuft sich nur auf 129 Millionen Dollars, also im Durchschnitt rund 12 Millionen Kronen auf eine Bank; nur drei Institute verfügen über ein höheres Kapital als 5 Millionen Dollars (25 Millionen Kronen), die National City Bank und die Commercial Bank mit je 25 und die First National Bank mit 10 Millionen Dollars.

Durch diese Verbindung mit den Trustherrschern wurde eine ganze Reihe von Treuhandgesellschaften und Depositenbanken in die Börsenspekulation hineingezogen; als dann die Haussespekulation an der Börse zusammenbrach und sich das Gerücht von den Verlusten des einen oder anderen Instituts weiter verbreitete, begann ein Run auf die grösseren Anstalten, der ganz ungeahnte Dimensionen annahm. Binnen wenigen Wochen wurde über eine Milliarde Dollars Einlagengelder ausgezahlt. Der grossen Knickerbocker Company, die schon am ersten Tage des Run ihre Zahlungen einstellen musste, folgte eine Reihe von Provinzanstalten nach.

Zur allgemeinen Ueberraschung und zur grössten Störung des Geschäftslebens hat sich nun drüben das sonst nur in frühkapitalistischen Zeiten zu konstatierende Phänomen gezeigt, dass die behobenen Summen aus dem Verkehr gänzlich entchwanden: diese Tatsache geht nicht etwa auf einen Atavismus der Anschauungen zurück, vielmehr auf die ganz besonderen Verhältnisse in der Union: in Europa pflegt man in solchen Zeiten das Geld aus der bedrohten Bank herauszunehmen und in eine andere, die man für sicherer hält, hineinzulegen; auch in den kritischsten Situationen gibt es immer Institute, zu denen man das Vertrauen bewahrt, vor allem die Zentralnotenbanken und die Postsparkassen; wenn man sein Geld nicht in eine Bank legen will, kann man in solchen Tagen Staatsrenten kaufen, bei denen das Risiko ein beschränktes ist. In der Union ist dies alles aus zwei Gründen nicht möglich: es existiert keine Zentralnotenbank, sondern über 6000 Institute mit Notenemissionsrecht, und überdies verhindert die eigentümliche Bankverfassung der Union das Publikum daran, Renten zu kaufen; die Banken dürfen nämlich in der Union nur Noten herausgeben, wenn sie dagegen Staats- oder (seit 1903) Kommunalrenten als Deckung hinterlegen; da aber der Bedarf an Renten den vorhandenen Vorrat daran meist übersteigt, ist dem Publikum nur ein kleiner Teil der Staatsanleihen zum Kauf zugänglich. Es kann daher der in seinem Vertrauen auf die Trusts und Depositenbanken erschütterte Kapitalist sein Guthaben, das er aus einer dieser Anstalten abgezogen hat, weder in ein Zentralinstitut hinterlegen noch dafür Renten kaufen, und da er bei der gegenwärtigen Situation des Aktienmarktes vor dem Ankauf von Effekten zurückschreckt, bleibt ihm kein anderes Mittel, als das behobene Geld in seiner Kasse zu halten.

Durch die Notwendigkeit der Ausbezahlung grösserer Beträge sahen sich die Banken in kurzer Zeit von einem Mangel an Umlaufmitteln bedroht: Geld war aus Europa nur schwer zu bekommen, da sich die Notenbanken mit allen Mitteln zur Wehr setzten; an der Vermehrung der Notenzirkulation hinderte das Gesetz, das für jede auszugebende Note Hinterlegung einer gleichwertigen Staatsrente verlangt; da aber Renten nicht aufzutreiben waren, konnten auch keine weiteren

Noten ausgegeben werden, bis sich endlich in den letzten Tagen die Regierung entschloss, durch Ausgabe von 100 Millionen Dollars Bonds Grundlagen für eine Erweiterung der Notenemission zu schaffen.

Die allgemeine wirtschaftliche Situation erlitt eine weitere Verschärfung durch einen schweren Mangel in der Organisation der New-Yorker Börse: in Wallstreet ist ein Terminhandel, wie er bei uns besteht, nicht bekannt, vielmehr muss die Spekulation ihre Engagements jeden Tag prolongieren. Das dazu nötige Geld wird durch die Depositenbanken als Money at call zur Verfügung gestellt. Gegenwärtig können nun die Depositenbanken in ihrer bedrängten Situation diese etwa unseren Reportgeldern entsprechenden Beträge gar nicht oder nur in sehr unzureichendem Masse beistellen, so dass die Tätigkeit der Börse geradezu unterbunden ist.

Es ist ganz richtig, wenn man sagt, dass die Vereinigten Staaten genug Lebenskraft besitzen, um die gegenwärtige Krise zu überdauern, aber ohne schwerwiegende Folgen wird diese Periode gewiss nicht bleiben; zwei Wirkungen sind schon heute deutlich sichtbar: der Mittelstand, der im Besitz der Aktien und Obligationen der Eisenbahnen war, hat furchtbar viel an Vermögen eingebüsst, und die abnorm niederen Kurse locken geradezu das Grosskapital — nur dieses kann kaufen, da ja ein Kauf der amerikanischen Werte auf Kredit derzeit nicht möglich ist — zum billigen Erwerb dieser so arg gesunkenen Titres. Die ohnehin bedeutende Konzentration der Vermögen in den Vereinigten Staaten wird durch diese Periode gewiss noch verschärft werden. Die zweite Konsequenz ist aber die, dass man in der Union endlich zur Einsicht in die Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen Einrichtungen gelangen muss, die man ohne Vernunft und Ueberlegung hat sich ausbilden lassen. Der Staat beginnt sich seiner Pflichten bewusst zu werden; was wir jetzt drüben in Amerika sehen, ist eine Krise des wirtschaftlichen Individualismus.

## Ad. Braun: Volkswirtschaft und Weihnachten

Bei der landwirtschaftlichen Arbeit ist es bekannt, dass der Beschäftigungsgrad in erster Linie durch die Jahreszeit beeinflusst wird. Die Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktionsmittel und der Agrikulturtechnik im allgemeinen, die vielleicht erst in ihren Anfängen, deren Anwendung aber noch weit hinter den gegebenen Möglichkeiten zurückgeblieben ist, haben eine Verschiebung in der Bedeutung der Jahreszeiten für die Landwirtschaft herbeigeführt, wenn sie dieselben natürlich auch niemals aufheben werden.

Bei der Betonung der Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit von dem Verlaufe der Jahreszeiten läuft häufig die falsche Meinung unter, dass diese Einflüsse für die Industrie nicht oder nicht in erwähnenswerter Weise in Betracht zu ziehen wären. Sicherlich besteht für die Industrie in ihrer Allgemeinheit nicht derselbe Einfluss der Jahreszeiten wie für den Ackerbau, die Alpenwirtschaft, die Hochsee- und die Binnenfischerei und für die Jagd. Es gibt Industriezweige, auf die die Jahreszeiten fast ohne jeden Einfluss sind, so für den Erzbergbau und für die meisten metallverarbeitenden Industrien, so für denjenigen Teil des Kohlenbergbaues, der die Hilfsstoffe für die Industrie und nur nebenbei Hausbrandkohle produziert. Dagegen ist die Ziegelfabrikation von den Temperaturverhältnissen bestimmt und von den Bauperioden und den Jahreszeiten nicht unabhängig. Das ganze Baugewerbe zeigt uns eine starke Beeinflussung durch den Wechsel von Regentagen und Trockenperioden, von Frost und Sonnenwärme, jedenfalls rechnet das Baugewerbe mit dieser Beeinflussung, die zum Teil auch in der Einteilung der Beitragszahlungsperioden für die gewerkschaftlichen Organisationen zum Ausdruck gelangt. Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerer beginnen früher im Jahre mit ihrer Arbeit auf den Bauplätzen als die Dachdecker, Ofensetzer, Parkettbodenleger, Maler,

Lackierer, Tapetenkleber, Bauschreiner, Glaser, Bauschlosser und Bauspengler. Dafür hört die erstere Gruppe von Bauarbeitern mit dem Eintritt des Frostes zu arbeiten auf, während die meisten anderen oft während eines erheblichen Teiles des Winters noch Beschäftigung finden können.

Die Verfügbarkeit der Wasserkraft beeinflusst viele Industrien, andere haben wegen der leichten Verderblichkeit des Rohmaterials sehr kurze Beschäftigungsperioden, so die Kampagne in der Zuckerindustrie, so die Produktion von Wein und Obstwein, welche wieder auf die Fassbinderei von Einfluss ist. Der technische Fortschritt hat viel geändert, so hat zum Beispiel die Herstellbarkeit künstlichen Eises im grossen aus der Bierbrauerei, die früher stark den Charakter des Saisongewerbes hatte, eine Industrie mit dauernder Beschäftigungszeit gemacht, wobei freilich für die wichtige Gruppe der Mälzer eine auf wenige Wochen zusammengedrückte Arbeitszeit übrig blieb; ähnlich wie die Kürze der Beschäftigungsdauer der Mälzer ist die der Hopfenpflücker.

Sehen wir bei der Zuckerindustrie, bei den Hilfsgewerben der Bierbrauerei aus in der Natur liegenden Gründen einen starken Einfluss der Jahreszeit auf den Arbeitsmarkt, so sehen wir andererseits durch die Technik diese Beeinflussung ausgeglichen bei der eigentlichen Bierbrauerei und endlich eine merkwürdige Beeinflussung durch die Entwicklung von niederen zu höheren gewerblichen Betriebssystemen, zum Beispiel in der Bekleidungsindustrie. Hier können wir den Einfluss der Jahreszeit in Beziehung setzen zu Störarbeit, Handwerk, Heimarbeit und Fabrikindustrie. Die Störarbeiterin, die in das Haus des Kunden kommt und dort die ihr zur Verarbeitung überlieferten Rohmaterialien und Halbfabrikate zu Gebrauchsgegenständen formt, der Handwerker, der nur auf Bestellung arbeitet, sind bei der Verfertigung von Kleidern und Schuhen von der Jahreszeit abhängig. Solange es schneit, und sei es auch noch im März, trägt jeder seine Winterkleider und Winterschuhe und niemand denkt daran, sich leichtere und hellere Bekleidungsgegenstände anzuschaffen. Bricht aber der Frühling mit Macht ein, so häufen sich die Bestellungen, die in kürzester Zeit erledigt werden sollen, während für die weiteren Monate nur sehr wenig Beschäftigungsmöglichkeit übrig bleibt. Ganz anders in der fabrikmässigen Schuhmacherei. Da werden nicht im Frühjahr die Schuhe für die warmen und heissen Monate, nicht im Winter die für die kalte Zeit gemacht, im Gegenteil, von Anfang der Herbstzeit an wird für das Frühjahr und den Sommer die leichte Ware und schon am Ausgang des Winters für die kalten Monate die schwere Ware hergestellt. Es kann somit in normalen Zeiten, von denen ja hier überhaupt nur gesprochen wird, das ganze Jahr hindurch gearbeitet werden. Die allgemeinen Voraussetzungen des Grossbetriebes, Verfügbarkeit über Kapital und Ausdehnungsmöglichkeit des Kredites sind hier Vorbedingungen der Verteilung der Arbeit über das ganze Jahr, der Ansammlung von Vorräten. Die Organisation des Absatzes macht es notwendig, erheblich lange Zeit vor dem Bedarf der Ware ihren Vertrieb in die Hand zu nehmen. Die Geschäftsreisenden sind monatelang auf dem Wege, sie müssen mit der Möglichkeit rechnen, dass der Umschwung der Jahreszeit und der stossweise auftretende Bedarf früher eintritt, als es der Kalender in Aussicht stellt. Das grosse in der Industrie investierte Kapital begründet das Streben nach einer dauernden Ausnützung der Fabriken und der sehr kostspieligen und komplizierten Maschinerie. Je kräftiger sich das Streben der Arbeiter nach einer Verkürzung der Arbeitszeit, nach einem grösseren Schutze der Frauen und jugendlichen Arbeiter durchsetzt, desto deutlicher wird das Bemühen der Unternehmer, die Zahl der Tage, an denen der Betrieb ruht, zu vermindern.

Ganz anders liegt die Beeinflussung der Industrie durch die Jahreszeit dort, wo wir nicht den konzentrierten geschlossenen Betrieb, die Fabrik, sondern die Hausindustrie, die Marx zutreffend als die dezentralisierte Grossindustrie gekennzeichnet hat, als die Schöpferin der Waren anzusehen haben. In der Konfektionsindustrie beginnt wieder später als in der fabrikmässigen Schuhmacherei die intensive Produktion, weil man in der Hausindustrie viel leichter als in der Fabrik die Arbeitszeit auszudehnen und den Kreis der beschäftigten Personen zu vergrössern vermag, weil man sich auch mehr Zeit lassen kann, den Gang der Mode zu beachten. In der hausindustriellen Konfektionsindustrie ist wegen dieser grösseren

Elastizität eine leichtere Anpassung der Produktion an die durch die Reisenden und Einkäufer zustande kommenden Bestellungen gegeben. Aus diesem Grunde suchen die grossen Konfektionsgeschäfte die Saison möglichst zusammenzudrängen und möglichst nahezurücken an die Periode des tatsächlichen Bedarfes.

In anderen Berufszweigen sehen wir wieder eine ganz enge Zusammendrängung der starken Arbeit auf ganz kurze Perioden, so zum Beispiel bei der Revision, Reinigung und Reparatur der Oefen zur Zimmerheizung und auch bei anderen Reparaturgewerben. Für viele Arbeiter wechseln somit Saison und flauere Zeit, überstarker und unternormaler Beschäftigungsgrad wie für die ganze Industrie in längeren Zeiträumen Prosperität und Krise. Wir sehen die Hausindustrie überaus stark, Störrarbeit und Handwerk sehr erheblich, die Fabrik am wenigsten durch den Wechsel der Jahreszeiten im Beschäftigungsgrade beeinflusst.

Der erwartete Konsum bestimmt auch bei den nicht auf direkte Bestellung arbeitenden Zweigen der Warenproduktion, und das ist ihr grösster Teil, die Intensität der Beschäftigung. Deshalb muss das Weihnachtsfest eine starke Vorwirkung auf die Produktion ausüben, weil dieser eine Abend des Jahres den Gipfelpunkt der Kaufkraft oder richtiger gesagt der Kauflust des Jahres bildet. Je feiner gegliedert, je komplizierter die Organisation des Warenvertriebes ist, je entfernter der Verbrauchsort vom Erzeugungsort ist, desto weiter voraus wird sich die Wirkung des Weihnachtsfestes auf die Produktion erstrecken, desto früher aber auch wird diese Wirkung aufhören, so dass wir vielfach die Erscheinung zu beobachten haben, dass schon mehrere Wochen vor Weihnachten die Zeit der Arbeitslosigkeit für viele Arbeiter und Arbeiterinnen beginnt. In der Regel muss das letzte Stück der Ware schon erheblich vorher fertiggestellt sein, bevor das erste Stück die Aussicht hat, in den Besitz des Konsumenten oder des Käufers zur Besenkung des Konsumenten zu gelangen. Durch zahlreiche Zwischenhände geht die Ware, der letzte Verkäufer benötigt auch Zeit zur Ordnung seines Geschäftes für den Weihnachtsmarkt, zur Aufstellung der Waren, zum Aufmerksammachen des Publikums durch Schaustellung in den Auslagen, durch Kataloge, Zeitungsreklame und anderer Mittel der Heranziehung einer ihm vielfach unbekanntem Kundschaft. Je niedriger die Frachtsätze sein müssen, die das Produkt vertragen kann, desto länger dauert die Zeit zwischen den letzten Aufträgen und dem Ankauf der ersten Waren. Das erzgebirgische »Elendsvieh«, die billigsten Spielwaren müssen viel früher fertiggestellt sein als die teuersten Pariser Puppen, bei denen telegraphische Bestellung und Expressendung mittelst der Post die Verkaufsmöglichkeit nicht zu beeinflussen vermögen.

Für den Beschäftigungsgrad der Weihnachtsindustrien ist von ganz erheblicher Bedeutung die Ausdehnung des Marktes, die mit den erwähnten Transportkosten in Beziehung steht, aber nicht ausschliesslich von ihnen bestimmt wird. Die grossen Spielwarenproduktionsstätten dehnen ihre Beschäftigungszeit um so weiter aus, je grösser ihr Markt ist. Aber auch hier sehen wir, dass in der Sonneberger Puppenherstellung mit ihrem hausindustriellen Charakter, mit ihrer auf Kosten der Arbeitskraft gehenden Erzwingbarkeit kürzester Lieferungsfristen die Saison auf wenige Monate zusammenge-drängt wird, während die zum grössten Teil fabrikmässig hergestellten optischen und mechanischen Spielwaren Nürnbergs fast das ganze Jahr hindurch die Arbeiter beschäftigen. Schon im Frühjahr müssen die grossen Kisten mit den australischen Lokomotivtypen für die Antipoden, andere Spielwaren für China und Japan, nur wenige Wochen später die für Indien und für Südamerika, bald darauf die für die Vereinigten Staaten, nach weiterer Zeit die für Russland, dann die für die übrigen europäischen Staaten je nach ihrer Entfernung von der Produktionsstätte und zuletzt die für den grossen deutschen Markt expediert werden. Sind sämtliche Weihnachtsbestellungen und alle Reserven bis zur Füllung der Lager zu Ende geliefert, so beginnt schon wieder die Arbeit nach neuen Modellen für die auf der anderen Halbkugel lebenden Kinder, zum Teil für solche, die noch nicht das Licht der Welt erblickt haben. So erkennen wir an diesem Beispiele die Bedeutung des Exports für die gleichmässige Beschäftigung der Arbeiter als Gegenwirkung für die Saisontendenz des Weihnachtsgeschäftes. Als Exportindustrien Oesterreichs, die zwar nicht durch den Weihnachtsmarkt allein bestimmt, aber durch ihn sicherlich



stark beeinflusst werden, können wir die Produktion der feinen Wiener Lederwaren, der Bernstein- und Meerschamdrechslerwaren, der weiteren Galanteriewaren, böhmischer Glaswaren, die nordböhmische Porzellanindustrie, die Bekleidungsindustrien in Betracht ziehen.

Die wenigen Stunden, die die Weihnachtsgeschenke unter dem Lichterbaume liegen, bestimmen für Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen den Beschäftigungsgrad und die Einteilung des Jahres in Monate der Ueberarbeit und in Vierteljahre ungenügender oder völlig mangelnder Beschäftigung. Ende November beginnt die Versorgung mit den Weihnachtsgeschenken, die reicheren und müssigeren Schichten der Gesellschaft ergänzen in den letzten Tagen vor Weihnachten bloss die Einkäufe, die sie in den vorangegangenen Wochen gemacht haben, während die minderbemittelten Schichten der Gesellschaft, die auch über wenig freie Zeit verfügen, ihre Einkäufe auf die letzte Woche vor Weihnachten zusammendrängen. Dann steigt von Tag zu Tag bis in die Stunde nach der Dämmerung am Abend des 24. Dezember der Massenandrang in die Geschäfte, die oft wie belagerte Festungen aussehen und in denen die Verkäufer und Verkäuferinnen unter der grössten Nervenanspannung und sehr erheblicher Muskelermüdung übermenschliche Arbeit zu leisten haben. Die Kaufläden sind sehr lange offen, zur stärkeren Anstrengung des Personals kommt noch die längere Beschäftigung und nicht zuletzt die peinigende Sorge für den kommenden Morgen, denn die starke Vermehrung des Personals, um den Andrang der Käufer zu befriedigen, wird in dem Augenblicke, wo der Käufer wieder zur Seltenheit wird, abgelöst durch eine starke Verringerung der kaufmännischen Angestellten und der Handelshilfsarbeiter, die gerade in den Wochen und Monaten nach Weihnachten keiner Nachfrage nach Arbeitskräften begegnen. Die Reduzierung des Personals mit dem Augenblicke der kalendermässig unverrückbaren Beendigung des Weihnachtsgeschäftes ist gerade in den Riesenbetrieben des Detailhandels, in den grossen Warenhäusern und Versandgeschäften eine feststehende Tatsache. Auch auf das Verkehrsgewerbe sehen wir ähnliche Einwirkungen, die Post muss für den Weihnachts- und den sich daran anschliessenden Neujahrsverkehr zahlreiche Hilfskräfte anwerben, die nur mit einer kurzen Spanne Ueberbeschäftigung und mit einer langen Frist darauffolgender wirtschaftlicher Unsicherheit zu rechnen haben.

So augenfällig dem städtischen Konsumenten dieses Anschwellen des Arbeitsbedarfes im Detailhandel und Verkehrswesen erscheint, so wenig Gelegenheit hat er, die Nachwirkungen des Weihnachtsgeschäftes auf die Industriearbeiter zu erkennen. Oft schon ziemlich lange vor Weihnachten, oft nur wenige Tage vor Weihnachten beginnen grosse Arbeiterentlassungen in denjenigen Industrien, deren Beschäftigungsgrad durch den Weihnachtsbedarf in starkem Masse bestimmt wird. Neben den dauernden Entlassungen der für den ausserordentlichen Bedarf angeworbenen Arbeitskräfte sehen wir auch für die ständigen Arbeiter des Betriebes die Möglichkeit des »Aussetzens« oder des vom Unternehmer verkürzten Arbeitstages. In der Zeit nach Weihnachten bis zum Neujahrstage werden vielfach Aufräumungsarbeiten von ständigem Personale vorgenommen, und die ersten Tage des Jahres werden für die Inventur bestimmt. Wenn diese beendet ist, beginnt man langsam mit einem beschränkten Personale den Produktionsprozess wieder, es werden Muster gemacht, es werden die Reisenden mit ihnen versorgt, es werden kleine Vorräte angesammelt, bis durch die einlaufenden Bestellungen die Produktion wieder in rascheren Gang kommt, bis durch das Näherrücken des Weihnachtsfestes neue Arbeitseinstellungen notwendig werden und die Produktion sich ihrem Höhepunkt nähert, bis nach allmähligem Aufstieg und zeitweiligem Verbleiben in ihrem Kulminationspunkt der jähe Abfall wieder eintritt und das Spiel von neuem beginnt.

Unter den Industrien werden wir zu unterscheiden haben zwischen denen, welche wie die mannigfachen Spielwaren- und Christbaumschmuck-Industrien, manche Zuckerwaren-Industrien, dann die Herstellung von Gratulationskarten zu ihrem weitaus überwiegenden Teile durch die gesteigerte Bedarfswahrscheinlichkeit in den Wochen vor Weihnachten bestimmt wird und zwischen denjenigen Industrien, bei denen jede Einwirkung des Weihnachtsbedarfes ausgeschlossen erscheint. Zwischen

diesen gibt es überaus zahlreiche Abstufungen, deren Grad festzustellen sicherlich sehr interessant wäre. Selbstverständlich werden Schienen, Marinegeschütze, Dynamomaschinen, Lokomotiven, Eisenbahnwaggons, Backsteine und anderes Baumaterial durch den Weihnachtsmarkt nicht beeinflusst. Wo vielleicht ausnahmsweise eine Beeinflussung nachweisbar wäre, spielt sie in Beziehung auf die Gesamtmasse der Produktion der betreffenden Ware keine Rolle. Dagegen gibt es Gebrauchsgegenstände, die scheinbar ausserhalb der Beziehung mit dem Weihnachtsmarkte stehen, die doch von diesem sehr bedeutend beeinflusst werden können. Zu Weihnachten werden nicht nur Geschenke gegeben, die an diesem Abende erfreuen sollen, sehr viele Geschenke haben ernstern Zwecken, dringlicher Bedürfnisbefriedigung und nur bis zum Weihnachtsabende aufgeschobener Bedürfnisstillung zu dienen. Ja, es ist vielleicht nicht unbegründet, wenn man diesen Teil der Warenproduktion für erheblich umfangreicher erhält als die spezifische Weihnachtsindustrie. Kleider und Wäsche, Schuhe und Hüte werden zu Weihnachten in unverhältnismässig stärkerer Zahl gekauft als in irgend einer anderen Periode des Jahres. Bleistifte und andere Schreibmaterialien, Erzeugnisse der Luxuspapierfabrikation, des Buchdrucks und der Buchbinderei, Uhren, Ringe und andere Juwelen, Seife und Toiletteartikel finden in der Zeit vor Weihnachten den Höchstpunkt ihrer Verkaufsmöglichkeit. Man könnte von der Hutnadel bis zum Automobil von dieser durch die gesteigerte Kauflust der Weihnachtszeit beeinflussten Absatzmöglichkeit sprechen.

So wird ein grosser Teil unserer Warenproduktion durch den Weihnachtsmarkt beeinflusst, so zwingt die herannahende Weihnachtszeit zur Steigerung der Arbeitsleistung, zur Vermehrung der Arbeiterzahl, zur Füllung der Lager. Je nach der Wirkung der von zahlreichen Umständen nicht nur der Masse nach, sondern auch der Art nach beeinflussten Weihnachtskäufe ergibt sich eine völlige Entleerung oder ein starker Bestand in den Lagern derjenigen Waren, die zwar normale Bedarfsartikel sind, aber durch den Weihnachtsverkehr am Ende des Jahres in ihrer Verkaufsfähigkeit gesteigert werden. So erscheint das Weihnachtsgeschäft auch für die nicht spezifischen Weihnachtswaren von sehr grossem Einflusse für den Beschäftigungsgrad vor und nach dem Weihnachtsfeste.

Wir haben auch von Waren gesprochen, die vollständig unbeeinflusst durch das Weihnachtsgeschäft sind; aber auch unter ihnen wird eine feinere Unterscheidung neben völliger Unabhängigkeit doch eine gewisse Beeinflussbarkeit aufweisen können. Wenn das Weihnachtsgeschäft für viele Industrien von entscheidender und den Jahresumsatz in hohem Masse bestimmender Bedeutung ist, so wird nach dem Ergebnisse des Weihnachtsgeschäftes die Unternehmungslust vieler Fabrikanten gesteigert oder gehemmt werden. Die Bilanz des Weihnachtsgeschäftes wird viele zur Verbesserung und Erweiterung ihrer Fabrikseinrichtungen, zu neuen Bauten, zum Ankauf von Maschinen, zu sonstigen Investitionen veranlassen. So kann die Maschinenbauanstalt, das Baugeschäft, die Fabrik für elektrische Beleuchtungs- und Kraftanlagen auch mit Interesse dem Verlauf des Weihnachtsgeschäftes folgen, der für sie doch nicht so gleichgültig ist, als es für die oberflächliche Betrachtung erscheinen mag. Ueber die Beeinflussung der Banken und der Börse durch das Weihnachtsgeschäft liesse sich auch manches sagen.

Wir haben in unserem raschen Ueberblick mannigfache Beziehungen zwischen Weihnachtsfest und dem Arbeitsmarkt, aber auch zwischen dem Weihnachtsfest und der gesamten Volkswirtschaft gesehen. Keine andere Zeit des Jahres vermag sich in dieser Hinsicht mit dem Weihnachtsfeste an kräftiger Wirkung, sowohl an vorherbestimmender als an nachwirkender, zu messen.

## Ein Gymnasialprofessor: Zur Frage der Mittelschulreform

Das Unterrichtsministerium hat die Absicht, Mitte Dezember eine Enquete über Mittelschulreform abzuhalten. Die aktuelle Frage der Mittelschulreform hat, abgesehen von der allgemeinen Beziehung der Sozialdemokratie zu Bildungs- und Erziehungsfragen, auch für die Arbeiterschaft als Klasse Bedeutung und erfordert eine Stellungnahme; weniger wegen der proletarischen Jugend, der leider die Mittelschule heute noch verschlossen ist, als wegen des allgemeinen Klasseninteresses der Arbeiter, denen es ja nicht gleichgültig sein kann, was die Beamten, Richter, Aerzte, Lehrer und andere gelernt haben, mit welchen die Arbeiterschaft in Berührung kommt und welche über wichtige Arbeiterinteressen oft mitzuentcheiden haben.

Die wichtigste der nach der Einrichtung der Schule vorausgehenden Forderungen der Arbeiterschaft in der Frage des Mittelschulwesens muss die auf Ermöglichung des Studiums überhaupt sein. Dem Proletarier bedeutet die Schulgeldbefreiung allein noch nicht die Möglichkeit, zu studieren. Das proletarische Kind, das sich heute mit 14 Jahren in Werkstatt und Fabrik selbst erhalten muss, müsste durch staatliche Stipendien über die Sorge der Erhaltung während der Dauer der Mittelschulstudien hinausgehoben werden; die Schaffung einer ausreichenden Zahl solcher Stipendien läge im wohlverstandenen Interesse der Staatsverwaltung, der die Vernichtung von Talenten durch die Ungunst sozialer Verhältnisse nicht gleichgültig sein sollte, auch vom Standpunkt konservativer Staatspolitik. Auch die Bedingungen der Schulgeldbefreiung (die völlige Aufhebung des Schulgeldes würde nach dem gegenwärtigen Stand der Gymnasien und Realschulen einen Ausfall von etwa 4 Millionen Kronen jährlich bedeuten) müssten geändert werden. Heute ist die Schulgeldbefreiung, von der Dürftigkeit abgesehen (in deren Berücksichtigung man im allgemeinen liberal ist) bedingt von einem mindestens genügenden Fortgang in den Leistungen, von einem befriedigenden sittlichen Verhalten und Fleiss in jedem Semester. Die Klassifikation am Schluss eines Halbjahres, wo die Frage des Aufsteigens in die höhere Klasse nicht in Betracht kommt, wird von Fachleuten als überflüssig angesehen, sie ist durch ihre Wirkung auf die Schulgeldbefreiung oft eine Härte für die armen Schüler, denen sie das Weiterstudium mitten im Jahr unmöglich macht. Aber auch die Abhängigkeit der Schulgeldbefreiung von dem relativen Begriff des Fleisses ist eine unvernünftige Härte, abgesehen davon, dass sie nicht auslösend wirkt; sie treibt den entwicklungsfähigen Schüler, der zwar durchkommt, aber wegen bloss »hinreichenden« Fleisses die Schulgeldbefreiung verliert, aus der Schule, erhält sich aber den Nichtbegabten, der durch Aufwendung übermässigen Fleisses den Forderungen gerade noch nachkommt. Für den Sohn des Bourgeois, der Schulgeld zahlen kann, hat die Fleissnote keine Bedeutung; sie trifft nur die proletarischen und halbproletarischen Kinder. Die Praxis hat diese Bestimmung gemildert und aus einem dumpfen sozialen Instinkt heraus »schenkt« der Lehrer gar häufig die für die Erhaltung der Schulgeldbefreiung nötige Fleissnote. Dass es sich mit der Forderung, die Fleissnote mit der Frage der Schulgeldbefreiung ausser Zusammenhang zu bringen, nicht um eine Kleinigkeit handelt, zeigt die jährlich wachsende Quote der vom Schulgeld Befreiten, die uns deutlich macht, dass Gymnasium und Realschule nicht mehr Schulen der Reichen allein sind. Während von allen Gymnasiasten in Oesterreich im Jahre 1886 noch 55·3 Prozent Schulgeld zahlten, sank die Zahl im Jahre 1894 bereits auf 47·6, im Jahre 1903 auf 40·9 Prozent; von den Realschülern waren 1886 bloss 36·2 Prozent befreit, 1894 bereits 52·4 Prozent, ein Prozentsatz, der in den folgenden Jahren noch stieg. Noch deutlicher lässt sich der wachsende Anteil der Unbemittelten an der Mittelschule innerhalb der einzelnen Nationen verfolgen; im Jahre 1902/03, dem letzten Schuljahre, über welches die statistische Zentralstelle berichtet, waren von deutschen Gymnasiasten 48·3, von tschechischen 63·6, von polnischen 69·1 Prozent befreit, bezüglich der Real-

schule sind die Zahlen für die Deutschen 43·6, für die Tschechen 60·2, für die Polen 59·5 Prozent.

Man ersieht daraus, dass Schichten, die der Lebenshaltung nach dem Proletariat nahestehen, an der Gestaltung des Schulwesens Interesse haben.

In der Frage der Mittelschulreform im engeren Sinne gehen die Forderungen dahin, die Mittelschulen mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Hochschule und auf die Forderungen des wirklichen Lebens »praktischer« einzurichten. »Praktisch« ist hier ein Wort von grosser Deutbarkeit; die allerwenigsten von jenen, welche der Mittelschule mangelhafte Vorbereitung fürs praktische Leben vorwerfen, denken daran, dass dem heutigen Mittelschüler alles fremd ist, was ihm das Verständnis der bürgerlichen Gesellschaft, der sozialen Zusammenhänge der historischen Bedingtheit politischer Einrichtungen ermöglichen soll, dass der heutige Mittelschüler trotz jahrelanger Beschäftigung mit »Naturwissenschaft« im Bestfalle über die Kenntnis von Einzeltatsachen nicht hinauskommt und nichts ihm zum Ansatz einer Weltanschauung wird, dass er von der Produktion der Güter in der bürgerlichen Gesellschaft eine fabelhafte Vorstellung hat. Für die meisten ist der Begriff »praktisch« identisch mit unmittelbar nützlich. In der Forderung einer »praktischen« Umgestaltung unseres Schulwesens liegt die Gefahr, dass damit Absichten auf eine Herabsetzung des Bildungsniveaus überhaupt verbunden werden; das Wort »praktisch« hat nur dann einen Sinn, wenn es mit den Zielen der allgemeinen Kulturentwicklung in Verbindung gebracht wird. Es ist ganz klar, dass derjenige nicht allgemein gebildet ist — und um die Frage der allgemeinen Bildung handelt sich's vor allem in der Mittelschulreformdebatte — der mit seinem Wissen und Können bloss die Anpassungsfähigkeit an die kapitalistische Wirtschaftsordnung besitzt, wie es nicht minder klar ist, dass die Bourgeoisie für ihre Kinder eine Mittelschule wünscht, in der sie nicht von der künftigen praktischen Betätigung durch idealistische oder erkenntnistheoretische Bildungselemente zu sehr abgelenkt werden. Es ist selbstverständlich, dass das Bürgertum für sich keine Schule wünschen kann, die seinem Klasseninteresse widerspricht. Die Forderung nach Beseitigung des humanistischen Gymnasiums und Ersetzung der alten Sprachen durch moderne ist zu einem Teil eine ideologische Verbrämung des Klasseninteresses des Bürgertums, das die Grenzen seiner »allgemeinen Bildung« mit den zeitlichen und räumlichen Grenzen der kapitalistischen Kulturwelt zusammenfallen lässt. Die Sozialdemokratie hat keinen Grund, ihre Bildungs-ideale der bürgerlichen Ideen- und Interessensphäre zu entnehmen; weder ihr nächstes politisches Klasseninteresse noch ihr letztes Wollen kann geschwächt werden, wenn sie Bildungselemente vorkapitalistischer Zeit in sich aufnimmt oder wenn sie jene in sich aufnehmen, mit denen als Beamten die Arbeiterschaft zu tun bekommt. Wenn Pernerstorfer und Ellenbogen sich als Freunde des humanistischen Gymnasiums bekannt haben, so haben sie sich damit zu sozialistischen Grundanschauungen nicht in Widerspruch gesetzt.

Trotzdem muss gesagt werden, dass auch vom Standpunkte desjenigen, dem sich die Reform des Gymnasiums nicht in der Abschaffung von Latein und Griechisch erschöpft, das Gymnasium sehr reformbedürftig ist. Eine Forderung ist heute leider reine Utopie: die Abschaffung des Religionsunterrichtes in den Oberklassen; daran wollen auch diejenigen unter den Professoren nicht rühren, die sonst antiklerikal tun und welche die Hemmungen, die der Geschichts- und Naturgeschichtsunterricht im Religionsunterricht erfährt, am eigenen Leibe spüren. Diese Hemmungen finden sich schon in den Lehrbüchern der Geschichte, die, wie es scheint, besonders dann leicht vom Ministerium zugelassen werden, wenn sie durch fromme Anekdotchen der klerikalen Gehirnverkleisterung Vorschub leisten. Dass die Wirtschaftsgeschichte im Geschichtsunterricht fast ganz vernachlässigt wird und der Gymnasiast von den nationalökonomischen Anschauungen der Merkantilisten oder Physiokraten nur erfährt, wenn der Professor sich zufällig dafür interessiert und Zeit erübrigt, weiss jeder ehemalige Gymnasiast aus Erfahrung. Und erst die neueste Zeit! Von der österreichischen Verfassung erzählt mancher Professor in einer Weise, als ob es sich um eine verbotene gefährliche Kenntnis handelte, und die Sozialdemokratie ist in einem vielverbreiteten Lehrbuche mit der

Bemerkung abgetan, dass sie sich in Hainburg ein Programm aufgestellt hat. Der naturwissenschaftliche und physikalische Unterricht leidet an dem Gebrechen, dass er noch immer zu viel im Lehrzimmer erteilt wird, die Art, wie Experimente gemacht werden und nicht gelingen, macht die Erkenntnis von der Notwendigkeit und Allgemeingültigkeit der Naturgesetze zu einer Sache des guten Glaubens. Der Geographieunterricht liegt vollständig darnieder; während die Geographie als Wissenschaft immer mehr zu einer naturwissenschaftlichen Disziplin wird, ist sie am Gymnasium ein Anhängsel der Geschichte; in den Oberklassen wird sie, abgesehen von der Heimatskunde, nicht gelehrt. Wer als Gymnasiast eine Touristenkarte lesen oder sich im »Kondukteur« zurechtfinden kann, hat sich diese Fähigkeiten ausserhalb der Schule erworben. Die für den Unterricht in der Muttersprache zugewiesene Stundenzahl reicht nicht aus, weder für die Beibringung der Ausdrucksfähigkeit noch für das Literaturstudium; die meisten Werke selbst der klassischen Literatur können in der Schule nicht mehr gelesen werden. Nun kommt noch die Forderung nach dem obligaten Unterricht in der zweiten Landessprache hinzu. Diese ist allerdings schwer unterzubringen, wenn nicht die Stundenzahl in Latein und Griechisch reduziert, beziehungsweise der Beginn des letzteren um ein Jahr hinausgeschoben wird. Das Ziel, das heute in diesen Sprachen gestellt ist, liesse sich bei besserer Auslese des Schülermaterials trotzdem erreichen. Die mechanische Vermehrung der Stundenzahl führt erfahrungsgemäss beim Unterricht moderner Sprachen zu keiner entsprechenden Vermehrung der Kenntnisse in ihnen. Der klassenmässige Betrieb im Unterricht einer modernen Sprache führt bei keiner Methode zu besonderen Resultaten, die Sprechfähigkeit lässt sich nur erzielen, wenn jeder Schüler möglichst oft selber spricht, das ist nur bei kleinen Gruppen möglich. Die Berlitz-Methode, wie sie an einzelnen Fachschulen bereits üblich ist, wird die einzig erfolgreiche sein. Die modernen Sprachen können nicht so gelehrt werden wie Latein und Griechisch, bei denen es sich nicht um das Sprechenlernen handelt. Die Forderung des obligatorischen Unterrichtes in der zweiten Landessprache ist heute bereits eine Selbstverständlichkeit geworden auch bei denen, die es früher als eine Todsünde ansahen, die zweite Landessprache zu lernen: bei den Deutschnationalen. Freilich verlangen diese meist dafür die Beseitigung des Griechischen. Die Frage lautet dann Griechisch oder Tschechisch in den Sudetenländern, Griechisch oder Slowenisch (beziehungsweise Italienisch) in den Alpenländern. Unter dem Gesichtspunkt, dass das Gymnasium vorerst praktische Zwecke verfolge, den künftigen Beamten möglichst gut vorzubereiten habe, würde die Entscheidung zugunsten von Tschechisch, Slowenisch, Italienisch ausfallen. Anders vielleicht unter dem theoretischen Gesichtspunkte allgemeiner Bildung. Den grösseren Teil der Bildungselemente jeder modernen Sprache finden wir auch in allen übrigen; das Griechische — der Schreiber dieser Zeilen ist sich bewusst, auf manchen Widerspruch zu stossen — gibt uns mehr formale Bildungselemente als die praktischen Zwecken dienende Kenntnis einer Sprache des Volkes, mit dem man das gleiche Land bewohnt. Die »Notwendigkeit der Kenntnis der zweiten Landessprache«, hervorgehend aus dem nationalen Kampfe um die Aemter, bekommt, gemessen an der Forderung der nationalen Autonomie und der damit zusammenhängenden Einsprachigkeit der Aemter, ein anderes Gesicht.

Anders steht es mit den Realschulen. Was hier reformbedürftig ist, ist vorerst die Berechtigungsfrage. Der Realschulabsolvent kann nicht an die Universität. Mit 10 oder 11 Jahren, sobald der Knabe in das Gymnasium oder in die Realschule geschickt wird, wird über seinen künftigen Bildungsgang entschieden. Während heute schon der Gymnasialabiturient an die Technik gehen kann — im Jahre 1903 wählten bereits 6·8 Prozent aller Gymnasialabiturienten das technische Studium — führt von der Realschule kein Weg zur Universität. Es ist nun klar, dass der heutige Realschüler die allgemeinen Voraussetzungen zum Universitätsstudium nicht hat, ihm fehlt die formallogische Schulung, die das juristische und philosophische Studium erfordert, ebenso wie die dafür wichtige Kenntnis der lateinischen Sprache. Diese sowie die Hinzufügung des achten Schuljahres sind die unumgänglichen Voraussetzungen für die Zulassung von Realschülern zur Universität.

Den Zwecken der Erreichung einer gewissen allgemeinen Bildung durch Realschule oder Gymnasium steht noch ein Hindernis im Wege: die scharfe Zweiteilung in Ober- und Untergymnasium (beziehungsweise Realschule). Es ist sehr wahrscheinlich, dass für gewerbliche und Handelsfachschulen eine vierklassige gut organisierte Bürgerschule eine bessere Vorbereitungsanstalt bilden könnte als die Unterklassen eines Gymnasiums oder einer Realschule. Aus der Beziehung zur Fachschule heraus ergibt sich eine Entfremdung des Gymnasiums und der Realschule von ihren ursprünglichen Zwecken, die auf Vorbereitung zum Hochschulstudium und auf allgemeine Bildung zu gehen hatten. Die Verschiedenheit der Interessen zerstört die Möglichkeit eines einheitlichen Unterrichtsbetriebes an der Mittelschule; diese kann nicht zugleich Bildungsschule und Beamtenfabrik, Vorbereitungsschule für Fach- und Hochschule sein oder gar Vorbereitungsschule für den Einjährig-Freiwilligen. Sie ist dann keines vollständig und die Klagen über die mangelhafte Erfüllung ihrer Zwecke sind nur zu berechtigt. Arbeitsteilung durch Schaffung eines Schultypus für praktische Ausbildung würde Realschule und Gymnasium von einem zu längerem theoretischen Studium weniger geeigneten Schülermaterial entlasten. Heute ist die Errichtung überflüssiger Mittelschulen, für die sich ja das Bedürfnis schaffen lässt, eine Hauptforderung der im Kampfe um die Beamtenfutterkrippe befindlichen nationalen Bourgeoisien. Das kommt besonders in der steigenden Zahl der Gymnasien in Böhmen und Mähren zum Ausdruck. Welche Bedeutung das nationalpolitische Moment für den Charakter der Mittelschule hat, zeigt am deutlichsten die Klassifikationstendenz in Böhmen und Mähren, die sich wesentlich von der anderer Kronländer unterscheidet. Während das sicherlich nicht schlechte Schülermaterial Niederösterreichs eine Quote der Durchgefallenen von 14 Prozent an den Gymnasien, 18,1 an den Realschulen (im Schuljahre 1903) aufweist, sinkt sie für Böhmen auf 9,5 an den Gymnasien, auf 10,9 an den Realschulen, in Mähren auf 9,6, beziehungsweise 12 Prozent. Noch deutlicher ist die Tendenz aus den Resultaten der Aufnahmeprüfungen in die erste Klasse erkennbar. Sowohl an den Gymnasien als auch an den Realschulen war die Durchschnittsquote der in ganz Oesterreich von der Aufnahme Zurückgewiesenen 12,5 Prozent, sie betrug für Gymnasien in Böhmen nur 6,8, in Mähren sogar nur 4,4, für Realschulen 5,2 Prozent in Böhmen, 5,3 in Mähren. Ganz ähnliche Zahlen ergeben auch die vorhergehenden Jahre. Die Ergebnisse der Maturitätsprüfung verstärken diese Vorstellung. Die Gesamtergebnisse der Klassifikation an den Gymnasien mit tschechischer Unterrichtssprache ergeben mit ihren 9,5 Prozent durchgefallener Schüler gegenüber 12,5 Prozent der durchgefallenen deutschen Gymnasiasten ein Plus, das durch die Annahme grösserer Begabung der tschechischer Gymnasiasten nicht zu erklären ist; von deutschen Realschülern fallen im ganzen (im Jahre 1903) 15,7 Prozent durch, von tschechischen bloss 10,9. Daher die fortwährende Errichtung neuer Mittelschulen mit ihren Wirkungen auf die Beamtenpolitik der nationalen bürgerlichen Parteien und die Vortäuschung kultureller Interessen, wo es sich um bürgerliche Machtinteressen handelt. Die Reduzierung der Zahl der Mittelschulen auf die tatsächlichen kulturellen Bedürfnisse, welche die autonom gewordene Nation erst richtig zu erkennen und zu messen vermag, sowie die Schaffung einer Bürgerschule mit erhöhtem Bildungsziele und erweiterten Berechtigungen sind wichtige Punkte der Schulreform.

Natürlich gehört die Frage der verbesserten Unterrichtsmethoden, der Modernisierung der disziplinären Behandlung der Mittelschüler und manches andere in den Rahmen der Reformfrage. Die Sozialdemokratie als die Trägerin eines die Welt erobernden Kulturwillens kann keine Schule als vollkommen ansehen, die den Zwecken des Tages allein dient, keine Bildung als ausreichend, die bloss praktisch und sonst nichts ist. Die Erziehung der Menschen zu solchen, die bloss für den praktischen Daseinskampf gerüstet sind, muss auch uns zwar nützlich, aber nicht als das letzte Ziel erscheinen. Eine kleine, wenn auch unbewusste Erziehungsaufgabe im Sinne des Sozialismus kann auch die Mittelschule leisten und darum sollen die Sozialdemokraten nicht schweigen, wenn die Frage der Reform der Mittelschule zur Diskussion gestellt wird.

## Josef Strasser: Die Schwäche als Entwicklungsfaktor

Ich hatt' einen Kameraden, der mir unvergesslich bleibt, weil er mir eine Nuss zu knacken gab, an der ich mir lange vergeblich die Zähne ausbeissen sollte. Es war im Gymnasium; in einem österreichischen Gymnasium — man führte uns also jeden Sonntag in die Kirche und wir mussten dort auch noch singen. Die älteren von uns entzogen sich dieser Pflicht so gut es ging: die einen hielten das Singen eines religiösen Liedes für unvereinbar mit ihrem noch sehr jungen und darum noch etwas rabiaten Atheismus, die anderen fanden es unter ihrer künftigen Burschenschaftswürde, in Gemeinschaft mit Kerzelweibern und alten Betbrüdern ein Lied steigen zu lassen. Nur jener Kollege sang vom Anfang bis zum Ende mit. Keine Note liess er sich entgehen. Er sang mit einem selbstgefälligen Behagen, einem Eifer, einer Hingebung, die uns anderen unverständlich blieben: denn der unermüdliche Sänger konnte die Beweise vom Dasein Gottes ebenso schlagend widerlegen wie der wackere Ludwig Büchner, er war auch kein Duckmäuser, der sich die Gunst unseres Seelenhirten und des unter dessen Kommando stehenden »Profaxen« hätte ersingen wollen, und schliesslich hatte er keine Stimme. Vielmehr, er hatte eine schreckliche Stimme, die rauheste, die ich in meinem Leben gehört habe. Warum sang er also? Diese bange Frage quälte mich, bis ich, nach der Maturitätsprüfung, den Unglücksmenschen aus den Ohren verlor. Ich war nicht wenig verdutzt, als ich ein paar Jahre später eines schönen Tages in der Zeitung las, dass er mit Erfolg in einem Konzert gesungen hatte. Welches Erstaunen aber den Mann, der mir ehemals durch sein greuliches Gröhlen den Grimm geweckt, nicht hinderte, nach einigen weiteren Jährchen ein bekannter Wagnersänger zu sein. Wie war das möglich? Mit der Stimme?

Dieses Rätsel vexierte mich noch oft, ohne dass ich seiner Lösung näherkommen konnte. Endlich fand ich sie, wo ich sie am allerwenigsten gesucht hätte, in der von dem Wiener Arzt Dr. Alfred Adler (im Verlag von Urban und Schwarzenberg, Berlin und Wien 1907) veröffentlichten »Studie über die Minderwertigkeit von Organen«. Nach der Lektüre dieser kühnen Schrift wusste ich, dass mein Schulkamerad den Hagen in Bayreuth jetzt deswegen so gut singt, weil er vordem Schuberts »Deutsche Messe« so hartnäckig malträtirt hat.

Das mag burlesk anmuten. Aber neue Wahrheiten präsentieren sich immer fratzenhaft wenigstens dem, dessen Auge jede Abweichung von den klassischen Linien des Banalen als hässliche Karikatur empfindet. Und eine solche Abweichung gestattet sich Adler allerdings. Er behauptet, dass die Minderwertigkeit eines Organs nicht selten die Ursache einer höheren Leistungsfähigkeit dieses Organs wird.

Diese Annahme ist der vorläufig letzte Schluss aus einer Reihe von Untersuchungen, zu denen Adler offenbar angeregt wurde durch das Bedürfnis, den »dunklen Begriff« der Krankheitsdisposition durch einen klaren zu ersetzen. Er fand dabei, dass die Ursache, warum ein bestimmtes Organ erkrankt, fast regelmässig in dessen angeborener Minderwertigkeit zu suchen ist. Ein besonders kennzeichnendes Merkmal der Minderwertigkeit findet Adler darin, dass das minderwertige Organ in Formenbildung und Betätigung dem unentwickelten Charakter näher kommt. Es bedarf keines Beweises, dass sich ein solches minderwertiges, also weniger leistungs- und widerstandsfähiges Organ im Kampfe mit den Krankheitserregern, die von allen Seiten auf den Organismus eindringen, nicht so leicht behaupten kann wie ein ausgebildetes, dass es also in diesem Kampfe leichter Schaden nehmen oder auch zugrunde gehen kann. Es kann auch, selbst auf längere Zeit, ja auf Lebensdauer, ein Ausgleich zustande kommen, das vorhandene Gebrechen kann ausgeglichen werden. Ja, es kann sogar mehr als seine Aufhebung stattfinden. Adler behauptet, dass »Organe von geringgradiger Minderwertigkeit zu grösserer Leistungsfähigkeit heranwachsen können als die vollwertigen«.

Als ich diesen Satz las, erinnerte ich mich sofort des Mitschülers, der Sonntag

für Sonntag gegen das allgemeine Verlangen so fleissig gesungen hatte. Wer einen ähnlichen Fall nicht selbst beobachtet hat, dem fällt aller Wahrscheinlichkeit nach das Schulbeispiel, der Stotterer Demosthenes, ein, der durch die Ueberwindung seiner Schwäche Griechenlands grösster Redner wurde. Ein von Adler merkwürdigerweise nicht angeführtes, nicht minder klassisches Beispiel, wenn auch kein klassischer Redner, ist der deutsche Kaiser; der Kehlkopfkrebs, dem sein Vater erlegen ist, und der Halspolyp, den er selber überstanden hat, deuten darauf, dass seine Redelust durch minderwertige Sprachorgane verursacht ist. Adler weist darauf hin, dass man »selten eine solche Häufung von Sprachfehlern und Entartungszeichen des Mundes findet wie bei Rednern, Schauspielern und Sängern«. Er führt des weiteren an, dass die bisher angestellten augenärztlichen Untersuchungen in Malerschulen bis an 70 Prozent Augenunregelmässigkeiten ergeben. Auch die musikalische Welt liefert ihm Beispiele: »Musiker leiden nicht selten an Ohrkrankheiten oder haben an solchen in der Kindheit gelitten. Der klassische Beleg ist Beethoven; Mozart soll ein verbildetes Ohr besessen haben.« Adler teilt noch mit, dass er in seiner Praxis zu wiederholtenmalen die Tatsache konstatieren konnte, dass musikalischer Sinn und schwere Ohrenerkrankungen nebeneinander vorkommen.

Der »gesunde Menschenverstand«, wie sich der solid bürgerliche Stumpfsinn zu nennen beliebt, wird mit einem mitleidigen Lächeln fragen: Also braucht man bloss keine Stimme zu haben, um ein berühmter Sänger zu werden? Am Ende hätte Tizian, wenn er ohne Augen geboren worden wäre, noch viel genialere Leistungen vollbracht? Der Kretinismus bestimmt den Menschen förmlich zur Genialität? Man kann auf solche Uebertreibungen sogar grossmütig verzichten und sich auf den ernsthaften Einwand beschränken: Wenn ein Farbenblinder und Kurzsichtiger, wie Matejko, ein bedeutender Maler wird, wird er es wirklich wegen seines Gebrechens, nicht trotzdem?

Natürlich trotzdem. Aber auch wegen. Denn, sagt Adler, »die Ursache (der grösseren Leistungsfähigkeit des minderwertigen Organs) liegt in dem Zwang einer ständigen Einübung in der den minderwertigen Organen oftmals anhaftenden Anpassungsfähigkeit und Veränderlichkeit und sicherlich auch in der durch die innere Aufmerksamkeit und geistige Konzentration auf das schwächere Organ erhöhten Ausbildung des zugehörigen nervösen und seelischen Komplexes«. Dieser Gedanke wird dann in einem sehr interessanten und gedankenreichen Abschnitt über »die Rolle des Zentralnervensystems in der Organminderwertigkeitslehre« weiter ausgeführt. »Leistungsmögliche und gestaltige Ausbildung des Organs und seiner Nervenbahnen sind, wie bei normaler Entwicklung, teils Folge der Reizaufnahme, teils Ergebnis des andauernden Strebens, das minderwertige Material leistungsfähig zu machen. In der Regel wird das Zentralnervensystem den Hauptanteil an dieser Ausgleichung nehmen. Und nicht nur physisch, sondern vor allem auf psychischen Wegen dadurch, dass ein besonderes Interesse das minderwertige Organ zu behüten sucht und durch dauernde Aufmerksamkeit den Schaden zu verhüten trachtet, der vielleicht im kleinen jedesmal den Anstoss gibt, die Aufmerksamkeit zu wecken, zu steigern und an jenes Organ zu binden.« »Eine weitere Verstärkung erfährt dieser seelische Antrieb, sobald das minderwertige Organ nicht mehr seinen eigenen Spuren folgen, sondern sich dem Joche der Kultur beugen soll. . . . An den Kinderfehlern . . . und deren Verlauf sind Minderwertigkeit und Ausgleichungsbestrebungen deutlich abzuschätzen. Jede freie Tätigkeit des Säuglings und Kindes ist mit Lust verbunden oder auf Lustgewinn berechnet, Spielen, Springen, Laufen, Sehen, Hören, Saugen, Urin- und Kotentleerung. Die daraus entspringenden Lustgefühle bilden recht eigentlich das Band, mittelst dessen das Kind an seine Umgebung, mit der äusseren Welt sozial verknüpft ist. . . . Annähernd normale Organe, denen ein genügend aufnahmefähiges Zentralnervensystem entspricht, fügen sich anstandslos in die Forderung der umgebenden Kultur. Kein Wunder, da sie selbst an dem Aufbau und der Richtung dieser Kultur mitgeholfen hatten. Andererseits können wieder geänderte und gesteigerte äussere Ansprüche, Enttäuschungen, Sorgen, traumatische Einflüsse, Erkrankungen, Milieuwechsel ein Organ und damit seinen zentralen Ueberbau als minderwertig entlarven, die mühsam aufrecht erhaltene Ausgleichung stören. Denn die minderwertigen Organe stossen



ringsherum auf Schwierigkeiten und Gefahren, was nur ihrem natürlichen Verhältnis zur Umgebung entspricht und die eigentliche Grundlage der Naturalauslese Darwins darstellt. Kommt es zur Bewältigung, so nur unter erhöhtem Kraftaufwand. Schon das vollwertige Organ steht vor der Aufgabe, sein uneingeschränktes lustvolles Walten dem Zwang der Erziehung zu unterwerfen. . . . So wird das übergeordnete psychische Gebiet zu bestimmten Aufgaben genötigt, die anfangs nicht leicht fallen, im Durchschnitt aber durch Steigerung der Leistungsfähigkeit anstandslos gelingen. Im Falle der Minderwertigkeit des Organs aber und entsprechender Mangelhaftigkeit der zugehörigen Teile des Nervensystems bleibt die Einfügung des Organs und seiner Tätigkeit in die verlangte Natur zurück. Die Funktion geht dann nicht die geforderten kulturellen Bahnen, sondern arbeitet vorwiegend auf Lustgewinn.«

»Der psychomotorische Ueberbau des minderwertigen Organs führt einen unausgesetzten Kampf gegen die Lustbetätigung und für die ‚moralische Mission‘ des Organs. Der Erfolg hängt von der Entwicklungsfähigkeit des ursprünglich minderwertigen Ueberbaues ab, von der angeborenen Wachstumsenergie der zugehörigen Grosshirnzellen und von den auf dieselben wirkenden peripheren Reizen. Soll sich ein Fortschritt ergeben, so muss die ursprüngliche Minderwertigkeit der psychomotorischen Substanz eine Ausgleichung erfahren. Wir haben an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass diese Ausgleichung recht häufig zu einer Ueberwertigkeit des Organs führt, und müssen nun diesen Schluss dahin ergänzen: durch eine Ueberwertigkeit seines psychomotorischen Ueberbaues.«

Das minderwertige Organ ist gegenüber dem vollwertigen sowohl im Nachteil als im Vorteil. Im Nachteil durch seine Schwäche, wie das Kind gegenüber dem Manne. Im Vorteil, ebenfalls wie das Kind gegenüber dem Manne, durch seine grössere Veränderungsmöglichkeit, durch die grössere Anzahl der Entwicklungs-, also auch Anpassungsmöglichkeiten, die sich ihm bieten. Denn das Unentwickeltere ist auch das Entwicklungsfähigere, da alle Entwicklung zugleich Verminderung der Entwicklungsmöglichkeiten ist. Für die Individuen ist die Situation, in die sie durch den Besitz eines minderwertigen Organs versetzt werden, oft eine sehr ungünstige. Viele kommen nicht dazu, den ihnen anhaftenden Mangel auszugleichen oder gar noch mehr zu leisten; ihr Los ist Verkümmern, Krankheit, vorzeitiger Tod. Für die Art liegt die Sache anders. Sie wird durch jene minderwertigen Individuen, denen die Ausgleichung gelingt, hinaufgezüchtet. Diese Hinaufzucht vollzieht sich nicht bloss auf organischen, sondern auch auf sozialen Wegen. Wagner hat unser Gehör weitergebildet, indem er uns zwang, uns an seine Art zu hören zu gewöhnen.

Die Bedeutung der Organminderwertigkeitslehre für die Deszendenztheorie liegt auf der Hand. Sie klärt manches auf, was Darwin unerklärt gelassen oder falsch erklärt hat. Darwin sagt: Der Starke siegt. Dieser Satz ist ja nicht falsch, aber in vielen Fällen erscheint er nach dem, was Adler sagt, nur als formal richtig: der siegende »Starke« ist oft der Schwache, der seine Minderwertigkeit überwunden hat. »Die Anpassung an geänderte Lebensverhältnisse vollzieht sich . . . in erster Linie nicht im Kampfe ums Dasein durch das Ueberleben des zufällig Stärkeren, sondern auf Grundlage der Veränderungsmöglichkeit und gesteigerten Wachstumstendenz minderwertiger Organe.« Der Kampf, den ein Lebewesen zu führen hat, ist nicht bloss Kampf gegen die Stärke des anderen, sondern auch Kampf gegen die eigene Schwäche, Selbsterziehung. So erscheint die organische Entwicklung als die Folge einer Willenstätigkeit. Wie die kulturelle, ist auch die organische Entwicklung erarbeitet. Adler sagt: »Mit der Loslösung vom mütterlichen Organismus beginnt für diese (die minderwertigen) Organe und Organsysteme der Kampf mit der Aussenwelt, der notwendigerweise entbrennen muss und mit grösserer Heftigkeit einsetzt als bei normal entwickeltem Apparat. Diesen Kampf begleiten die höheren Krankheits- und Sterbeziffern. Doch verleiht der fötale Charakter zugleich die erhöhte Möglichkeit der Ausgleichung und Ueberausgleichung, steigert die Anpassungsfähigkeit an gewöhnliche und ungewöhnliche Widerstände und sichert die Bildung von neuen und höheren Formen, von neuen und höheren Leistungen. Man gewinnt unschwer den Eindruck, als habe der Organismus an der fötalen Ent-

wicklung gespart, an einer bestimmten Stelle der embryonalen Zeitigung abgebrochen, um dem Organ eine Wegzehrung fürs Leben, erhöhte plastische Kraft mitzugeben. Man kann sich der Auffassung kaum entschlagen, dass dieser neue Bildungsversuch an jenen Organen unternommen wird, an denen eine Reihe der Vorverfahren durch äussere Ursachen, durch geänderte Lebensbedingungen im Leben Schaden gelitten haben. So stellen die minderwertigen Organe das unerschöpfliche Versuchsmaterial dar, durch dessen fortwährende Bearbeitung, Verwerfung, Verbesserung des Organismus mit geänderten Lebensbedingungen in Einklang zu kommen sucht.« Die Entartung ist die Ursache des Zugrundegehens zahlloser Individuen, aber auch des Aufstiegs der Art.

Adler bewegt sich in seiner Schrift nur auf naturwissenschaftlichem Boden. Aber die Entdeckung, die er gemacht hat, ist keine bloss naturwissenschaftliche; der Gedanke, dass die Natur, um verlorengegangene Entwicklungsmöglichkeiten wieder zu gewinnen, von Entwicklungsformen, die sich nicht bewährt haben, auf frühere, also unentwickeltere Formen zurückgeht und von da aus neue Bahnen einschlägt, ist eine Bereicherung der Entwicklungslehre überhaupt.

Für die Wissenschaften, deren Gegenstand die menschliche Gesellschaft ist, hat die Minderwertigkeitslehre die grösste Bedeutung, schon darum, weil auch der in den »unnatürlichsten« gesellschaftlichen Verhältnissen lebende Mensch ein natürliches Wesen bleibt und weil in der Gesellschaft jeder natürliche Vorgang zugleich ein sozialer Vorgang ist (wie Geburt, Krankheit, Tod) oder wenigstens durch seine Wirkungen sozial bedeutsam ist (Erdbeben, Missernte). In der menschlichen Gesellschaft haben die minderwertigen Organe nicht nur eine natürliche, sondern auch eine soziale Lehre von den Ursachen, und zu ihrer Ueberwindung müssen natürliche und soziale Voraussetzungen gegeben sein. Die Bourgeoisie entartet und das Proletariat entartet. Warum verläuft dieser Prozess bei der einen nicht so wie beim anderen? Warum geht die Bourgeoisie zugrunde, warum verliert sie immer mehr die Fähigkeit zu herrschen, warum kann sie ihre Minderwertigkeiten nicht überwinden? Und warum wird im Proletariat die Entartung zur Voraussetzung des Fortschrittes?

Unsere Organe gehen auf Lustgewinn aus. Der Bourgeois ist nun in der Lage, seine Lust zu büssen, der Proletarier nicht. Der Bourgeois hat es nicht nötig, nach Möglichkeiten zur Befriedigung seiner Bedürfnisse zu suchen, denn diese Möglichkeiten sind vorhanden. Zwar bedroht sie der Proletarier, aber der Bourgeois hat vorläufig noch die körperliche Kraft, seine Angriffe abzuwehren. Er hat Gewehre und Kanonen, benötigt also keinen Geist. Aber man muss Geist nötig haben, um Geist zu bekommen, man verliert ihn, wenn man ihn nicht mehr nötig hat. »Wer die Stärke hat, entschlügt sich des Geistes« (Nietzsche). So verliert der Bourgeois die geistige Ueberwertigkeit, die ihm zum Siege über den Feudaladel verholfen hat. Seine Weltanschauung zerkrümelt, er verrät seine Prinzipien, er braucht kein Endziel, weil ihm die Gegenwart genügt. Kurz, er kommt auf den Hund.

Dem Proletarier versagen die äusseren Verhältnisse die Befriedigung seiner Bedürfnisse. Er muss sie sich in der Phantasie verschaffen, muss in der Zukunft leben, da ihm die Gegenwart nichts bietet, er hat Geist nötig. So entsteht die Weltanschauung des Proletariats, die ja nichts anderes ist als der abstrakte Ausdruck seiner unbefriedigten Bedürfnisse — so erlangen die Arbeiter den wissenschaftlichen Sinn, den kritischen Geist, die schöpferische Phantasie, kurz, die seelische Ueberwertigkeit, deren sie zum erfolgreichen Kampfe gegen die Bourgeoisie bedürfen und die am deutlichsten zum Ausdruck kommt in dem immer inniger werdenden Bund der Arbeiterklasse und der Wissenschaft.

Bei uns Sozialisten werden die Behauptungen Adlers auf den geringsten Widerspruch stossen, so wunderlich sie sich auch darstellen. Denn unbewusst und halb-bewusst hat der Sozialismus die Richtigkeit dessen, was Adler nun in klaren Worten sagte, immer vorausgesetzt. Es wäre wenigstens schlechterdings nicht einzusehen, wie das Proletariat, diese Klasse von Minderwertigen, sonst hoffen könnte, sich aus seiner körperlichen, geistigen und moralischen Erniedrigung zu erheben und — was den Besitz aller Herrtugenden voraussetzt — die Macht zu erobern. War es nicht eine der genialsten Leistungen von Marx, dass er — im Gegensatz zu den Utopisten, die die Verwirklichung der sozialistischen Ideale von dem Vollwertigen, ja Ueberwertigen

erwarteten und sich vom Volke nichts versprochen — die Behauptung aufstellte: in den halbverhungerten, verblödeten, vertierten Proletariern (also den Minderwertigen!) schlummern die Keime von aller Kraft und Schönheit der Zukunft? Dass er die Befreiung des Proletariats nicht von den Edlen und Genialen erwartete, sondern von dem edel und genial gewordenen Proletariat selbst erwartete? Und was ist die Tätigkeit der Sozialdemokratie anderes als eine Organisierung der Ueberausgleichung im allergrössten Stile? In seiner Partei vollbringt das Proletariat das Werk seiner Selbsterziehung, der planmässigen Ueberwindung aller proletarischen Minderwertigkeiten.

Es ist kein Zufall, dass die Lehre von der höheren Leistungsfähigkeit minderwertiger Organe in einer Zeit entdeckt wurde, in der eine Klasse von Minderwertigen mit dem Anspruch auf die Weltherrschaft auftritt, also der grossartigste Versuch einer Ueberwindung von Minderwertigkeiten unternommen wird. Adler ist über Malthus-Darwin theoretisch so weit hinausgekommen wie das kämpfende Proletariat praktisch über die siegreiche Bourgeoisie. Darwin hat die Anschauungen, zu denen Malthus durch die Betrachtung des innerhalb der Kapitalistenklasse wütenden Konkurrenzkampfes gelangte, naturwissenschaftlich verwertet. Das war nicht falsch, es war sogar genial, aber etwas einseitig. Adler hat die notwendige Korrektur vorgenommen, die, wie gesagt, nur möglich war in einer Zeit, in der eine Klasse von Schwachen, von Minderwertigen mit sichtlichem Erfolg gegen eine Klasse von Starken kämpft.

Die Zusammenhänge zwischen Entartung und Ueberleistung, zwischen Genie und Wahnsinn sind frühzeitig entdeckt worden. Die Griechen hielten die Verrückten für Propheten. Wir haben dafür nur ein überlegenes Lächeln, aber mit Unrecht; wie weit ist denn Lombroso über die Griechen hinausgekommen? Sehr deutliche Vorstellungen von dem Zusammenhang zwischen Minderwertigkeit und Ueberwertigkeit finden wir auch bei den alten Germanen. Wir lesen darüber bei Adler: »Wie sehr unsere Auffassung von der Ausgleichung und Ueberausgleichung des minderwertigen Organes mit dem Volksgeist übereinstimmt, möge folgende Darstellung aus Grimms Deutscher Mythologie bezeugen: »Wie bei den Göttern, so findet man auch bei den Helden Mangel an Gliedern: Odin ist einäugig, Tyr einhändig, Locki lahm, Stöde blind, Vidar stumm, nicht anders Stagano einäugig, Walkeri einhändig, Günthari und Wieland lahm; blinde und stumme Helden gibt es viele. Aber das scheint heldenmässig, dass die erste Kindheit und erste Jugend ein Fehler verunstalte und aus solchem Dunkel hernach plötzlich die leuchtende Erscheinung, gleichsam die zurückgehaltene Kraft vortrete.« Dieses Zitat ist mehr als ein pikanter Aufputz. »Der Volksglaube,« sagt Zimmermann einmal sehr richtig, »ist für die Erkenntnis der natürlichen Dinge eine sehr wichtige Quelle, denn er ist die Einstimmigkeit derjenigen Menschen, welche Augen und Ohren für sie haben und nicht mit Erwägungen ihnen beikommen wollen!« Freilich können erst die »Reflexionen« dem Volksglauben die rationelle Form geben. So hat Marx den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft erhoben, indem er uns die wirklichen Triebkräfte der sozialen Entwicklung zum Bewusstsein brachte. Vielleicht führt der Weg, den Adler eingeschlagen, zu demselben Ziel in der Biologie. In dieser Beziehung ist eine gewisse Uebereinstimmung zwischen der Marxschen Theorie und der Organminderwertigkeitslehre unverkennbar. Und wie der wissenschaftliche Sozialismus, eröffnet nun auch die Organminderwertigkeitslehre grossartige Ausblicke. Wie jene uns zeigt, dass in einer sozialistischen Gesellschaft die Menschen die gesellschaftliche Entwicklung planmässig lehren werden, so können wir auf Grund der Organminderwertigkeitslehre erwarten, dass eine Zeit kommen wird, in der der menschliche Geist nicht die organische Entwicklung ihrer Art bewusst lenken wird.

## Bücherschau

### Deutsche Parteiliteratur

Im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung ist der Lichtstrahlen-Kalender für das Jahr 1908 (Preis 20 h) erschienen. Der Kalender, der für die Massenverbreitung bestimmt ist, ent-

spricht recht gut seinem Zweck. Die der Agitation dienenden Aufsätze sind in anregender und schlichter Sprache geschrieben; das Unterhaltungsbedürfnis wird, soweit der enge Raum dies gestattet, ganz leidlich befriedigt. Hoffentlich sorgen die Organisationen dafür, dass der Kalender wirk-

lich zu den Massen dringt, für die er bestimmt ist; die Reorganisation der Kolportage unserer Parteischriften ist eine wichtige und dringende Aufgabe, der die ganze Aufmerksamkeit der verantwortlichen Genossen zugewendet werden muss.

Wichtige Dokumente für die Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung sind die eben erschienenen Parteitageprotokolle: Das Protokoll des Wiener Parteitages der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich (Preis 1 K), des Essener Parteitages der deutschen Sozialdemokratie im Reiche (Preis K 1'20) und des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart (Preis 60 h). Leider ist auch diesmal wieder das Protokoll des Internationalen Kongresses ganz unzulänglich. Insbesondere die Reden der nicht-deutschen Genossen in den Kommissionen sind zuweilen so gekürzt wiedergegeben, dass der Gedankengang kaum erraten werden kann.

Im Stuttgarter Parteiverlag sind neue Auflagen von einigen der wertvollsten Schriften aus unserer Parteiliteratur erschienen. Von Kautskys »Erfurter Programm« erschien die achte, von Bebels »Charles Fourier« die dritte, von Marx' »Kritik der politischen Oekonomie« und von Kautskys »Thomas More und seine Utopie« die zweite Auflage. Der Neuausgabe des berühmten Marx'schen Buches wurde die unvollendete »Einleitung zu einer Kritik der politischen Oekonomie« vorausgeschickt, welche Kautsky in Marx' Nachlass gefunden und im Jahre 1903 in der »Neuen Zeit« veröffentlicht hat. Wer sich für die methodologischen Probleme der Gesellschaftswissenschaften interessiert, wird in diesen Vorbemerkungen überaus reiche und fruchtbare Belehrung finden.

Die gleichfalls bei Dietz erschienene Schrift »Dialektisches« von Ernst Untermann nennen wir nur, um vor ihr zu warnen. Die Tatsachen und Gedankensysteme, die Untermann darstellen will, sind ungenau wiedergegeben. Der Versuch einer »dialektischen Synthese« von Marx, Darwin und Spencer ist missglückt; will doch der Verfasser ganz ernsthaft in Marx' Lehre vom Wert und Mehrwert einen »ökonomischen Ausdruck des universalen Gesetzes der Energie und Mehrenergie« finden. Dazu soll ihm die Philosophie Dietzgens helfen; dass die Erkenntnistheorie einerseits den Geltungsanspruch der Grundbegriffe der gegebenen Wissenschaft gegen die Skepsis verteidigen, andererseits ihren ontologischen Missbrauch verhüten, niemals aber der Wissenschaft ihre Verfahrensweisen vorschreiben kann, hat Untermann nicht begriffen. Das Wort Dialektik muss alle Schwierigkeiten bannen; Erkenntnistheorie, Entwicklungslehre, begriffliche Verarbeitung der Erfahrungstatsachen, Antithetik muss dieses Wunderwort ebenso decken wie ganz banale Ratschläge, man solle über die Verschiedenheiten nicht die Aehnlichkeiten, bei der Betrachtung der zeitlichen Aufeinanderfolge nicht das Studium der räumlichen Zusammenhänge vergessen. Wenn Untermann versichert, wir brauchten die einseitige »engmarxistische Theorie« nur durch seinen »dialektischen Monismus« zu ergänzen, um so manchen scheinbar unversöhnlichen Gegensatz innerhalb der sozialistischen Praxis zu überwinden, so beweist er nur, dass er die Wurzeln und das Wesen unserer praktischen Probleme ebensowenig kennt wie die Logik der »engmarxistischen Theorie«. O. B.

## Tschechische Parteiliteratur

Dem tschechischen Gewerkschaftskongress, der am 28. September 1907 in Prag zusammentrat, wurde von der Prager Kommission ein ausführlicher Bericht über »Zehn Jahre tschechischer Gewerkschaftsbewegung«\* vorgelegt. Der als Festschrift zur Feier des zehnjährigen Bestandes der Prager Gewerkschaftskommission herausgegebene Bericht ist sehr hübsch ausgestattet, mit zahlreichen Tabellen und graphischen Darstellungen versehen; er ist ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der tschechischen Arbeiterbewegung. Der siebente Abschnitt des Berichtes enthält eine Darstellung des Konfliktes der Prager Kommission mit der Gewerkschaftskommission Oesterreichs; auch die mit diesem Konflikt zusammenhängenden Kämpfe innerhalb der einzelnen gewerkschaftlichen Zentralverbände und die Versuche zur Bildung selbständiger tschechischer gewerkschaftlicher Organisationen werden in diesem Abschnitt dargestellt.

Ueber den augenblicklichen Stand der Streitfrage unterrichtet auch das Protokoll des IV. Kongresses der der tschechischen Gewerkschaftskommission angeschlossenen Gewerkschaften.\*\* Den Argumenten des Genossen Hueber, der aus der Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes gegen den Kapitalismus die Unentbehrlichkeit einheitlicher Organisationen ableitet und nicht aus Rücksicht auf die 39.000 in den tschechischen Sonderorganisationen vereinigten Genossen die Organisationsform der Zentralverbände, welche 450.000 Mitglieder zählen, verändern will, stellen die tschechischen Gewerkschaften wesentlich zwei Argumente gegenüber: einmal das fast naturrechtlich klingende Argument, die tschechische Arbeiterschaft habe einen natürlichen Anspruch auf selbständige Organisation und selbständige Repräsentation im In- und Auslande, zweitens die psychologische Erwägung, dass die tschechische Arbeiterschaft die militärische Disziplin zentralistischer Organisationen schwer ertrage und für Organisationen, die ihrer Selbstverwaltung breiteren Spielraum gewähren, leichter zu gewinnen sei. In einem Artikel in der »Akademie« führt Genosse Josef Steiner aus, er sehe die historische Bedeutung des Kongresses darin, dass von den tschechischen Organisationen — einschliesslich der Vertreter der tschechischen Ortsgruppen der Zentralverbände — die »Souveränität des tschechischen sozialdemokratischen Proletariats in dieser Angelegenheit« neuerlich proklamiert worden sei. Der Kongress habe die internationalen Reichsorganisationen anerkannt und die selbständigen tschechischen Organisationen nicht als Ziel hingestellt, aber er habe ausgesprochen, dass diese Organisationen weder den Grundsätzen des Sozialismus und der Demokratie widerstreiten, noch den einheitlichen Kampf gegen den Kapitalismus unmöglich machen.

Die »A k a d e m i e«, die Monatsschrift unserer

\* Deset roků odborového hnutí československého. Prag 1907. Preis 3 K.

\*\* Protokol IV. všeodborového sjezdu odborového sdružení československého. Prag 1907. Preis 60 h.

tschechischen Genossen, erscheint seit dem 1. Oktober d. J. in neuem Gewande. Aus der Redaktion, die bisher von den Genossen Doktor Meissner und Modráček geleitet wurde, ist Abgeordneter Modráček ausgetreten; an seine Stelle traten die Genossen Dr. Šmeral und Krejčí.

Im ersten Hefte des neuen Jahrganges spricht Genosse Dr. Soukup vom »toten Hause des toten Königreichs«. Der böhmische Landtag sei einst die Stätte der grossen politischen Entscheidungskämpfe gewesen; heute sei er auf das Niveau einer Bezirksvertretung hinabgesunken. Eine Wahlreform auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Stimmrechts könnte ihm neues Leben geben; aber sie sei im Lande weit schwerer durchzusetzen als im Reiche. Im Kampf um das gleiche Landtagswahlrecht handle es sich nicht nur um eine neue Abgrenzung der Kompetenzen zwischen dem Reichsrat und den Landtagen, sondern auch um die Durchführung eines gerechten nationalen Ausgleichs in Oesterreich. »Dieser Ausgleich lässt sich nicht deduktiv durchführen, durch irgendwelche Rahmengesetze aus dem gesetzgeberischen Olymp des Reichsrates, sondern nur induktiv, indem wir von der Gemeinde und dem Lande zum Reiche aufsteigen.... Nur durch die Tore der Rathäuser und der Landtage gelangen wir zur nationalen Autonomie.«

Genosse Dr. Meissner schreibt in demselben Hefte über das »nationale Moment bei den Richterernennungen«. Er will in die nationale Teilung des böhmischen Richterstatus nur unter folgenden Bedingungen willigen: erstens müsse gleichzeitig der Grundsatz der verhältnismässigen Vertretung der Nationen in allen Aemtern und Gerichten, insbesondere auch bei den Zentralbehörden durchgeführt werden; zweitens müsse die Unabhängigkeit der Richter durch die Einführung des automatischen Avancements gesichert werden; ein Sprachengesetz müsse die Rechte der tschechischen Minderheiten in Böhmen sichern; auch wenn die Richterstellen in Deutschböhmen den deutschen Richtern vorbehalten werden, müsse doch für die sprachliche Qualifikation dieser Richter gesorgt werden, damit die Richter im ganzen Land imstande seien, in beiden Sprachen zu amtieren. Solange diese Bedingungen nicht erfüllt seien, sei die deutsche Forderung nach Trennung des Status abzulehnen, da sonst der tschechische Arbeiter im deutschen Sprachgebiet das ihm staatsgrundgesetzlich gewährleistete Recht verlieren würde, vor allen Gerichten des Landes in tschechischer Sprache verhandeln zu können.

Genosse Šmeral schreibt über den österreichisch-ungarischen Ausgleich. Heute sei die staatsrechtliche Trennung Oesterreichs von Ungarn notwendig; aber diese Trennung sei nur die Vorstufe zur schliesslichen Wiedervereinigung, zur Befreiung und Einigung der Nationen beider Staaten auf der Grundlage der nationalen Autonomie. Durch die Verwandlung Oesterreich-Ungarns in eine demokratische Föderation autonomer Nationen werde sich der Prozess vollenden, in dem sich das Nationalitätsprinzip als staatenbildender Faktor durchsetzt, der Prozess, der zur Einigung Deutschlands und zur Befreiung Italiens geführt habe. O. B.

## Neuere Literatur über österreichisches Gemeinwesen

Der anlässlich des letzten deutsch-österreichischen Parteitages zustandegekommene Beschluss, eine Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter einzuberufen, bezeugt das lebhafteste Interesse, das den Aufgaben der sozialdemokratischen Kommunalpolitik immer mehr entgegengebracht wird, er deutet aber auch daraufhin, dass die aktive Teilnahme der Arbeiterschaft an der Gemeindeverwaltung schon eine gewisse Stärke erreicht hat — trotz des elenden Wahlrechtes. Mit der Ausdehnung in die Breite macht sich naturgemäss das Bedürfnis nach Vertiefung und Orientierung geltend; darum ist auch kaum daran zu zweifeln, dass sich die Zusammenkünfte unserer Gemeindevertreter ebenso wie im Deutschen Reiche zu einer ständigen Einrichtung ausgestalten werden.

Ein Gegenstand, über den eine nähere Erörterung notwendig scheint, ist unser geltendes Gemeinderecht. Dieser Umstand möge es rechtfertigen, dass wir jetzt auf ein Werk hinweisen, das schon vor längerer Zeit erschienen ist, das aber bisher nicht die verdiente Beachtung gefunden hat, auf Dr. Carl Brockhausens Buch »Die österreichische Gemeindeordnung (Grundgedanken und Reformideen)«, Wien, Manzsche Buchhandlung, VII und 240 Seiten.

Unser Gemeindegesetz von 1862, ein Produkt des Zusammenbruches des alten Feudalstaates, trägt unverkennbar die Züge seiner Entstehungszeit, der ersten Jugend österreichischen Konstitutionalismus und seiner Väter, der alten Liberalen. Brockhausen gibt eine fesselnde Darstellung der Entstehung des Gesetzes. In der vom Ministerium Schmerling eingebrachten Vorlage war von einer Gemeindeautonomie recht wenig zu finden. Diese wurde erst im Abgeordnetenhaus geschaffen, eine Frucht der liberalen wie der föderalistischen Abneigung gegen den Staat, einer Abneigung, die nur zu begreiflich ist, wenn man sich das Oesterreich der Fünfzigerjahre — vormärzlich auch nach dem glorreichen März — vergegenwärtigt. Natürlich steckt in dieser Feindschaft gegen den Staat auch eine gute Dosis des bekannten liberalen Doktrinarismus. So recht charakterisiert wird dieser durch das Vorgehen des Ausschusses, der aus der Regierungsvorlage über die Ortsgemeinde ein Gesetz über ein abstraktes »Gemeinwesen« machte und diesem eine Fülle von Aufgaben zuwies. Das Plenum kehrte zwar wieder zu der konkreten Ortsgemeinde zurück, akzeptierte aber sonst im allgemeinen den Vorschlag des Ausschusses, somit auch den mächtigen Wirkungskreis jenes abstrakten Gemeinwesens! So entstanden durch Verschiebung der Grundlagen die grossen Konstruktionsfehler des Gesetzes vor allem und krankhafte Vergösserung des übertragenen Wirkungskreises. »Der kleine Körper Ortsgemeinde erhielt einen für grössere Verhältnisse zugeschnittenen Wirkungskreis.«

Das Gesetz findet denn auch in Brockhausen einen sehr scharfen Kritiker, doch kann man sich des Eindruckes oft nicht erwehren, dass hier ein Jurist vornehmlich die juristisch-technischen, man möchte fast sagen ästhetischen Gebrechen eines Gesetzes tadelt, dessen fehlende Harmonie

sein juristisches Sauberkeitsgefühl verletzt. Es soll keineswegs in Abrede gestellt werden, dass die österreichische Gemeindeordnung viele Mängel aufweist, aber es darf auch nicht übersehen werden, dass sie uns das köstliche Gut der Autonomie gebracht hat, vermöge welcher allein sie sich wohltuend von den reaktionären Gemeindevertretungen der deutschen Staaten abhebt.

Es wäre verlockend, dem Gedankengange des Buches folgend, die Mängel unseres Gemeinderechtes ausführlich darzulegen. Dazu fehlt jedoch der Raum. Hoffentlich wird in der Tagesordnung der Gemeindevertreterkonferenz eine Erörterung und Kritik der Gemeindeordnung nicht fehlen. Nur auf einige Punkte möge hier hingewiesen werden.

Unsere Gesetzgebung nimmt zum Ausgangspunkt für die Verteilung der subjektiven Gemeinderechte die Heimatsangehörigkeit. Der »Gemeindeangehörige« ist im Besitze der Gemeinderechte, vor allem des Wahlrechtes. Die »Zuständigkeit« ist ein für kommunale Zwecke ganz unbrauchbares und indifferentes Kriterium. Im Gemeindeleben ist das Entscheidende das lokale Zusammensein, in der Lokalverwaltung kann nicht das Personal, sondern nur das Territorialprinzip massgebend sein. In der Tat werden ja auch die Rechte der »Angehörigen« nur praktisch, wenn sie in der Gemeinde wohnen. Wie sehr hat aber der Kapitalismus das Band zwischen der Heimatsgemeinde und ihren Angehörigen zerrissen! Wie viele haben ihre Heimatsgemeinde gar nie gesehen, haben nicht die geringste Beziehung zu ihr, solange sie nicht zur Armenversorgung oder auf dem Schub dahin gebracht werden! Die aber, die notwendigerweise im innigsten Zusammenhang mit der Gemeinde stehen, ihre Lasten mittragen, an ihrer Verwaltung aufs stärkste interessiert sind, die wirklichen Einwohner — unser Gesetz nennt sie »Auswärtige«, mögen sie auch jahrzehntelang sesshaft sein! — die sind in der Kommune rechtlos. »Faktische Nähe bedeutet rechtliche Entfernung.« Bestenfalls werden sie mit dem Linsengericht eines vierten Wahlkörpers abgespeist. Sind es doch hauptsächlich Arbeiter, die entrechtet werden, denn die Grund-, Gebäude- oder Erwerbsteuerzahler, auch wenn sie nicht heimatsberechtigt sind, die »Gemeindengenossen« sind gar wohl im Besitze des Wahlrechtes. Diese plutokratische Tendenz kommt noch in anderer Weise zum Ausdruck. Es wäre verfehlt, zu glauben, dass alle Gemeindeangehörigen wahlberechtigt sind. O nein! Es könnten ja unter ihnen auch Arbeiter sein! Das Wahlrecht kommt nur einer kleinen Schichte Privilegierter zu vermöge ihrer Bildung oder sozialen Stellung — aber wohl gemerkt, nur in ihrer Heimatsgemeinde, anderswo macht alle Bildung und soziale Stellung nicht tauglich, den Gemeindevillen mitzubestimmen. Den Grossteil der Wähler stellen demnach die Gemeindengenossen, die Steuerzahler. »In Wahrheit sind es die Grundstücke, Häuser und Gewerbe selbst, welche durch die Hand ihrer Besitzer wählen.«

Welche Nachteile ein solch engherziges Wahlrecht für das Gemeinwesen selbst mit sich bringt, liegt auf der Hand. Die lebendige Anteilnahme am Gemeinwohl, tatfrohes Mitwirken für dasselbe wird im Keime erstickt, ungezählte Verwaltungs- und Organisationstalente müssen, ohne fruchtbar werden zu können, ungenutzt ver-

dorren. Statt echter Selbstverwaltung des Volkes begegnet uns auch in der Gemeinde eine Fremdherrschaft, die ihre rückständigen Klasseninteressen und — wie oft! — ihre Individualinteressen durchzusetzen trachtet.

Mit der grossen Schärfe und Klarheit seiner juristischen Analyse behandelt der Verfasser auch das wichtige Kapitel der Staats- und Landesaufsicht über die Kommunen und deckt das Unfruchtbare, rein Negative dieser Aufsicht, den Mangel einer fördernden und anleitenden Tätigkeit, die den meisten Landgemeinden so nottäte, auf. Mit vollem Rechte weist er auf die grossen Gefahren hin, die der Gemeindeautonomie aus der Macht des Landesausschusses, alles verhindern zu können, drohen.

Gewissermassen eine Ergänzung zu dem wesentlich kritischen Werke Brockhausens — es wäre zu wünschen, dass der Verfasser seine Reformideen ausführlich und positiv darlegen möchte — bildet der 122. Band der Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte. Sechster Band, Oesterreich. Leipzig, 1907. 142 und 252 S. Nach einem Beschlusse des Vereines für Sozialpolitik wurde als Grundlage für eine Erhebung über die materielle kommunale Sozialpolitik eine Untersuchung der rechtlichen und sozialen Grundlagen sowie der Verfassung und Verwaltungsorganisation von Städten verschiedener Länder veranstaltet. Es sollte gezeigt werden, welche Klassen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorhanden sind und wie sich unter ihrem Einflusse Verfassung und Verwaltung der Kommunen gestalten. Dem speziellen, die einzelnen Staaten behandelnden Abschnitt geht ein allgemeiner Teil voraus. Professor Spiegel gibt eine Darstellung des österreichischen Heimatsrechtes und seiner Entwicklung, worin er interessante statistische Daten bringt, die eine vortreffliche Illustration zu Brockhausens Kritik der Gemeindeordnung bilden. Nach der letzten Volkszählung waren in Oesterreich in der Aufenthaltsgemeinde nur 598 von je 1000 Personen der ortsanwesenden Bevölkerung heimatsberechtigt. Betrachtet man die Länder einzeln, so ergeben sich für die wirtschaftlich vorgeschrittenen Länder wesentlich niedrigere Zahlen: für Niederösterreich 402, Steiermark 415, Böhmen 443, dagegen für die Bukowina, Istrien, Galizien 806 bis 928. In diesen vom Kapitalismus noch nicht ergriffenen Ländern ist also die Verbindung des Wahlrechtes mit Heimatsrecht wenigstens nicht ganz sinnlos. In den Städten ist das Missverhältnis zwischen Heimat und Aufenthalt natürlich noch grösser, das geringste Heimatsprozent hat Marburg mit 10·3, Graz hat 19·5, Prag 20·7, Wien 38·0; merkwürdig ist, dass fast alle Landeshauptstädte niedrigere Zahlen aufweisen als Wien, was Spiegel durch Einverleibung der — mehr ländlichen — Vororte erklärt.

In zwei Aufsätzen behandelt Professor Redlich die Geschichte der österreichischen Gemeindegesetzgebung und das geltende österreichische Gemeinderecht in seiner bekannten trefflichen Weise — teilweise in Anlehnung an Brockhausens ausgezeichnetes Buch. Auch er weist auf einige Gebrechen unserer Gemeindevertretung hin: auf die Freiheit der Gemeinden von jedem Zwange, die Aufgaben ihres selbständigen Wirkungs-

kreises erfüllen zu müssen, auf die schweren Lasten des übertragenen Wirkungskreises, auf das Fehlen von Gemeindeverbänden, auf die unterschiedslose Behandlung von Dorf und Stadt, von kleinen und grossen Kommunen, ein Mangel, der durch das Institut der — 33 — Städte mit eigenem Statut nur teilweise gutgemacht wird.

Der spezielle Teil enthält die Schilderung einiger Städte nach den vom Verein für Sozialpolitik aufgestellten Gesichtspunkten: Einwohnerschaft und ihre rechtliche und soziale Gliederung, Gemeindeverfassung, Haushalt, Verwaltungsorganisation u. s. w. Ueber Wien berichtet Dr. Vogler. Er klagt mit Recht über die untergeordnete Stellung, die der Gemeinderat gegenüber dem Stadtrat, Magistrat und Bürgermeister einnimmt. Seine Kritik der christlichsozialen Herrschaft und des durch sie praktizierten Missbrauchs der Kommunalverwaltung für parteipolitische Zwecke ist aber recht matt, wie überhaupt die ganze Arbeit liberal-dürftig ausgefallen ist. Während die Reichshauptstadt auf 38 Seiten abgetan ist, entfallen auf Prag fast 100 Seiten. Professor Horáček erörtert — nach einem geschichtlichen Abriss im Stile eines flachen Schulbuches — sehr eingehend die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, Doktor Oskar Gluth die Verfassungs- und Verwaltungsorganisation der böhmischen Hauptstadt. Einem frisch geschriebenen Aufsatz über Graz (anonym) schliessen sich Berichte über Karlsbad und Pilsen von Dr. B. Kafka, beziehungsweise Dr. C. Vogel an. Es sind also recht orientierende, lesenswerte Arbeiten und man möchte wünschen, es wären etwas mehr österreichische Städte zu Worte gekommen. Doch auch so ist der Band eine Bereicherung der kärglichen Literatur über österreichisches Gemeinwesen.

Ernst Lenz.

## Volkskunde

Wie dem Geologen jeder Stein im Gerölle, jeder Kiesel im Flussbett vom uralten Geschehen erzählt, von gewaltigen Katastrophen und von Jahrtausende währendem allmählichen Werden, wie der Biologe im lebenden Körper des einzelnen die Spuren der Entwicklung der Gattung wiedererkennt, so spiegelt sich in den Sitten und Vorstellungen des Volkes die Geistesgeschichte der Nationen. In entlegenen Alpentälern finden wir heute noch manchen Brauch, der in den kindlichen Vorstellungen unserer Vorfahren vor vielen, vielen Jahrhunderten wurzelt. Wo die kapitalistische Weltumwälzung die uralten Lebensgewohnheiten der bäuerlichen Bevölkerung noch nicht völlig vernichtet hat, dort vermengen sich die Errungenschaften neuzeitlicher Geistesgeschichte noch mit den Sitten und Vorstellungen einer längst verschwundenen Zeit. Denn was wir heute als Aberglauben betrachten, war einst Glauben und Wissen der ganzen Nation. Darum ist die Sammlung und Darstellung alter Volks-sitten eine wichtige Arbeit, die der historischen Forschung wertvolle Erkenntnisquellen erschliesst. In Oesterreich widmet sich der »Verein für österreichische Volkskunde« dieser Aufgabe. Seine von Dr. Michael Haberlandt trefflich geleitete Zeitschrift\* wird niemand ohne Interesse lesen,

\* Zeitschrift für österreichische Volkskunde. Kommissionsverlag: Gerold u. Komp. Preis des Jahrganges K 7:20.

der die Sitten und Gewohnheiten des österreichischen Landvolks, die Kulturgeschichte der österreichischen Nationen kennen und verstehen will.

Im letzten Hefte dieser Zeitschrift finden wir eine Reihe wertvoller Beiträge zur Kenntnis der volkstümlichen Vorstellungen über die Ursachen und die Heilung der Krankheiten.\*

Wo immer etwas geschah, dort sah kindlicher Volksglaube das Wirken eines geheimnisvollen Wesens, eines Geistes. Wie das Volk die Nymphe in den Quell, die Dryade in den Baum hineindichtete, so schrieb es auch die Krankheiten dem unseligen Wirken böser Geister zu. Wenn der Bauer nach üppigem Mahl bei Hochzeit, Taufe oder Totenzehnung im Schläfe von Atemnot befallen wird, so hat sich die Trud zu seinem Bette geschlichen und auf seine Brust gesetzt, so dass er zu röcheln und zu stöhnen beginnt. Die böse Trud zu schrecken, malte man das Trudenkreuz oder den Trudenfuss auf Betten und Wiegen. Auch die gefürchteten Fraisen sollte ein böser Geist, der Frais oder das Gefraischlein hervorrufen, der in den Körper des kranken Kindes gefahren war. Mit Zaubersprüchen und Beschwörungsformeln wollte man den bösen Geist zwingen, den kranken Körper zu verlassen. So neigte man sich in Steiermark über das Bett des kranken Kindes und sprach: »Im Namen Gottes des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes. Amen. Das wollte Gott, der Herr Jesus Christus, dass ich alle 77 Fraisen töten möge. Ich töte durch grosse Macht und den heiligen Namen Jesu alle 77 Fraisen, die kalte Frais, die fallende Frais, die reissende Frais, rote Frais, abdörrende Frais, zitternde Frais, abbrennende Frais, spritzende Frais, stille Frais, schreiende Frais, wütende Frais, geschwollene Frais, gestossene Fraisen. Ich wende dir's durch Gott den Herrn und seine heiligen fünf Wunden; ich wende dir's durch sein heiliges Evangelium.« Dann wurde über das kranke Kind dreimal das Kreuzzeichen gemacht und nun fuhr der böse Geist aus dem gequälten kleinen Körper.

Auch die blutende Wunde wurde personifiziert. In Neustadt in Böhmen fand Robert Eder eine alte Handschrift, die zahlreiche Heilmittel und Beschwörungsformeln gegen verschiedene Krankheiten enthält. Darin heisst es: »Das Blut zu versprechen. O Wund, o Wund, glücklich ist die Stund, glücklich ist der Tag, da dieses geschah. O Wund, du sollst nicht mehr bluten, o Wund, du sollst nicht mehr schwitzen, o Wund, du sollst nicht mehr schwören und keine böse Materie geben, bis dass die Jungfrau Maria, die Mutter Gottes, ihren neuen Sohn tut gebären. — Dieses ist dreimal zu sprechen, dreimal ist die Wunde anzuhauen, im Namen Gottes des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes +++.« Die naive Umschreibung des Niemals findet sich öfter. So gibt die Volksmedizin folgenden Rat zur Heilung der Kolik: »Die Kolika zu versprechen. Kolika zu gut, ich bitte durch Christi Blut, tue dich legen und nimmermehr regen, bis dass die Jungfrau Maria, die Mutter Gottes, ihren anderen Sohn tut gebären. Im Namen Gottes des Vaters,

\* Kornel Oesterreicher, Beiträge zum Volksaberglauben und zur Volksmedizin in Niederösterreich; Marianne Kautsch, Sympatiemittel; Dr. Oskar v. Hovorka, Fraisen und andere Krankheiten im Lichte der vergleichenden Volksmedizin; Robert Eder, Volkstümliche Ueberlieferungen aus Nordböhmen. »Zeitschrift für österreichische Volkskunde.« XIII. Jahrgang, 4. bis 5. Heft.

des Sohnes und des heiligen Geistes ††. Dieses sprich dreimal mit Andacht vor einem Kreuze. Hernach vor 1 Kreuzer Baumwolle zu Asche gebrannt und in 2 Kreuzer Branntwein eingenommen.« Auch heilige Gegenstände sollten die bösen Geister vertreiben. Kranken Kindern wurde in Niederösterreich das *Fraisenpföadchen*, ein Stück Leinwand mit einem Muttergottesbild, unter den Kopfpolster gelegt oder die *Fraisenhaube*, eine Leinwandmütze mit einem Heiligenbilde, auf den Kopf gesetzt. Dieselben Gegenstände sollten die verschiedenartigsten Krankheitserscheinungen heilen. Der Schreckstein zum Beispiel, ein dreieckiges Stück Kalksandstein, in Silber gefasst, galt in Niederösterreich ebenso als Heilmittel gegen Fraisen bei Kindern wie als Schutz gegen das plötzliche Versagen der Milch bei stillenden Frauen. Eine ganze Reihe von solchen wunderwirkenden Steinen, Medaillen und Bildchen, dazu ein Bocksbart und Maulwurfskrallen, zierlich in Silber gefasst, wurden zu den sogenannten »*Froasketten*« (Fraisenketten) aneinander gereiht; sie vererbten sich von Geschlecht zu Geschlecht und galten als Schutzmittel gegen alle möglichen Krankheiten.

Alle diese Wundermittel werden auch heute noch nicht selten verwendet. Aber die moderne Entwicklung hat die ehrfürchtige Achtung vor ihnen selbst bei den Gläubigen schon erschüttert und der fromme Schauer kann oft der leisesten Gegenregung nicht mehr widerstehen. Marianne Kautsch erzählt folgendes lustige Beispiel hierfür: »Vor ungefähr zwanzig Jahren, als ich einmal nach Mariazell kam, wies man mich zu einem Bäcker. In einer ausgeräumten Stube stand ein Esel aus Holz, auf welchem eine Christusfigur sass. In der einen Hand lag eine Semmel, die den Besuchern als hochgeweiht und wundertätig bei Bränden, wenn man sie in das Feuer warf, galt und verkauft wurde. Der Zudrang von Wallfahrern war sehr gross, damit aber das Geschäft schneller vonstatten ging und nicht erst jede Semmel auf Christus' Hand gelegt zu werden brauchte, sass ein Mädchen bei einem in der Nähe der Figur stehenden Tisch, der mit Semmeln ganz belegt war. Auch diese wurden als geweiht verkauft, obgleich sie noch ganz warm vom Backofen waren; die Leute stritten sich ordentlich darum. Auf der Rückfahrt nach Annaberg sass mit uns noch ein stark beleibter Herr samt Gattin in dem Stellwagen. Der Herr jammerte sehr bald über Hunger und fragte seine Frau, ob sie gar nichts mithabe, um denselben stillen zu können. „Nichts als die geweihte Semmel,“ erwiderte diese zögernd. Nach kurzem Bedenken und bevor er noch einen forschenden Blick auf uns geworfen, verspeiste der Dicke die Wundersemmel.«

Die ursächlichen Erklärungen der Mythologie wurden allmählich auch in der Volksmedizin von einem naiven Materialismus abgelöst. Nicht mehr sagenhafte böse Geister, sondern geheimnisvolle böse Stoffe, böse Gifte und Säfte galten später als Ursache der Krankheiten. Bauernärzte und alte Weiber brauten und kochten tausenderlei Tränklein, die die schlechten Säfte aus dem kranken Körper ausscheiden sollten. Wohl hat die Medizin die Lehre, dass die schlechten Körpersäfte die Ursache der Krankheiten seien, längst überwunden; aber das Land-

volk hält an seinen alten Vorstellungen von der Ursache der Krankheiten noch fest. Neben der wissenschaftlichen Heilkunde steht noch die alte, längst veraltete Volksmedizin. Tausende erliegen alljährlich tückischen Krankheiten, weil sie sich der wissenschaftlichen Heilkunde, die den überlieferten Vorstellungen des Landvolkes so völlig widerspricht, nicht rechtzeitig anvertrauen. Und auch in den Städten leben noch Tausende, die sich dem Netze uralten bäuerlichen Aberglaubens nicht entwinden können. Haben wir nicht erst vor kurzem wieder aus der Interpellation Sturm im niederösterreichischen Landtag ersehen, dass die Männer, denen die Verwaltung der Grossstadt Wien und des Landes Niederösterreich anvertraut ist, von dem alten Hasse und Misstrauen gegen die wissenschaftliche Heilkunde erfüllt sind? Wie auf allen Gebieten des sozialen Lebens, so vereint auch auf diesem die christlich-soziale Partei alle Vorurteile der rückständigsten, an die Ueberlieferung ferner Zeiten gebundenen Bevölkerungsschichten zum Kampfe gegen die sichersten und wertvollsten Errungenschaften der Kultur unserer Zeit.

K. M.

## Gedichte und Romane

*Moderne Arbeiter*. Soziales Zeitgemälde aus der Gegenwart von Ernst Söhngen. Verlag Richard Sattler, Leipzig. — In jenem Verlag, der Leutnant Bilses armselige Klatschsammlung herausgegeben, ist dieser Roman erschienen. Einige berühmte Leute, Hermann Molkenbuhr, Oberstleutnant Egidy, werden namentlich (freilich bloss als ganz belanglose Nebenfiguren), einige Gewerkschaftsleute unter verdecktem Namen vorgestellt. Das Ganze ist unbeschreiblich langweilig, der Verfasser spielt den Objektiven, möchte aber doch den Ruhm oder eigentlich das Geschäft eines Enthüllers »aus einer kleinen Organisation« machen. Sein Material ist aber ganz winzig und nur etwas ist noch winziger, nämlich des Verfassers Gabe, seinen Stoff zu gruppieren. Der Leser hat einen ähnlichen Eindruck wie beim Betreten eines seit Wochen unaufgeräumten, mit allerlei Tand und Nichtigkeiten angefüllten Zimmers, das übrigens auch nicht gerade frisch gelüftet ist. Man ärgert sich über die ungläubliche Unordnung im Hirn des Herrn Verfassers und legt das »Zeitgemälde« nach dem ersten Drittel des Buches verwirrt und geärgert aus der Hand. Dass es in einem schändlichen Deutsch geschrieben ist, versteht sich bei diesen Enthüllungsromanen fast schon von selbst.

st. gr.

Emmy Freundlich hat im Verlage Hugo Heller ein Heftchen Gedichte erscheinen lassen, das den Titel »Frührot« führt. Eine Talentprobe sind diese lyrischen Versuche ganz unbedeutend. Es fehlt der Verfasserin weder an Kraft der Empfindung noch an Gewandtheit des Ausdruckes. Ganz besonders treten diese Vorzüge in der Ode »Dionysos-Christus« zutage. Dagegen lässt die formale Schulung noch sehr viel zu wünschen übrig und ohne dass es die Verfasserin zu merken scheint, gerät sie oft ganz unvermittelt in recht banale Wendungen. Zur Unzeit ist sie dann wieder allzusehr auf die Form bedacht und unterdrückt ihr zuliebe die Naturlaute. Bei etwas Selbstkritik und eifrigem Studium wird aber Emmy Freundlich zweifellos auf lyrischem Gebiete Wertvolles zu leisten imstande sein. —z.